



Heft 1/2009

Inhalt

Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich – ein ressortübergreifendes Projekt unter Beteiligung des Statistischen Landesamtes Bremen	3
Familienfreundlichkeit aus Bürgersicht	9
Wirtschaftskurven	35
Zahlenspiegel	37

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14-16
28195 Bremen

Tel.: 0421 - 361 6070
Fax: 0421 - 361 6168

E-mail: office@statistik.bremen.de
<http://www.statistik.bremen.de>

ISSN 1860-997X

August 2008 bis März 2009

Statistisches Jahrbuch Bremen 2008

Ortsteile der Stadt Bremen 2008

Statistische Hefte 02/2008

Veröffentlichungsverzeichnis 2008

Statistische Berichte:

A I 1 - m 8 / 08 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung im August 2008 (Vorläufiges Ergebnis)

A I 1 - m 7 / 08 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung im Juli 2008 (Vorläufiges Ergebnis)

A I 1 - m 6 / 08 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung im Juni 2008 (Vorläufiges Ergebnis)

A I 1 - m 5 / 08 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung im Mai 2008 (Vorläufiges Ergebnis)

A I 1 - m 4 / 08 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung im April 2008 (Vorläufiges Ergebnis)

A I 1 - m 3 / 08 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung im März 2008 (Vorläufiges Ergebnis)

B I 1, 2 - j / 07 Allgemein bildende Schulen im Lande Bremen 2007

B II 1, 2, 4 - j / 07 Berufliche Schulen im Lande Bremen 2007

C III 3 - j / 08 Milcherzeugung und Verwendung im Land Bremen 2002 bis 2008

D I 2 - j / 08 Gewerbeanzeigen im Lande Bremen Januar bis Dezember 2008

E I 1 - m 12 / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen Dezember 2008

E I 1 - m 11 / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen November 2008

E I 1 - m 10 / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen Oktober 2008

E I 1 - m 09 / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen September 2008

E I 1 - m 08 / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen August 2008

© Statistisches Landesamt Bremen, Bremen 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten

Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau null.
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten Einheit, die in der betreffenden Übersicht dargestellt werden kann.
- . = Zahlenwert ist unbekannt oder kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden (z. B. aus Geheimhaltungsgründen).
- x = Fragestellung nicht zutreffend oder Nachweis nicht sinnvoll.
- ... = Angabe fällt später an.
- / = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D = Durchschnitt
- p = vorläufige Zahlen
- r = berichtigte Zahlen
- s = geschätzt

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Weitere Veröffentlichungen auf Seite 34

Barbara Rösel*

Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich – ein ressortübergreifendes Projekt unter Beteiligung des Statistischen Landesamtes Bremen

1 Einleitung

Im Januar 2008 wurde der Benchmarking-Bericht 2008 im bremischen Senat beraten und beschlossen. Es ist der fünfte Bericht dieser Art, seit im Jahr 2002 durch die Staatsräteklausur der Auftrag an den Senator für Finanzen und die Senatskanzlei erging, „mit den einzelnen Ressorts auf Produktplanebene Länder- und Großstädtevergleiche (insbesondere Stadtstaaten) zu Leistungen und Ausgaben vor[z]u bereiten (Benchmarking), die als Grundlagenmaterial für die politische Prioritätensetzung sowie für die Fortschreibung der Finanzplanung dienen. Auf der Grundlage solcher Benchmarkings (als Meßlatte) können und sollen die jeweiligen Ressortstrategien weiter entwickelt werden“. Zur Bearbeitung des Auftrags wurde eine Begleit-Arbeitsgruppe (Begleit-AG) eingerichtet, an der unter der gemeinsamen Federführung der Senatorin für Finanzen und der Senatskanzlei der Rechnungshof, das Statistische Landesamt und der Magistrat der Stadt Bremerhaven beteiligt sind. In allen Ressorts sind Ansprechpartnerinnen und –partner für das Benchmarking benannt, die den Prozess intensiv begleiten. Nachfolgend werden Ziele, Methodik und Inhalte des aktuellen Berichts vorgestellt.¹

2 Vorbemerkung zum Einsatz von Leistungsvergleichen in der Verwaltung

Vergleichsbetrachtungen zwischen Gebietskörperschaften hinsichtlich ihrer Leistungen und Standards öffentlicher Aufgabenwahrnehmung gewinnen zunehmend an Bedeutung. Zwar gilt „Benchmarking“ vorrangig als betriebswirtschaftliches Instrument, das von Unternehmen zur Senkung der (Produktions-)Kosten eingesetzt wird, aber auch in Politik und Verwaltung haben der Leistungsvergleich und die Leistungsmessung Tradition. Hier stand zunächst die Verbesserung der Wirksamkeit von Politiken und Programmen über deren begleitende oder nachträgliche Evaluation im Vordergrund. In den 1970er Jahren, vor dem Hintergrund veränderter ökonomischer Rahmenbedingungen, wurde Leistungsmessung verstärkt als ein Instrument zur Kontrolle von Kosten und Ausgaben gesehen. Spätestens seit den 1990er Jahren aber veränderte der Gedanke der Verwaltungsmodernisierung auch das Verständnis von Leistungsmessung und -bewertung. Von der ausschließlichen Betrachtung des ökonomisch messbaren Inputs soll erfolgreiches Verwal-

tungshandeln verstärkt über den Output gemessen werden.² Da der Output in der Verwaltung weniger aus Produkten, sondern vorrangig aus Dienstleistungen, Maßnahmen oder Wirkungen besteht, werden dafür Kennzahlen benötigt, die sowohl quantifizierbare als auch qualitative Leistungsmerkmale abbilden und die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Auch die Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen („Föderalismus-

Tab. 1

Objekte und Formen von Leistungsvergleichen in der Verwaltung

Ziel	Verbesserungsmöglichkeiten ermitteln
Objekte	Kosten, Leistungen Wirkungen Prozesse, Technologien, Strukturen Strategien
Kriterien	Kennzahlen Standards
Partner	andere Einheiten: intern extern: vertikal / horizontal /intersektoral

Quelle: Online-Verwaltungslexikon, www.olev.de

reform II“) spricht sich für die „Erweiterung von Leistungsvergleichen (Benchmarkings) zwischen den Gebietskörperschaften sowie für eine Institutionalisierung der Verfahren aus, um die Qualität der administrativen Aufgabenerledigung zu steigern“ und schlägt hierzu die Einrichtung einer Lenkungsgruppe für das Benchmarking im föderalen System und dessen Verankerung im Grundgesetz vor.³

In nahezu allen öffentlichen Bereichen und auf allen Ebenen gibt es derzeit Aktivitäten zum Thema Leistungsmessung und –vergleich. Der Vergleich kann dabei sehr unterschiedliche Objekte (Produkte, Kosten, Leistungen, Strategien, Wirkungen) zum Gegenstand haben und vielfältige Formen (intern, extern, horizontal, vertikal, intersektoral) annehmen (Tab. 1).

Entsprechend weitreichend sind die damit verbundenen Ziele. Grundsätzlich geht es dabei jedoch immer „um das Teilen und Vergleichen von Informationen und Daten mit dem Ziel, durch Lerneffekte die eigene Leistung zu verbessern“. Die Konkretisierung dieses übergeordneten Ziels kann auf unterschiedliche Art und Weise geschehen und hängt vorrangig davon ab, ob der Vergleich einem eher strategischen oder operativen Ansatz folgt.⁴

Bedingt durch die Vielfalt der angestrebten Ziele, der Vergleichsobjekte und der beteiligten Institutionen und Akteure bestehen derzeit zahlreiche Ansätze zur Durchführung von Leistungsvergleichen

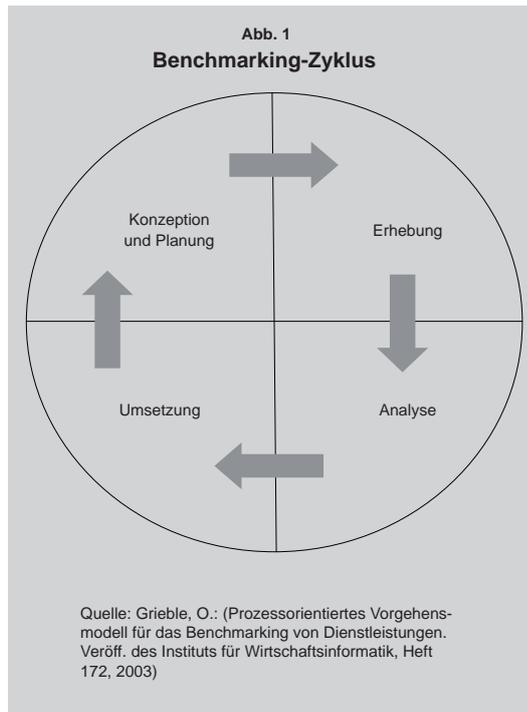
* In Zusammenarbeit mit der Begleit-AG Benchmarking

1 Der gesamte Bericht steht unter www.finanzen.bremen.de als download zur Verfügung

2 Wollmann, H. (2004): Leistungsmessung („performance measurement“) in Politik und Verwaltung: Phasen, Typen und Ansätze im internationalen Vergleich. In: Kuhlmann, S., J. Bogumil & H. Wollmann: Leistungsmessung und –vergleich in Politik und Verwaltung. Stadtforschung Aktuell, Bd. 96.

3 Achslich, G. und G. Konzendorf (2007): Länderübergreifendes Benchmarking: Eine Option für die Föderalismusreform II? Vortrag im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltung des BMI und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer „Evaluation und Benchmarking in Politik und Verwaltung“ am 12./13.11.2007 in Speyer. In ihren Beschlüssen vom 12.02.2009 setzt sich die Kommission ausdrücklich für die Einführung von Leistungsvergleichen ein und schlägt vor, dies im Grundgesetz (Art. 91) zu verankern (vgl. Kommissionsdrucksache 174).

4 Bundesministerium des Innern (2007): Organisationshandbuch. www.organisationshandbuch.bund.de



5 Griebel, O.: Prozessorientiertes Vorgehensmodell für das Benchmarking von Dienstleistungen. Veröff. des Instituts für Wirtschaftsinformatik, Heft 172, (2003).

im öffentlichen Bereich. Den meisten Modellen gemeinsam ist der ausgeprägte Prozesscharakter des Verfahrens und ein Vier-Phasen-Modell, das sich am PDSA-Cycle (Plan-Do-Study-Act) orientiert. Beide Aspekte finden Eingang in das PAS 1014-Modell des Deutschen Instituts für Normung (Abb. 1). Damit besteht seit 2001 ein standardisiertes Verfahren für das Benchmarking von Dienstleistungen. Dabei gilt die Phase „Konzeption und Planung“ als die wichtigste, denn hier werden die Weichen für den weiteren Verlauf gestellt.⁵

3 Die Bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich

3.1 Ausgangsbedingungen

Das Land Bremen stellt sich dem Vergleich mit anderen Ländern oder Großstädten schon seit einigen Jahren im Rahmen verschiedener Aktivitäten. Hierzu zählt das „Benchmarking der norddeutschen Länder“ auf der Ebene der Staats- und Senatskanzleien ebenso wie ein Stadtstaaten-Benchmarking, das seit 2005 läuft. Der hier vorgestellte Bericht „Die bremischen Ressorts im Städte- und Ländervergleich“ ist jedoch das umfassendste Berichtswerk.

Tab. 2

Organisationsstruktur des Bremischen Benchmarking-Prozesses

Gremium	Beteiligte	Funktion
Begleit-AG Benchmarking	Senatorin für Finanzen, Senatskanzlei, Rechnungshof, Statistisches Landesamt, Magistrat Bremerhaven	<ul style="list-style-type: none"> Steuerung und Koordination des Benchmarking-Prozess Umsetzung von Senatsbeschlüssen Information von Fachdeputationen und Parlamentsausschüssen
4 Unterarbeitsgruppen der Begleit-AG (UAG)	Max. 3 Mitglieder der Begleit-AG	<ul style="list-style-type: none"> Kommunikation mit den Ressorts Erarbeitung der Produktplan-Berichte
Spiegelreferate	Vertreter/innen der Spiegelreferate	<ul style="list-style-type: none"> Beteiligung am Diskussionsprozess UAG - Ressorts
Benchmarking-Beauftragte/r der Ressorts	Mitarbeiter/in aus dem Ressort	<ul style="list-style-type: none"> Ansprechpartner/in für Begleit-AG bzw. UAG Ressortinterne Koordination und Abstimmung der Zuarbeiten für den Produktplan-Bericht ggf. Koordination der Datenlieferungen an das Statistische Landesamt

Ziel ist nicht nur eine allgemeine Positionsbestimmung der Städte Bremen und Bremerhaven bzw. des Landes im Vergleich zu anderen Städten und Ländern. Darüber hinaus hat sich der Bericht zu einer wichtigen Grundlage für Haushaltsberatungen und die Steuerung der jeweiligen Aufgabengebiete entwickelt. Als vor dem Bundesverfassungsgericht klagendes Land besteht für Bremen zudem eine besondere Verpflichtung zur transparenten Darstellung der Haushaltsdaten. Die alleinige Betrachtung der Kostenstrukturen ist dabei nicht zielführend, da die öffentlichen Aufwendungen immer auch vor dem Hintergrund der gesetzten Ziele, der tatsächlichen Leistungserbringung und deren Wirkungen gesehen werden müssen. An dieser Stelle setzt der bremische Benchmarking-Bericht an: die Leistungen sowie der finanzielle und personelle Rahmen der 23 Produktpläne des bremischen Produktgruppenhaushalts sollen anhand geeigneter Kennzahlen im Städte- bzw. Ländervergleich abgebildet werden.

3.2 Die Vergleichsstädte und -länder

Grundlage des Benchmarking-Berichts sind Städte- und Ländervergleiche. Die zwölf Vergleichsstädte der Stadt Bremen sind die deutschen Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohnern und Einwohnerinnen. Im Städtevergleich Bremerhavens werden elf weitere Städte betrachtet. Neben Städten mit ähnlicher Größe und vergleichbaren zentralörtlichen Funktionen werden auch zwei weitere Küstenstädte (Rostock, Wilhelmshaven) ausgewählt, die vorrangig aufgrund ihrer Lagemerkmale für einen Vergleich mit Bremerhaven von Bedeutung sind.

Obwohl Vergleiche zwischen Stadtstaaten und Flächenländern nur bedingt aussagefähig sind, werden im Bericht verschiedene Themen auch im Ländervergleich dargestellt. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der mangelnden Datenverfügbarkeit auf Städteebene. Zum anderen unterstreicht das BVerfG-Urteil vom 19.10.2006 zur Klage des Landes Berlin i. S. Haushaltssanierung die Bedeutung von Vergleichsbetrachtungen auch auf Länderebene.

3.3 Organisationsstruktur und Vorgehensweise

Tabelle 2 zeigt die Organisationsstruktur des Benchmarking-Prozesses. Die Kommunikation mit den beteiligten Verwaltungsbereichen erfolgt vorrangig über die Unterarbeitsgruppen der Begleit-AG Benchmarking. Ein Auftaktgespräch mit den Benchmarking-Verantwortlichen in den Ressorts

dient der Festlegung der Vorgehensweise und Terminplanung sowie der Formulierung der Ziele des Ressorts und der zu verwendenden Kennzahlen. Es folgt die Phase der Datenerhebung und Kennzahlenberechnung. Auf dieser Grundlage wird durch die Unterarbeitsgruppe ein Produktplan-Bericht entworfen. Ein zweites Gespräch mit den Ressorts dient der abschließenden Abstimmung des Produktplan-Berichts.

Während der Arbeitsphase zum jährlichen Bericht trifft sich die Begleit-AG Benchmarking regelmäßig, um aktuelle Fragen aus den Unterarbeitsgruppen zu klären und Erfahrungen auszutauschen. Auch die Zusammenführung der verschiedenen Produktplan-Berichte und deren redaktionelle Bearbeitung erfolgt innerhalb der Begleit-AG. Neben diesen koordinierenden Funktionen ist die Begleit-AG maßgeblich für die Steuerung und Weiterentwicklung des Benchmarking-Prozesses sowie für die Umsetzung der Senatsbeschlüsse zum Thema Benchmarking verantwortlich.

3.4 Inhalt des Berichts

Der aktuelle Benchmarking-Bericht umfasst sieben Kapitel:

- I. In der Einleitung werden Auftrag und Zielstellung formuliert und die Methodik beschrieben.
- II. Ausgaben- und Personalstruktur: Hier werden die kamerateil Ausgangswerte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen dargestellt, differenziert nach Personalausgaben, konsumtiven Ausgaben, Investitionsausgaben und Gesamtausgaben sowie der bremischen Ausgaben- und Personalstruktur in der Entwicklung von 2003 bis 2007. Die Haushaltsanschlüsse 2008 sind ebenfalls aufgeführt.
- III. Zentrale Strukturkennzahlen im Städte- und Ländervergleich: Die vier Tabellen zu den Themen „Bevölkerung“, „Beschäftigung“, „Arbeitslosigkeit“ und „Wirtschaftskraft“ bilden das Umfeld

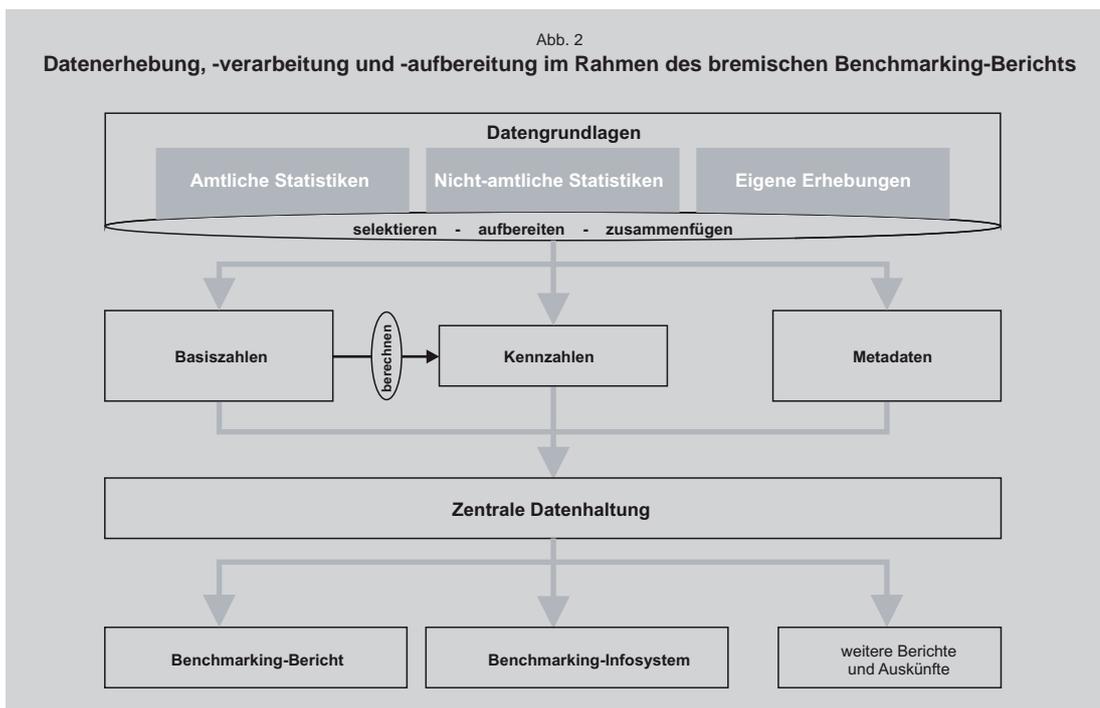
öffentlicher Aufgabenwahrnehmung ab. Ergänzt werden die Tabellen durch kommentierte Diagramme.

- IV. Produktplan-Berichte: Die Produktplan-Berichte bestehen in der Regel aus vier Elementen: der Darstellung der fachpolitischen Ziele und Aufgabenschwerpunkte, der tabellarischen Darstellung der kameralel Ausgangsdaten, der Tabelle der Produktplan-Kennzahlen und der Kommentierung der Benchmarkingergebnisse. Von wenigen Ausnahmen abgesehen werden für jeden Produktplan Kennzahlen formuliert, mit Daten hinterlegt und tabellarisch dargestellt (Beispieltabelle s. Abb. 3). Der Bericht folgt einer einheitlichen Gliederung.
- V. Prüfaufträge: Offene Fragen und Probleme, die sich aus der Arbeit am jeweils aktuellen Bericht ergeben, werden in Form von Prüfaufträgen an die betroffenen Ressorts festgehalten.
- VI. Benchmarking Bremerhaven: Die zentralen Strukturkennzahlen aus Kapitel III werden auch für Bremerhaven und Vergleichsstädte dargestellt und kommentiert. Die Stadt Bremerhaven beteiligt sich intensiv am Benchmarking-Prozess und bringt ihre Erfahrungen aus der Vergleichsringarbeit (z.B. im Rahmen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, KGSt) ein.
- VII. Anlagen: Quellennachweise und Anmerkungen zu den Kennzahlen bilden einen Teil der Anlagen, eine CD mit den Zeitreihen aller im Bericht verwendeten Kennzahlen, gegliedert nach Produktplänen, sowie den Metadaten der Kennzahlen den anderen.

4 Zentrale Datenhaltung im Statistischen Landesamt Bremen

4.1 Datengrundlagen und -verarbeitung

Das Statistische Landesamt Bremen ist am



Benchmarking-Prozess durch die Mitwirkung an der Begleit-AG aktiv beteiligt. Zudem erfolgen alle Arbeitsschritte für die zentrale Datenhaltung und –bereitstellung – ausgenommen sind die kameralen Ausgangswerte – hier. Dies ist naheliegend, da die Informationen der amtlichen Statistik eine wesentliche Grundlage für die Berechnung der Kennzahlen bilden. Darüber hinaus werden noch zahlreiche andere Quellen für den Bericht ausgewertet, z. T. erfolgen in den beteiligten Ressorts eigene Erhebungen. Auch diese Daten gehen in die zentrale Datenhaltung im Statistischen Landesamt ein. Das hier vorliegende Know-how zu allen Aspekten der Datenverarbeitung gewährleistet die Einheitlichkeit und Aktualität der Datenbasis. Die zentrale Datenhaltung umfasst im Wesentlichen folgende Arbeitsschritte (Abb. 2):

- Recherche und Aufbereitung der sog. Basiszahlen, welche die Grundlage für die Berechnung der Kennzahlen bilden,
- Verwaltung und Bereitstellung der Eingabemasken für die Erhebung ressortspezifischer Daten,
- Berechnung der Kennzahlen,
- Aufbereitung der Kennzahlen für die Tabellen im Bericht (s. Punkt 4.3),
- Verwaltung der Metadaten und Aufbereitung der Metadaten für den Bericht (s. Punkt 4.4),
- Datenaufbereitung für das Benchmarking-Infosystem (s. Punkt 4.5).

Hierfür werden verschiedene Datenverarbeitungs- Datenbank- und Statistikprogramme (SPSS, vba für Excel, Access) eingesetzt.

4.2 Datenstand und Quellen

Die ca. 370 Kennzahlen des Benchmarking-Berichts 2008 sind aktuell mit über 40.000 Datensätzen hinterlegt (Stand Ende 10/2008), wobei ein Datensatz jeweils durch die Kombination der Merkmale „Ort“ (=Vergleichsstadt/-land) – „Zeit“ (=Berichtsjahr) – „Kennziffer“ sowie dem eigentlichen Wert definiert ist.

Neben der Aufbereitung von Veröffentlichungen der amtlichen Statistik (insbesondere der regionalstatistische Datenkatalog des Bundes und der Länder („Statistik regional“), Fachserien und Veröffentlichungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen), gewinnt die Verarbeitung ressortspezifischer Daten zunehmend an Bedeutung. Das 2006 eingeführte Verfahren zur standardisierten Erhebung von Basiszahlen aus den Ressorts wurde beibehalten und ausgebaut. Dazu stellt das Statistische Landesamt Bremen den Ressorts sog. Eingabemasken zur Verfügung. Per E-Mail werden die ausgefüllten Eingabemasken an das Statistische Landesamt zurückgeschickt, programmgesteuert ausgelesen und den Daten der zentralen Datenbank angefügt. Korrekturen bzw. Ergänzungen erfolgen über den Austausch der jeweiligen Eingabemaske. Mehr als 250 Merkmale mit etwa 9.000 Merkmalswerten wurden auf diese Weise erhoben.

Verstärkt werden auch Informationen aus Vergleichsringen für den Benchmarking-Bericht genutzt, vorrangig aus der IKON-Vergleichsdatenbank der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Diese werden ebenfalls durch die beteiligten Ressorts bereitgestellt.

4.3 Tabellarische Darstellungen

Für die Tabellen im Benchmarking-Bericht werden die vorliegenden Daten auf unterschiedliche Weise aufbereitet:

Den Produktplan-Tabellen vorangestellt sind die zentralen Strukturkennzahlen zu den Themen Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskraft im Städte- und Ländervergleich. Diese bilden das Umfeld öffentlicher Aufgabenwahrnehmung ab, ohne unmittelbar mit den Aktivitäten eines einzelnen Ressorts in Verbindung gebracht zu werden. Ergänzt werden die Tabellen durch grafische Darstellungen und Kommentierungen.

Die folgenden Produktplan-Tabellen sind – je nach Datenverfügbarkeit – im Städte- oder Ländervergleich dargestellt (s. Beispieltabelle in Abb. 3). Für einige Produktpläne werden Ergebnisse aus Vergleichsringen verwendet. Diese werden ebenfalls in einheitlichen Tabellen dargestellt, gemäß der Vergleichsring-Philosophie können für diese Merkmale jedoch nur der eigene Städtewert, Minimum und Maximum und der Durchschnittswert veröffentlicht werden.

Sowohl die zentralen Strukturkennzahlen als auch die Produktplan-Tabellen bilden das jeweils aktuelle Berichtsjahr ab. Ergänzt werden die Städte- bzw. Ländertabellen durch den Durchschnittswert und die Darstellung des Ranges der Stadt/des Landes Bremen. Dabei ist der höchste Wert in der betreffenden Reihe als Rang 1 definiert, d.h. die Darstellung der Rangfolge ist ein rein rechnerischer Vorgang, der die rasche Einordnung des Bremen-Wertes ermöglichen soll, und keine inhaltliche Bewertung. Dies gilt auch für die grafische Darstellung innerhalb der Tabelle, die die relative Abweichung des Bremen-Wertes vom Städte- bzw. Länderdurchschnitt zeigt. Hierzu werden die in unterschiedlichen Größenordnungen vorliegenden Werte auf eine Skala von -1 bis 1 normiert. Der niedrigste Kennzifferwert der Reihe (xmin) repräsentiert -1 und der höchste Wert (xmax) 1, während dem Städtedurchschnitt/Bundeswert (x0) der Wert 0 zugeordnet wird. Der Wert Bremens wird dann per nichtlinearer Interpolation mittels der exponentiellen Funktion $x = a + b * \exp(c*y)$ berechnet, wobei die Koeffizienten a, b und c derart bestimmt werden, dass die Kurve (x,y) durch die Punkte (xmin,-1), (x0,0) und (xmax,1) verläuft. Liegen die Punkte auf einer Geraden, erfolgt die Berechnung durch eine lineare Interpolation.

4.4 Metadaten

Zur Erhöhung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit für die Nutzer und Nutzerinnen ist jede Kennzahl mit weiterführenden Informationen hinterlegt. Diese umfassen Angaben zur Datenherkunft, zur Berechnung der Kennzahl oder Hinweise, die für die Interpretation von Bedeutung sind.

4.5 Benchmarking-Informationssystem

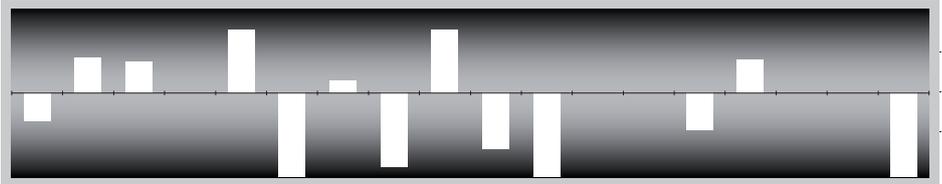
Das gesamte Datenangebot des Benchmarking-Berichts – soweit es zur Veröffentlichung freigegeben ist – wird zukünftig in einem Benchmarking-Informationssystem im verwaltungsinternen Intra-

6 Griebler, O. und A.-W. Scheer (2000): Grundlagen des Benchmarkings öffentlicher Dienstleistungen. Veröff. des Instituts für Wirtschaftsinformatik, Heft 166

Stand: 25.08.2008

Abb. 3a
Beispieltable für einen Städtevergleich aus dem Benchmarking-Bericht 2008: Produktplan 07 Inneres

Städtevergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Ø *			Stadt Bremen	Hamburg	Berlin	Dortmund	Duisburg	Düsseldorf	Essen	Frankfurt	Hannover	Köln	Leipzig	München	Stuttgart	Ø Städte*	Rang Bremen*
			Min	Ø	Max															
07-A-01	Anzahl	2007		3,7		3,7	4,5	3,3	2,9	4,5	3,1	4,8	5,6	3,7		4,2	3,9	4,1	9 von 12	
07-B-01	Anzahl	2007		14.677		13.388	14.570	11.212	9.691	12.874	11.817	16.368	16.349	15.966		8.500	10.110	13.214	4	
07-B-02	Anzahl	2007		14.937		14.335	15.349	11.110	9.743	14.351	9.994	17.203	15.332	14.389		8.845	9.519	13.468	4	
07-B-03	%	2007		38,9		45,9	50,4	53,1	46,5	42,3	47,3	58,5	61,1	42,3		57,6	64,2		13	
07-B-04	Anzahl	2007		40,1		35,9	32,6	33,9	33,9	28,6	38,6	33,9	29,0	42,5		20,0	25,6	32,3	2 von 12	
07-C-01	Anzahl	2007		2.799		3.530	3.668	4.195	3.033	4.637	4.650	3.295		4.342		3.794	3.893	3.766	11 von 11	
07-C-02	Anzahl	2007		565		607	517	529	365	534	525	513		619		628	511	549	4 von 11	
07-D-01	Anzahl	2007		7		31	40	14	6	15	7	19		13		24	14	17	9 von 11	
07-D-02	Anzahl	2007		18		17	12	1	3	0	7	0	23	8		2	0	8	2 von 12	
07-F-01	Anzahl	2007		11,3		12,5	18,4	7,8		29,6	15,0	30,1		33,9		19,5	18,8	19,2	9 von 10	
07-F-02	Minuten	2007		7,15			10,00	8,23	8,08	9,16	9,43	9,16		9,12			7,36	8,63	9 von 9	
07-G-01	%	2008		74,1														x	x	
07-G-02	%	2008		74,0														x	x	
07-M-01	Anzahl	2007		3		3		5			3	4					2	4	4 von 7	
07-M-02	Anzahl	2007		894		360		466			871	768					1.238	713	2 von 7	
07-N-01	Anzahl	2007		10.494									4.937	6.347		8.863		x	x	
07-N-02	Anzahl	2007		10.629									9.311	6.502		8.310		x	x	
07-O-01	Euro	2007		1,8				2,6		2,6		2,8		2,2				2,9	7 von 7	



net abrufbar sein. Das Informationssystem ist so konzipiert, dass sowohl die Kennzahlen als auch die zugrunde liegenden Basiszahlen zeitlich, räumlich und thematisch individuell kombinierbar sind. Damit können nicht nur vorliegende Kennzahlen abgerufen werden, sondern bei Bedarf auch neue, über das Informationsangebot des Benchmarking-Berichts hinausgehende Auswertungen, gemacht werden. Die Test-Version des Informationssystems steht den Mitgliedern der Begleit-AG derzeit zur Verfügung. Nach Ablauf der internen Testphase kann die Datenbank in der Bremischen Verwaltung eingesetzt werden.

5 Schlussbetrachtung

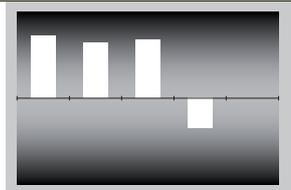
Der Bremer Benchmarking-Bericht hat sich zu einer wichtigen Größe innerhalb der bremischen Verwaltung entwickelt. Die beteiligten Ressorts begrüßen die Initiative und betonen deren Bedeutung für die Haushaltsberatungen und die Steuerung des jeweiligen Aufgabengebiets. Der nächste Bericht soll dem bremischen Senat im Januar 2010 vorgelegt werden. Die Abläufe und Zuständigkeiten sind zwar mittlerweile etabliert, dennoch ist die jährliche Erarbeitung des Berichts kein fest definiertes Verfahren. Es handelt sich vielmehr um einen Prozess, in dem die Erkenntnisse der Vorjahre weiterentwickelt werden und auf veränderte Rahmenbedingungen reagiert wird. Dementsprechend besteht ständiger Entwicklungsbedarf im Hinblick auf die Inhalte und Methoden. Dies betrifft zum Beispiel die Datenlage und die Datenqualität. Während bei den verwendeten Merkmalen der amtlichen Statistik die inhaltliche, zeitliche und räumliche Kontinuität gewährleistet ist, ist dies bei den nicht-amtlichen Zahlen genau zu prüfen. Zur Verbesserung der Transparenz der Kennzahlen muss das Metadatenangebot weiter ausgebaut werden. Auch der Anspruch der Begleit-AG, die fachpolitischen Ziele möglichst umfassend mit geeigneten Kennzahlen abzubilden und damit die Zielerfüllung messbar zu machen, stellt hohe Ansprüche an alle Beteiligten. Nicht umsonst gelten die „Identifikation und Beschreibung von Vergleichsobjekten und die Auswahl von Vergleichskriterien sowie die Bestimmung der Vergleichskennzahlen im Vorfeld eines Benchmarking-Prozesses“¹⁶ als der aufwändigste Teil des Verfahrens.

Der zunehmende Einsatz von Leistungsvergleichen als Steuerungsinstrument in der öffentlichen Verwaltung eröffnet neue Aufgabenfelder für die amtliche Statistik. Die Verlässlichkeit der Berichte hängt stark von der Validität und Reliabilität der Datengrundlage ab. Die in den statistischen Ämtern vorhandene Erfahrung mit Datenerhebungen, dem Datenmanagement sowie der Organisation von Datenflüssen sollte dafür genutzt werden.

Stand: 25.08.2008

Abb. 3b
Beispieltabelle für einen Ländervergleich aus dem Benchmarking-Bericht 2008: Produktplan 07 Inneres

Ländervergleich	Einheit	Jahr	Bremen: Abweichung vom Bundeswert *			HB	HH	BE	BW	BY	HE	NI	NRW	RP	SL	SH	BB	MV	SN	ST	TH	Bundesgebiet	Rang HB*
			Min	Ø	Max																		
07-A-02 Beschäftigte der Polizei (VZÄ) je 1.000 Einwohner/innen	Anzahl	2007	4,8	5,3	6,4	4,8	5,3	6,4	2,6	2,9	2,8	2,8	2,5	2,8	3,2	2,7	3,8	3,9	3,4	3,8	3,3	3,1	3
07-E-01 Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Rechtsschutz je Einwohner/in	Euro	2005	326	353	424	326	353	424	170	206	229	211	221	203	217	224	290	285	247	279	229	229	3
07-E-02 Öffentliche Haushalte: bereinigte Ausgaben für Polizei je Einwohner/in	Euro	2005	225	256	323	225	256	323	115	137	137	119	122	133	133	128	166	165	145	160	131	142	3
07-E-03 Personalkosten je Beschäftigten (VZÄ) der Polizei	Euro	2005	51.656	48.152	49.702	51.656	48.152	49.702	52.175	51.483	57.423	53.930	62.104	53.193	51.455	58.523	50.599	53.097	52.414	50.168	47.808	53.970	9
07-O-02 Statistik: Ausgaben für die Landesstatistik je Einwohner/in	Euro	2007	5,8	6,9	4,5	5,8	6,9	4,5	3,0	4,6	4,2	2,6	3,2	5,4	5,7	5,5	9,6	.	6,2	5,0	6,2	5	



Jacqueline Berg, Stefanie Neurauter*

Familienfreundlichkeit aus Bürgersicht

- Ergebnisse des zusätzlichen Fragemoduls

1 Einleitung

Die koordinierte Umfrage zur Lebensqualität der Arbeitsgemeinschaft Urban Audit¹ wurde von etwa der Hälfte der beteiligten Städte als Ausgangspunkt genutzt, um ein weiteres Thema gemeinsam zu erheben, das derzeit eine hohe Priorität auf der kommunalen Agenda besitzt: Wie schätzen die Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt in Punkto Familienfreundlichkeit ein? Nicht zuletzt im Rahmen der zunehmenden öffentlichen Thematisierung der demographischen Entwicklung und der zunehmenden Kinderlosigkeit hat die Förderung von Familienfreundlichkeit an Aufmerksamkeit gewonnen. Viele Kommunen haben sich auf die Fahnen geschrieben, sich verstärkt um die Bedürfnisse von Familien mit Kindern zu kümmern und für ein familienfreundliches Umfeld in der Stadt zu sorgen. Im Ergebnis unternehmen die Kommunen z. B. verstärkte Anstrengungen, die Zahl der Betreuungsplätze auszu-

bauen und die Integration von Zuwanderern bzw. Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Zugleich setzen immer mehr Städte und Kommunen Familienbeauftragte ein, die die Aufgabe haben, das Thema „Familienfreundlichkeit“ in die Verwaltung und die Öffentlichkeit zu transportieren, indem sie familienfördernde Maßnahmen stadtweit initiieren und vernetzen.

Was macht einen Ort „familienfreundlich“? Zweifellos gibt es dafür eine Vielzahl von Kriterien und Ansatzpunkte. Im hier gebotenen Rahmen der Umfrage war es naturgemäß nicht möglich, alle relevanten Aspekte zu beleuchten. Der verwendete Fragenkatalog² konzentriert sich neben einer generellen subjektiven Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Familienfreundlichkeit ihrer Stadt insbesondere auf Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Diese werden allgemein als wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit (zumeist von Frauen) und zur Sicherung des Familieneinkommens betrachtet. Zugleich stellt die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen eine kommunale Aufgabe dar, die organisatorisch wie inhaltlich von den Kommunen sehr unterschiedlich betrieben wird.

Wie stark sehen die Bürgerinnen und Bürger die Verwaltung ihrer Kommune hier in der Verantwortung? Und wie bewerten sie die bisherigen Möglichkeiten, die sich ihnen etwa im Bereich der Kinderbetreuung für bestimmte Altersgruppen in ihrer jeweiligen Stadt bieten?

Sieben der fünfzehn Städte im Projekt „Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität“ beteiligten sich an dem zusätzlichen Fragebogenmodul (s. Abb. 1): Braunschweig, Bremen, Dresden, Köln, Nürnberg, Oberhausen und Wiesbaden. Insgesamt wurden 5.602 Bürgerinnen und Bürger zum Thema „Familienfreundlichkeit“ befragt³.

2 „Objektive“ Strukturdaten zu Familien in den Städten

Bevor Ergebnisse zur subjektiven Stimmungslage der Bürgerinnen und Bürger präsentiert werden (Abb. 2 bis 21 und Abschnitt 3), gibt Abbildung 22 einen Überblick zu einigen „objektiven“ Rahmendaten zu Familie und Kinderbetreuung. Diese wurden als Ergänzung des gemeinsamen Umfrageprojektes von den beteiligten Städten zusammengetragen.

Rund 3,3 Millionen Menschen leben in den sieben beteiligten Städten. Wie in Abbildung 22 zu erkennen, unterscheiden sich die Städte nur geringfügig hinsichtlich der Anteile von Kindern in ihrer Einwohnerschaft. In nahezu jedem fünften Haushalt

* Soziologin M.A. Jacqueline Berg, Amt für Stadtentwicklung und Statistik Köln und Dipl. Soziologin Stefanie Neurauter, Amt für Statistik und Stadtforschung Wiesbaden. Der Beitrag ist der im März 2009 erschienenen Veröffentlichung „Lebensqualität aus Bürgersicht - deutsche Städte im Vergleich“ des Verbandes Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.) entnommen. Wir danken den Autorinnen und den Städten Köln und Wiesbaden für die Bereitstellung des Manuskripts.

¹ Im November 2006 wurde im Auftrag der EU-Kommission in 75 ausgewählten Städten des europäischen Städtevergleichs Urban-Audit eine Befragung durchgeführt mit dem Ziel, die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität der Bewohner und Bewohnerinnen zu ermitteln. In Deutschland erfolgte die Befragung in Berlin, Dortmund, Essen, Frankfurt an der Oder, Hamburg, Leipzig und München unter der Federführung der EU. Parallel dazu haben sich 15 weitere deutsche Städte, darunter auch Bremen, entschlossen ihre Bevölkerung ebenfalls zu interviewen. Die Ergebnisse für Bremen wurden in Heft 1/2008 der Statistischen Landesamtes Bremen veröffentlicht.

² Der vollständige Fragebogen sowie Angaben zur Methodik der Befragung können in der Gesamtveröffentlichung eingesehen werden: Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.) (2008): Lebensqualität aus Bürgersicht - deutsche Städte im Vergleich. Frankfurt.

Abb. 1

Teilnehmerstädte am zusätzlichen Fragemodul „Familienfreundlichkeit“



Stichprobe insg.	n = 5.602
Braunschweig	n = 800
Bremen	n = 500
Dresden	n = 500
Köln	n = 1.201
Nürnberg	n = 800
Oberhausen	n = 800
Wiesbaden	n = 1.001

Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006; zusätzliches Fragemodul „Familienfreundlichkeit“.



Abb. 2
Verantwortung der Stadt für die Betreuung und Hilfe für alte Menschen

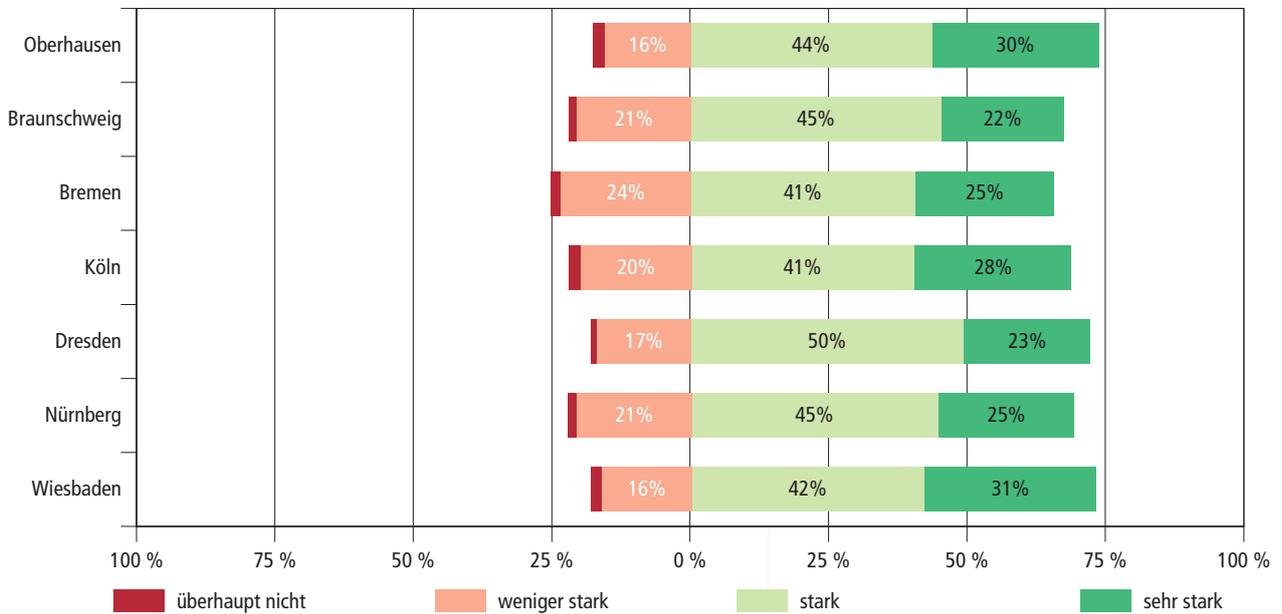
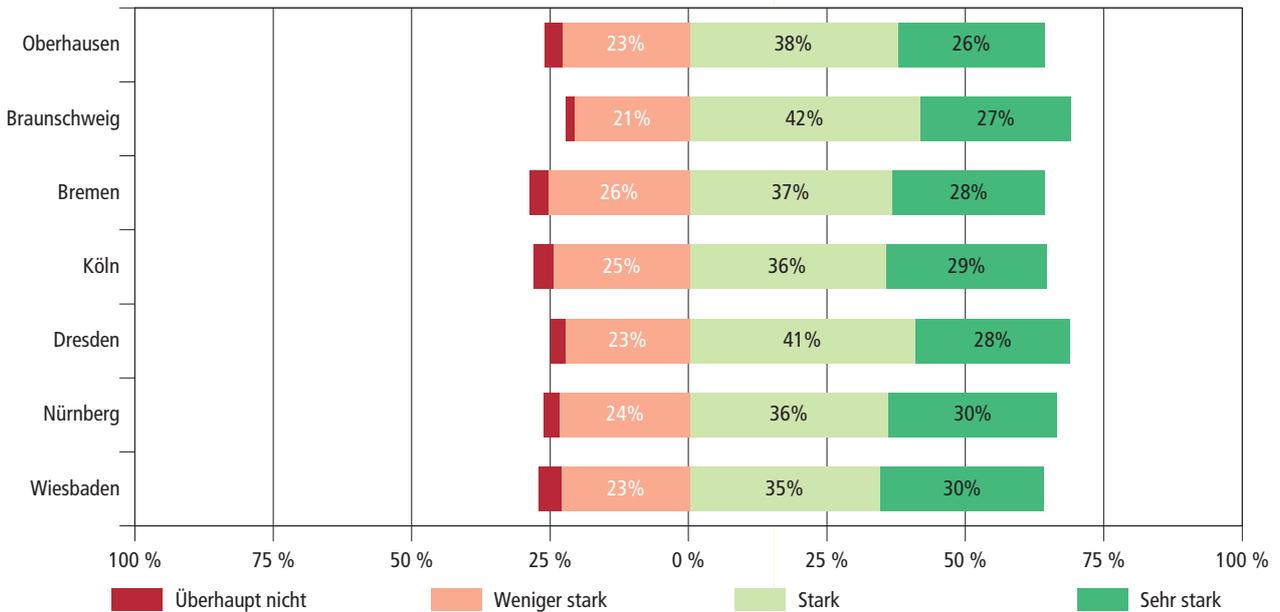


Abb. 3
Verantwortung der Stadt für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDSt / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 4
Verantwortung der Stadt für das Schaffen von ausreichendem und angemessenem Wohnraum für Familien

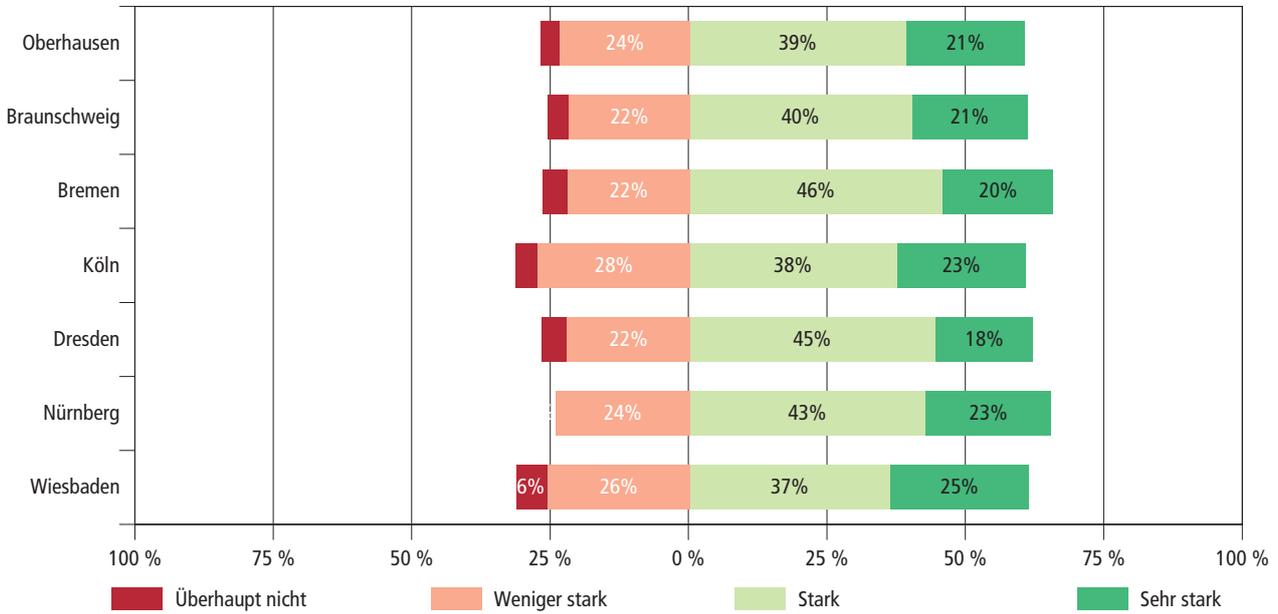
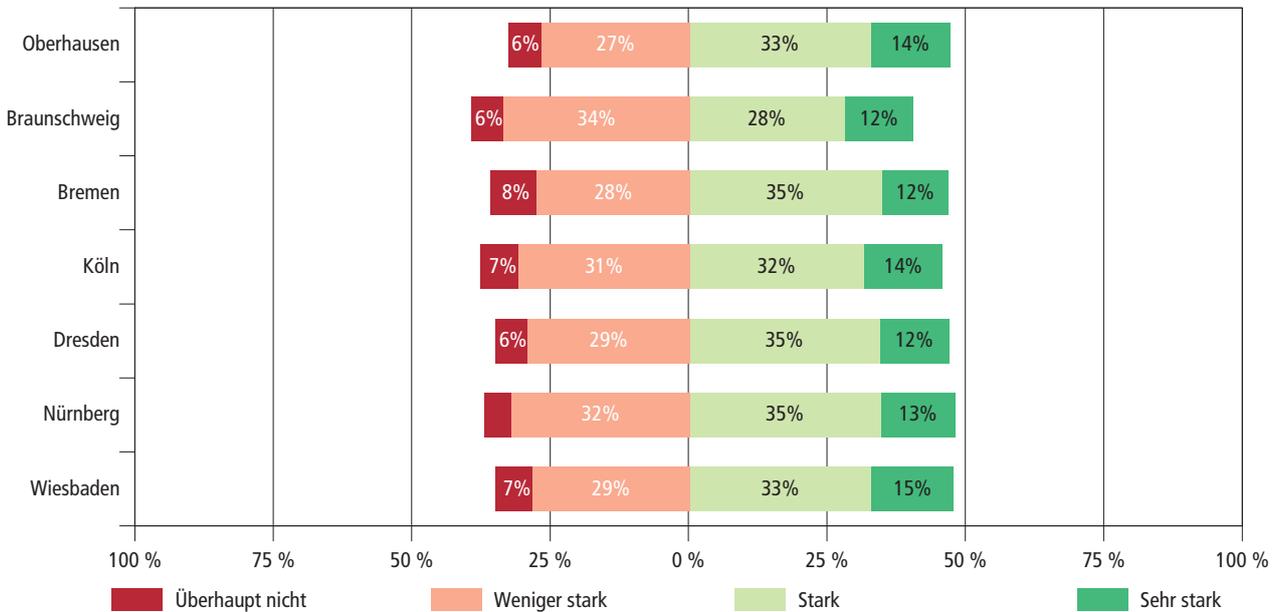


Abb. 5
Verantwortung der Stadt für die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDSt / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 6
Verantwortung der Stadt für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

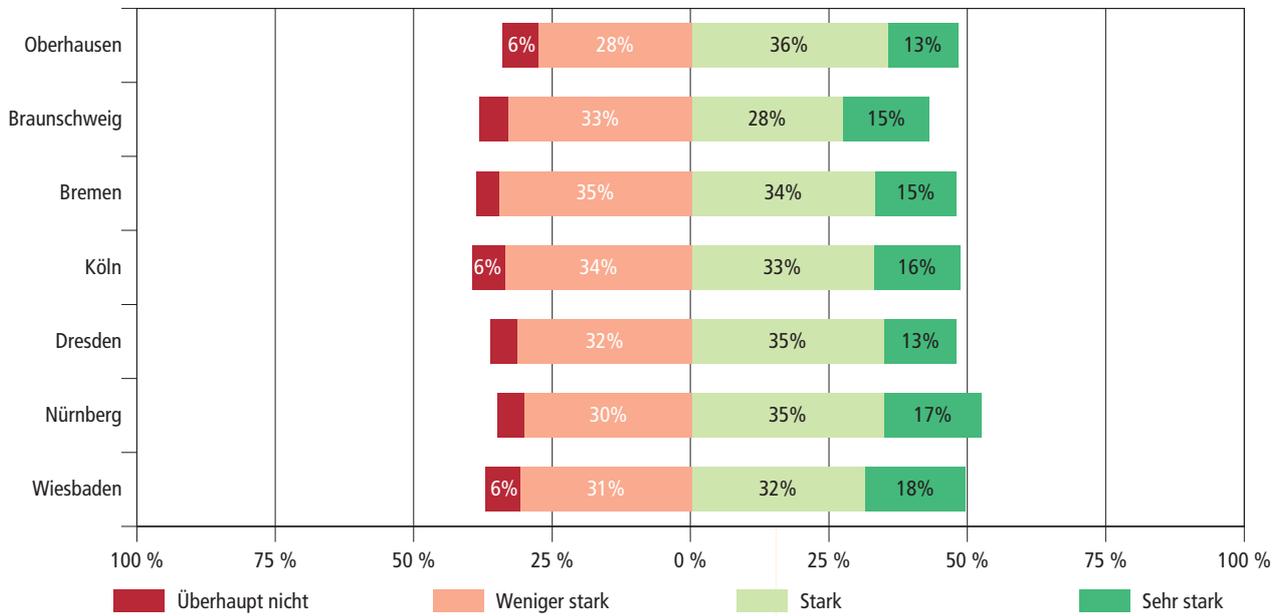
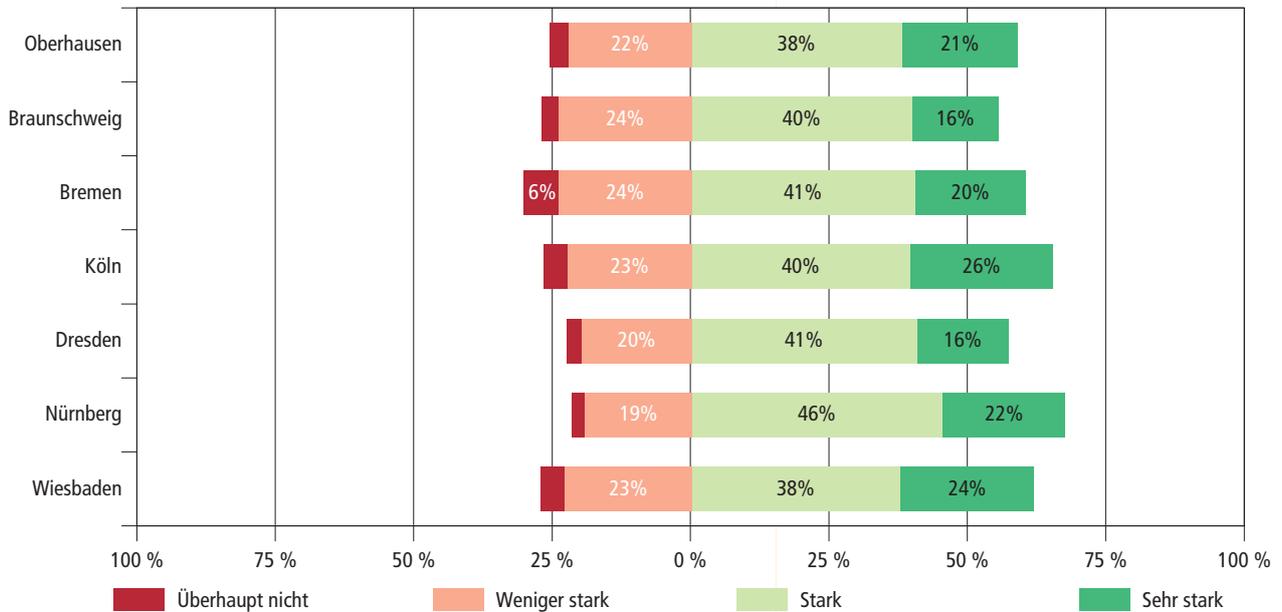


Abb. 7
Verantwortung der Stadt für die Eingliederung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VdSt / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 8
Verantwortung der Stadt für die Gestaltung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden, so dass sie auch für Seh- und Gehbehinderte geeignet sind

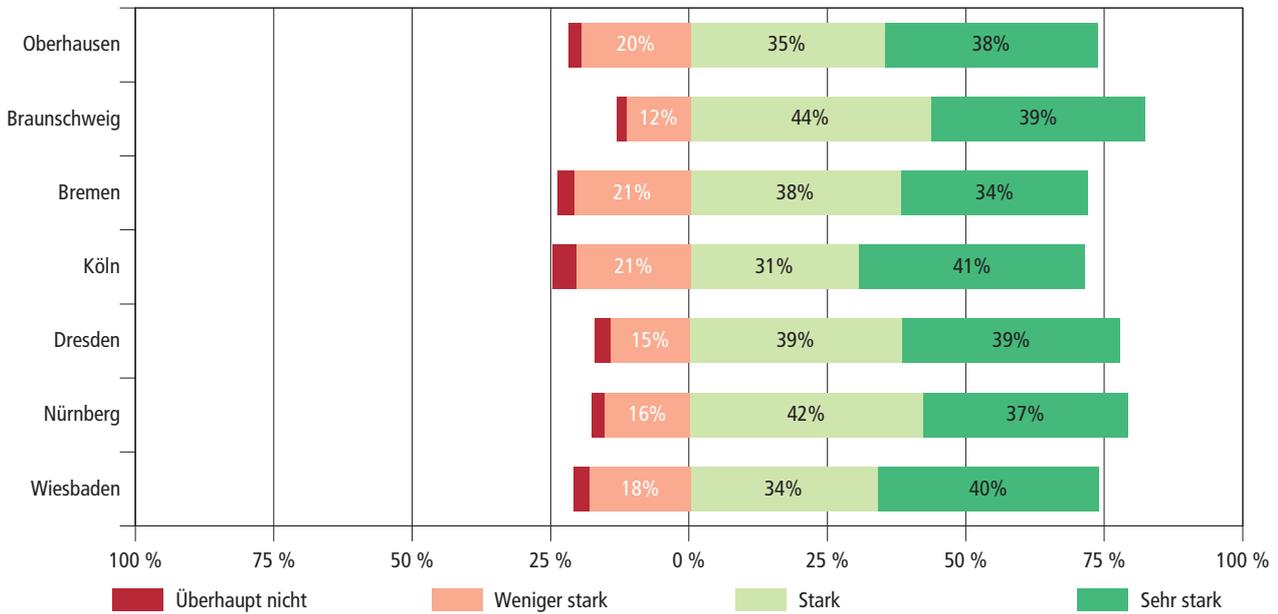
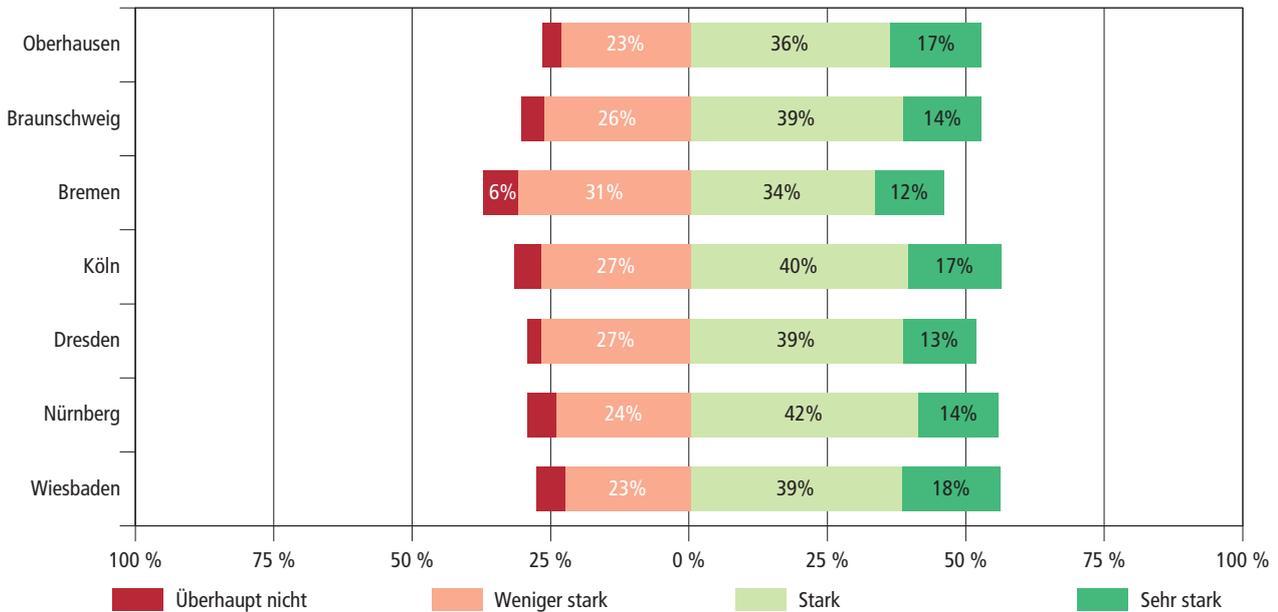


Abb. 9
Verantwortung der Stadt für die Förderung von ehrenamtlichem Engagement



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDSt / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 10 Verantwortung der Stadt bei der Suche nach Arbeitsplätzen für junge Leute

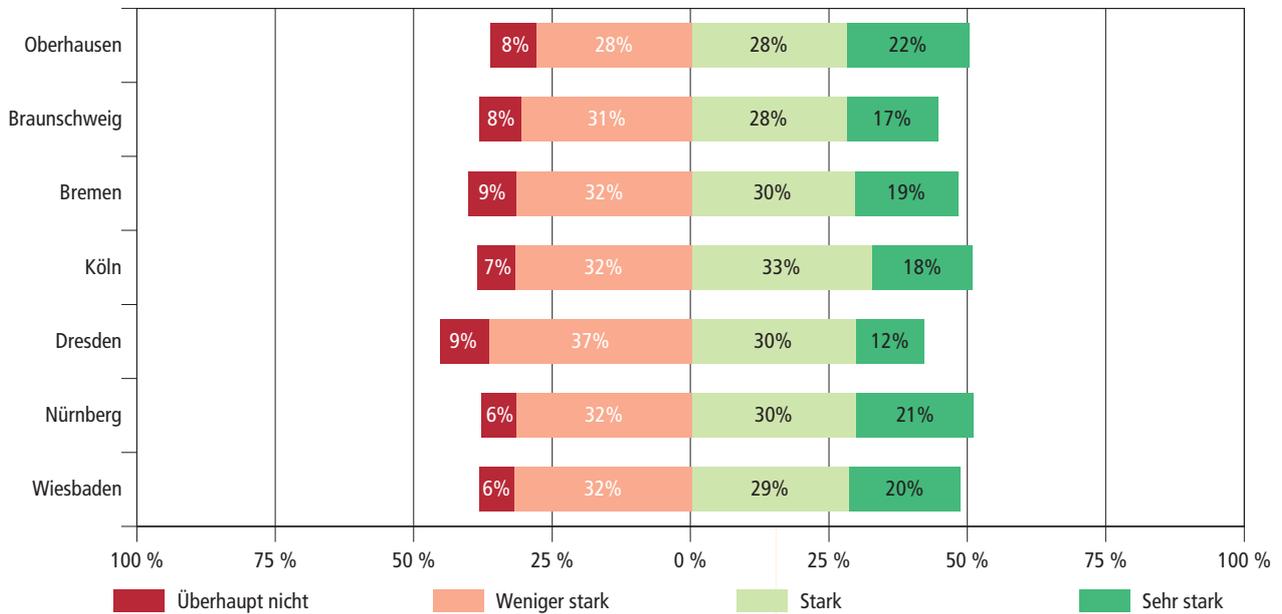
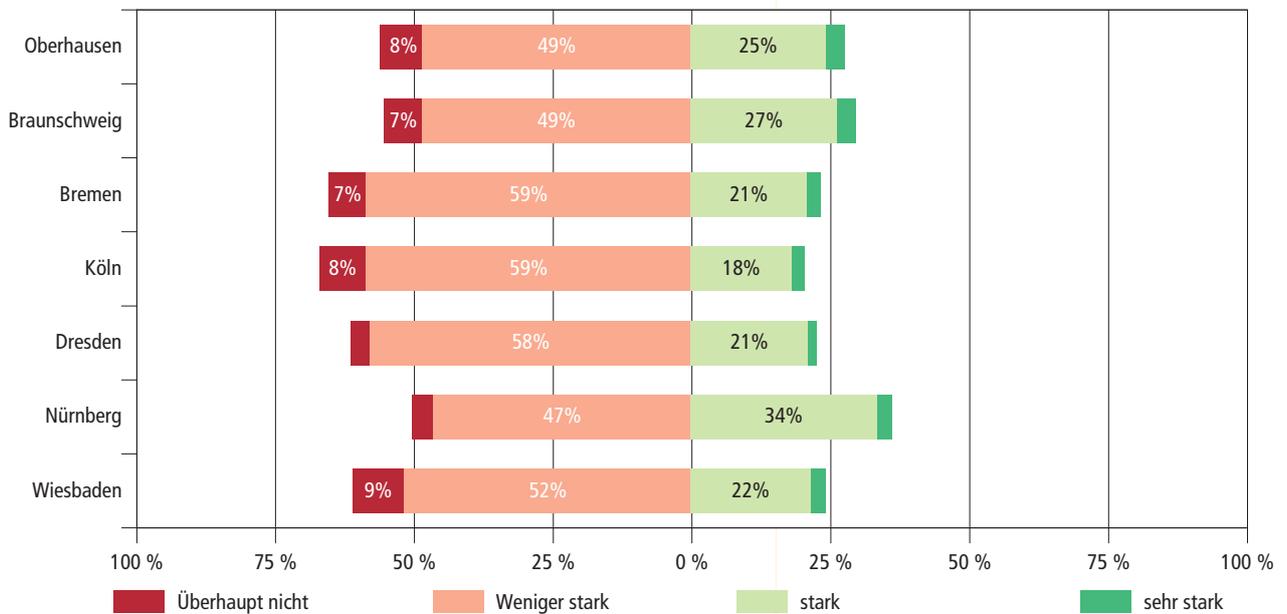


Abb. 11 Wie stark beachten Politik und Verwaltung in (Stadtname) die Wünsche und Probleme von Familien?



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDSst / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb.12
Glauben Sie, dass es für Familien in (Stadtname) ausreichende Möglichkeiten gibt, Beruf und Familie zu vereinbaren?

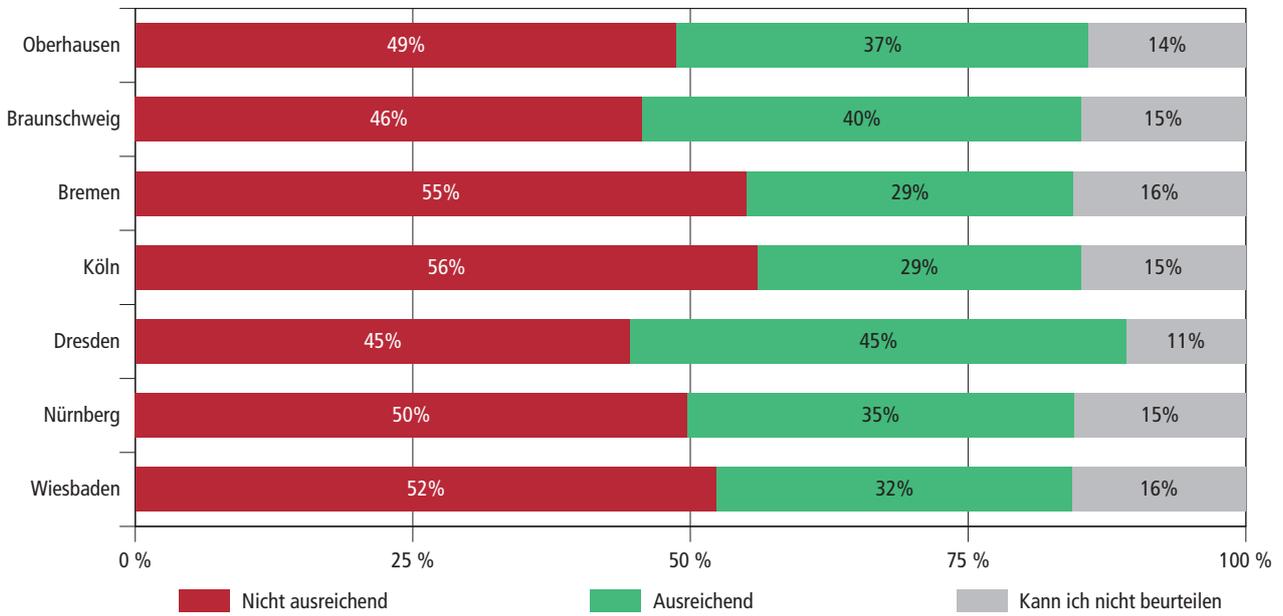
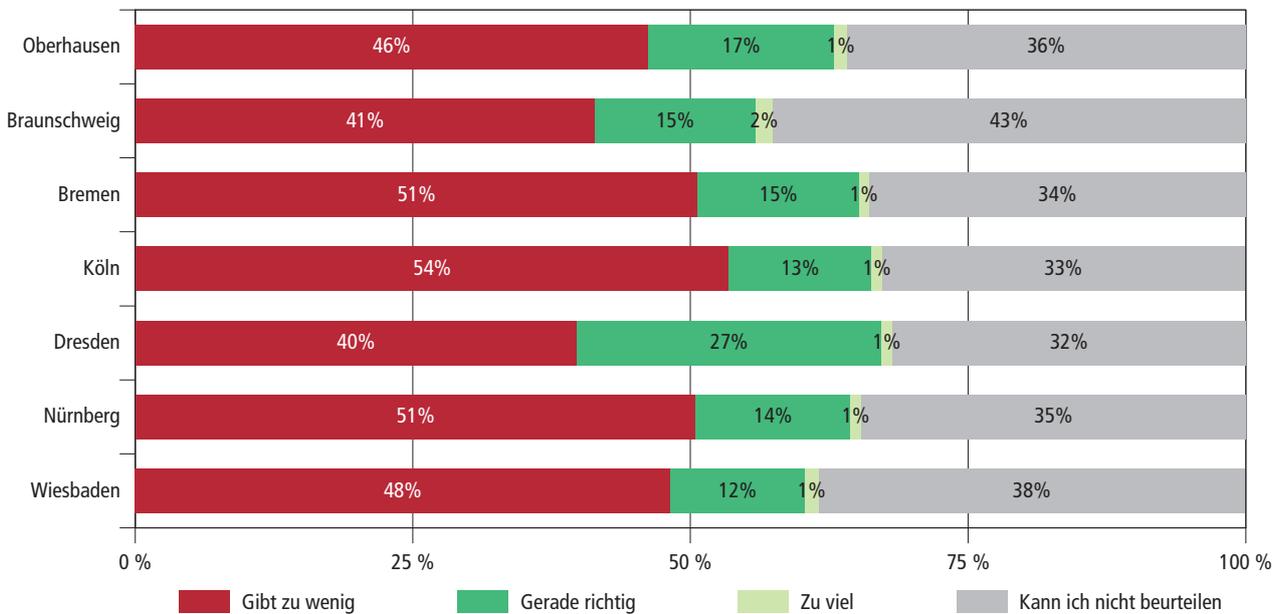


Abb.13
Was meinen Sie in (Stadtname) zur Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren?



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDSst / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 14
Was meinen Sie in (Stadtname) zur Ganztagsbetreuung von Kindern im Kindergartenalter?

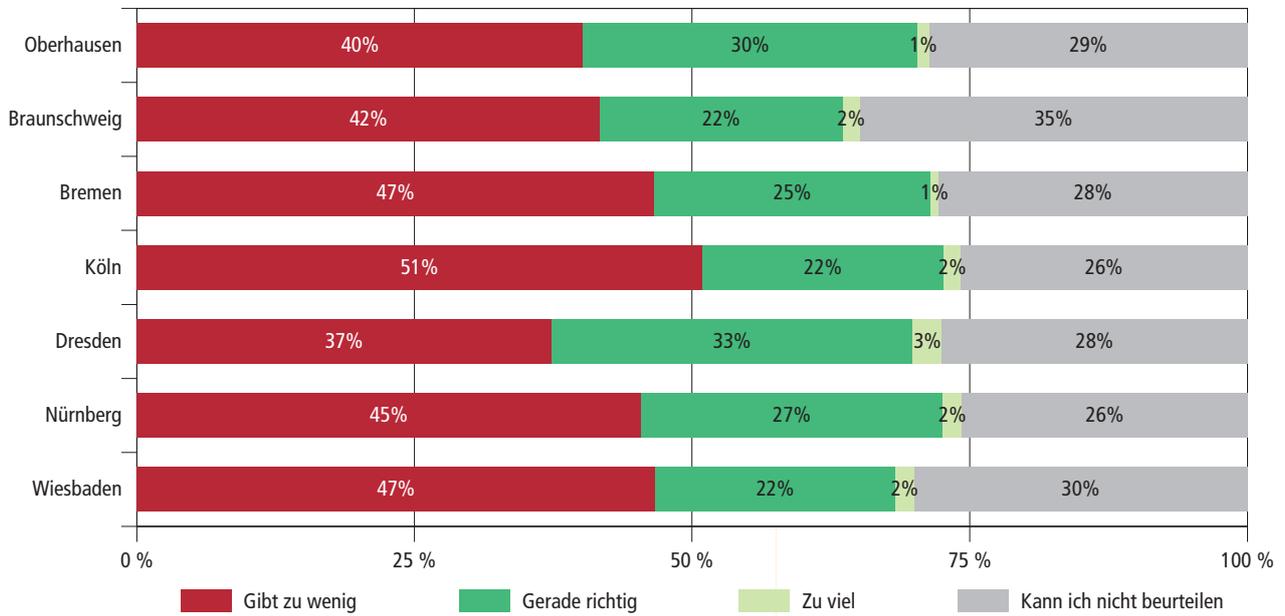
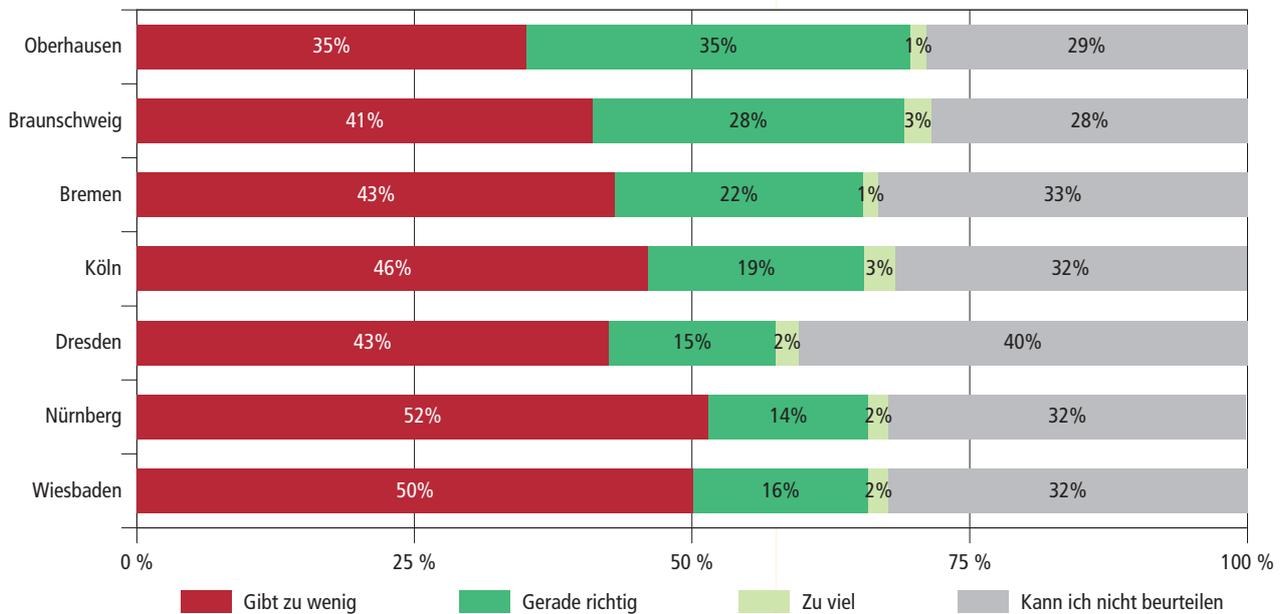


Abb. 15
Was meinen Sie in (Stadtname) zu den Ganztagschulen?



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDSst / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 16
Was meinen Sie in (Stadtname) zu den Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Grundschulalter auch außerhalb der Schulzeit?

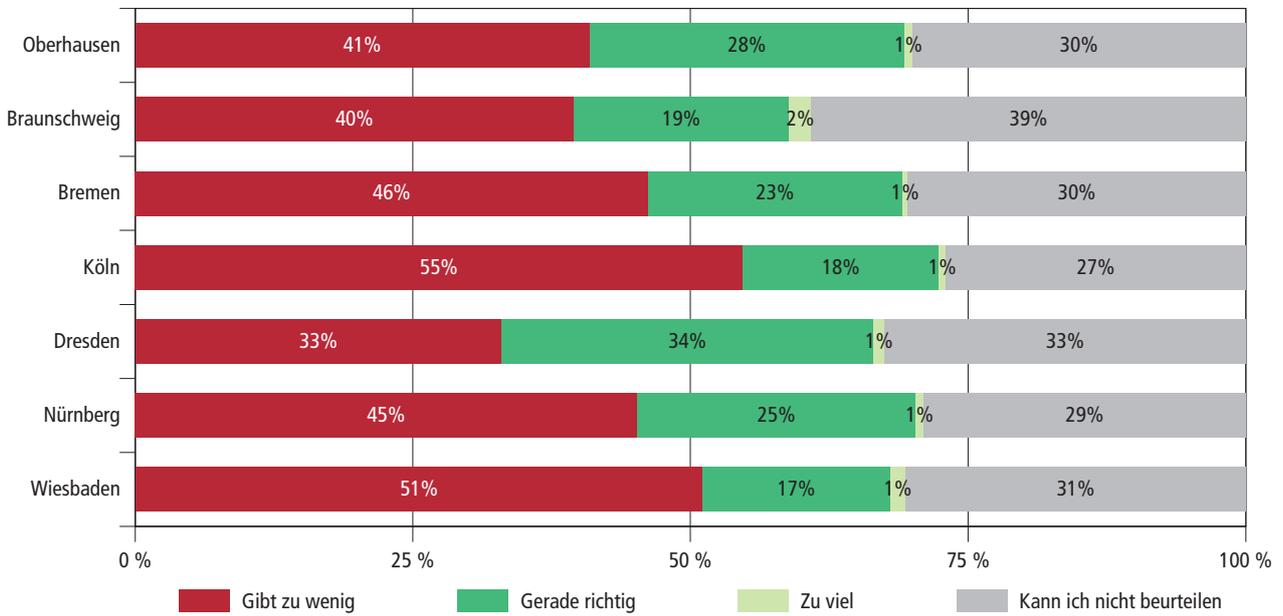
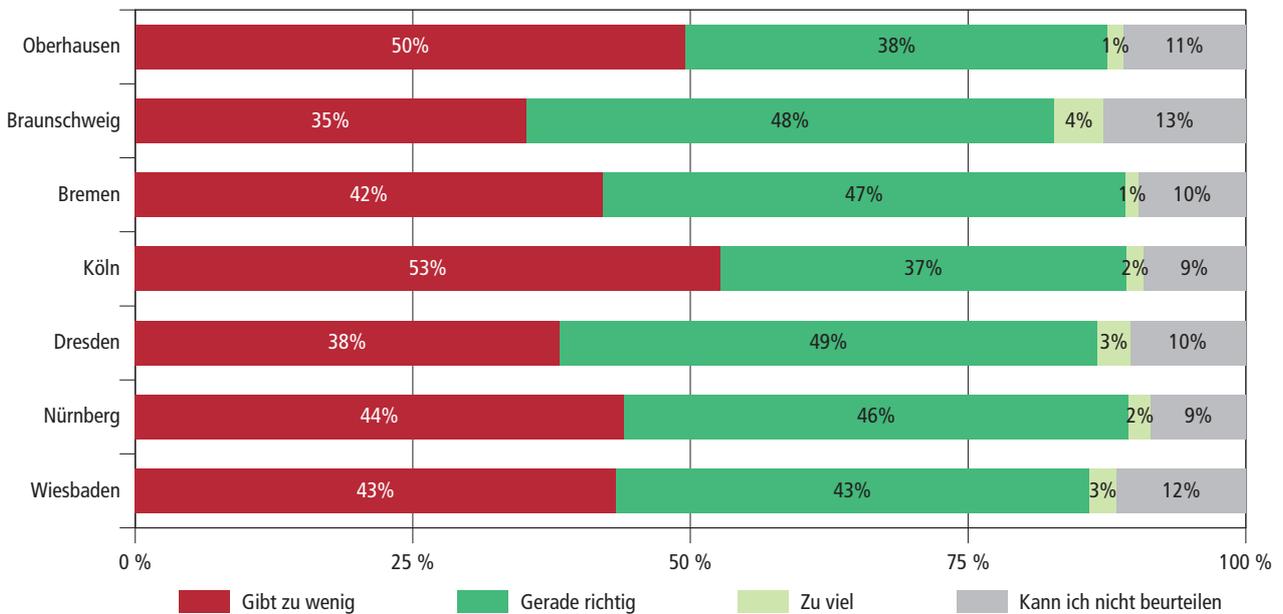


Abb. 17
Was meinen Sie in (Stadtname) zu Spielplätzen und Spielflächen?



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VdSt / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 18
Was meinen Sie in (Stadtname) zu Betreuungsmöglichkeiten für Kinder der Klassen fünf bis sieben?

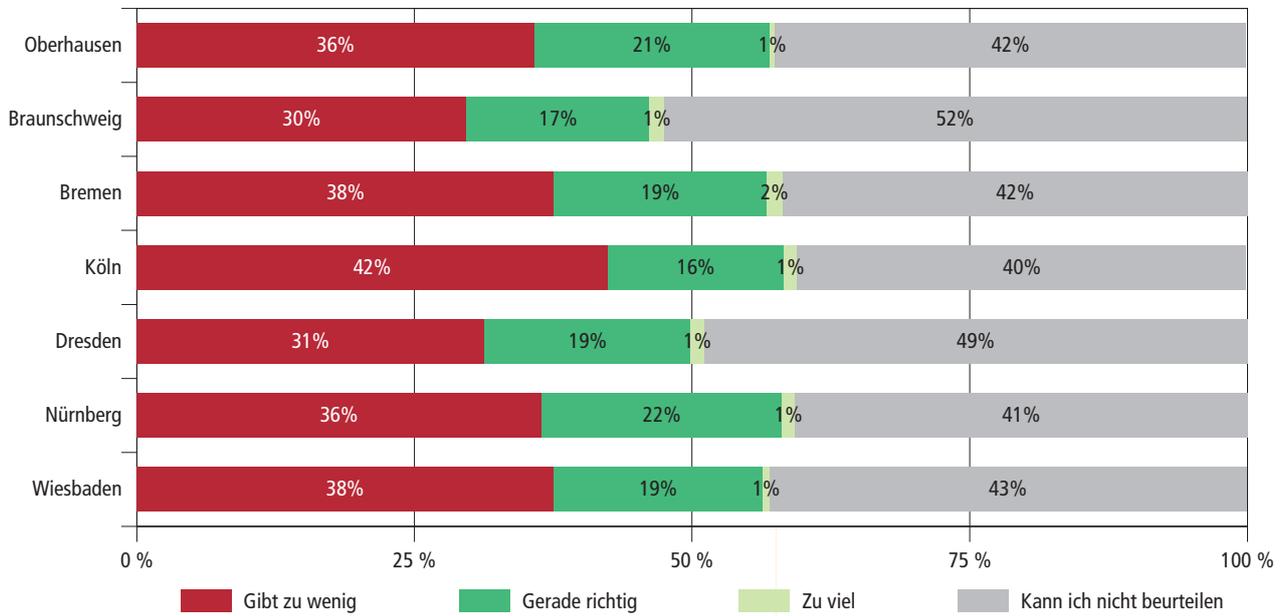
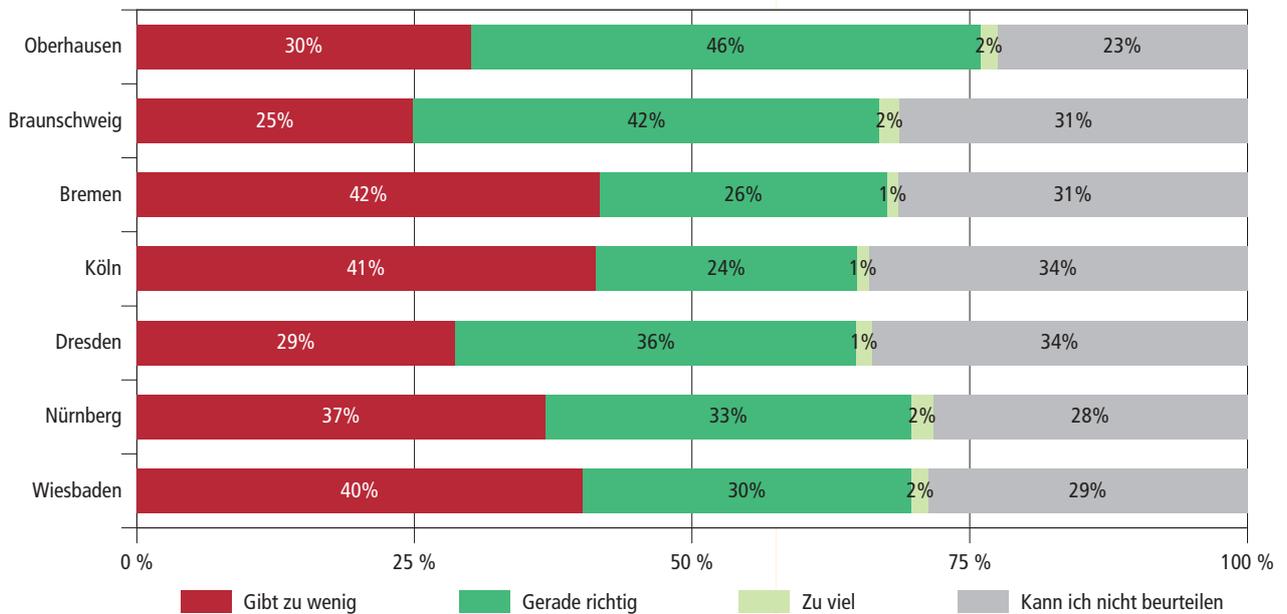


Abb. 19
Was meinen Sie in (Stadtname) zur Betreuung von Kindern in den Ferien?



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDS / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit



Abb. 20
Was meinen Sie in (Stadtname) zu bezahlbarem, familiengerechtem Wohnraum?

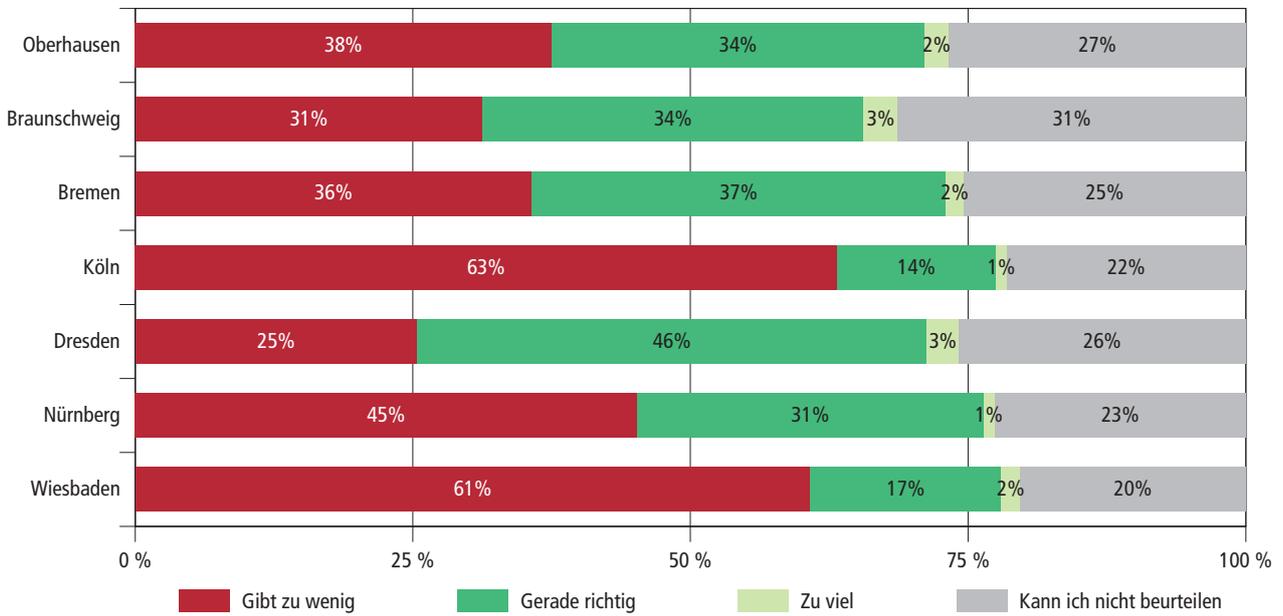
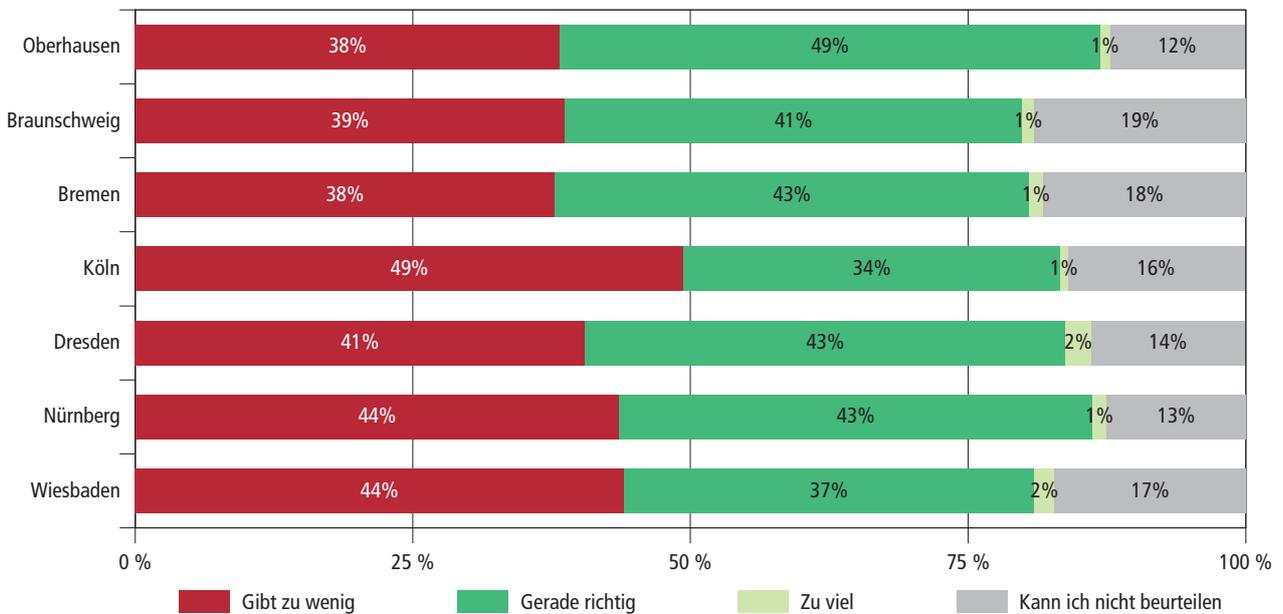


Abb. 21
Was meinen Sie in (Stadtname) zu Maßnahmen zur Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr?



Auf 100 fehlende Anteile = „weiß nicht / keine Angabe“.

Quellen: VDSst / KOSIS-Verbund - Koordinierte Bürgerbefragung zur Lebensqualität in deutschen Städten 2006. Zusatzmodul: Familienfreundlichkeit

wohnen minderjährige Kinder. In Oberhausen und Wiesbaden liegt der Anteil der Familienhaushalte mit 20,3 % jeweils am höchsten, während dieser Haushaltstyp mit 16,6 bzw. 16,8 % in Braunschweig und Dresden etwas seltener vorkommt. (s. Abb. 22)

Die in der Befragung thematisierten Betreuungseinrichtungen betreffen vor allem Kinder in jüngeren Lebensjahren bis zum Abschluss der Grundschule. Der Anteil dieser Altersgruppe - also Kinder im Alter bis unter 10 ½ Jahren - an der Gesamtbevölkerung liegt in den jeweiligen Städten zwischen 8 und 10 % (s. Abb. 23). Im Schnitt der hier beteiligten Städte entfallen dabei 2,6 % auf die jüngste Altersgruppe der unter 3-Jährigen, 3,1 % auf Kinder im „klassischen Kindergartenalter“ zwischen 3 bis 6 ½ Jahren und 3,4 % auf Kinder im Grundschulalter zwischen 6 ½ und 10 ½ Jahren.

Häufig wird als „simpler“ Indikator für Familienfreundlichkeit die Geburtenhäufigkeit herangezogen. Dabei wird impliziert, dass besonders „familienfreundliche“ Rahmenbedingungen in einer Stadt dazu führen, dass dort besonders viele Kinder geboren werden. Die Stichhaltigkeit dieser vereinfachenden Annahme kann hier nicht nachgeprüft werden. Anzumerken sei jedoch, dass regionale Unterschiede in der Geburtenhäufigkeit auch durch sozialstrukturelle Unterschiede in der ansässigen Bevölkerung geprägt werden. Neben der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung (Anteile von Personen im „Familiengründungsalter“) spielt z. B. der Anteil von Einwohnern mit

Migrationshintergrund eine Rolle: Die Kinderzahl ist bei Migrantenfamilien tendenziell höher. Auch milieuspezifische Familienbilder dürften regional unterschiedlich dominant sein, mit tendenziell mehr „traditionellen“ Familien in ländlichen Gebieten als in den Kernbereichen der Großstädte, die eher „Single-Hochburgen“ sind.

Bezogen auf 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren wurden im Befragungsjahr 2006 in den hier betrachteten Städten mit 46,9 die meisten Kinder in Dresden geboren (s. Abb. 24). Mit Fertilitätsraten zwischen 43,2 (Wiesbaden) und 40,4 (Bremen) schließen sich daran die übrigen Städte dicht hintereinander an. Etwas deutlicher wird der Abstand zu Oberhausen (37,9), das im vorherigen Vergleich einen relativ hohen Anteil von Kindern unter 10 ½ Jahren aufweisen konnte.

In vielen Untersuchungen wird ein Zusammenhang zwischen Fertilität und der Erwerbsbeteiligung von Frauen hergestellt. Uneinheitlich sind bislang jedoch die Befunde, wie sich dieser Zusammenhang gestaltet (gleich- oder gegengerichtet), und ungeklärt ob und ggf. in welche Richtung dieser Zusammenhang kausal ist³. So zeigen Längsschnittuntersuchungen auf der Individualebene, dass erwerbstätige Frauen eine geringere Wahrscheinlichkeit haben, ein (weiteres) Kind zu bekommen. Daneben finden sich jedoch international vergleichende Studien, die im längerfristigen Zeitvergleich feststellen, dass sich die Fertilitätsraten v. a. in denjenigen Ländern stabil bis positiv entwickelt haben, in denen die

Abb. 22
Kennzahlen zu den sieben teilnehmenden Städten

	Oberhausen	Braunschweig	Wiesbaden	Nürnberg	Dresden	Bremen	Köln
Bevölkerung (am Ort der Hauptwohnung)	218.089	240.171	274.964	493.689	496.021	546.826	998.001
Anteil der Haushalte mit Kindern unter 18 Jahren an allen Haushalten	20,3 %	16,6 %	20,3 %	18,1 %	16,8 %	17,5 %	18,5 %
Anteil der Kinder unter 3 Jahren	2,8 %	2,4 %	2,8 %	2,5 %	2,8 %	2,4 %	2,7 %
Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 ½ Jahren	3,3 %	2,8 %	3,3 %	3,7 %	2,9 %	2,8 %	3,1 %
Anteil der Kinder von 6 ½ bis unter 10 ½ Jahren	3,8 %	3,2 %	3,8 %	3,3 %	2,8 %	3,5 %	3,5 %
Anteil der Kinder von 0 bis unter 10 ½ Jahren	9,9 %	8,4 %	9,9 %	9,5 %	8,5 %	8,8 %	9,3 %
Fertilitätsrate (Lebendgeborene bezogen auf 1.000 Frauen von 15 bis 45 Jahren)	37,9	42,4	43,2	40,7	46,9	40,4	41,3
Beschäftigtenquote (SV-Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohner im Alter von 18 bis unter 65 Jahren)	47,8	49,4	50,5	51,8	51,5	45,6	45,8
Beschäftigtenquote der Frauen (SV-Beschäftigte Frauen am Wohnort je 100 Einwohnerinnen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren)	40,7	45,5	47,9	48,8	52,4	42,4	42,6
Plätze im Krippenbereich von Kindertagesstätten je 100 Kinder im Alter von unter 3 Jahren ¹⁾	5,9	8,6	11,7	5,0	30,0	.	5,4
Plätze im Elementarbereich von Kindertagesstätten je 100 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 ½ Jahren ¹⁾	87,8	87,7	89,7	72,6	106,3	.	86,0
Plätze im Hortbereich von Kindertagesstätten je 100 Kinder im Alter von 6 ½ bis unter 10 ½ Jahren ^{1) 2)}	0,8	11,9	17,4	21,8	35,4	.	19,7
Betreuungsplätze für Kinder von 6 ½ bis unter 10 ½ Jahren (Hortbereich plus betreuende Grundschule) je 100 Kinder dieser Altersgruppe	32,1	21,6	33,0	22,6	81,6	.	25,7

1 Für Bremen liegen keine vergleichbaren Daten zu Betreuungsplätzen nach Altersgruppen vor.

2 In Oberhausen laufen Plätze im Hortbereich von Kindertagesstätten im Zuge der offenen Ganztagschule aus. Stand: 31.12.2006 bzw. Jahreswert 2006; Beschäftigte: 30.06. bzw. 30.09.2006.

Quelle: Statistische Ämter der beteiligten Städte.

Berufstätigkeit von Frauen bzw. Müttern durch Maßnahmen wie etwa öffentliche Betreuungsangebote unterstützt wird, während in Ländern mit weniger Unterstützungsangeboten auch die Geburtenraten sinken⁴.

Rein deskriptiv lässt sich für die hier vorliegende Auswahl feststellen, dass in Städten mit höherer Frauenerwerbsbeteiligung tendenziell auch die Fertilität etwas höher liegt(s. Abb. 24). Lediglich Nürnberg weicht etwas von diesem Trend ab. So weist Dresden neben der höchsten Beschäftigungsquote unter den Frauen auch die höchste Fertilitätsrate auf. Dies könnte ein Hinweis sein, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen in der Stadt an der Elbe am besten gelingt. Dies dürfte mit dem geschichtlichen „Erbe“ zu tun haben, denn in der ehemaligen DDR waren im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern die Kapazitäten öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen stärker ausgebaut und Frauen wiesen eine sehr hohe Erwerbsorientierung auf. Die Versorgungslage mit außerfamiliären Betreuungsmöglichkeiten ist in vielen Kommunen der neuen Bundesländer daher (immer noch) auf deutlich höherem Niveau als in den alten. In wie weit sich dies auf Ebene der subjektiven Bewertungen fortsetzt, wird in den folgenden Abschnitten zu sehen sein.

3 Befragungsergebnisse zur Lebenssituation von Familien in sieben Städten

Kernfragen des zusätzlichen Fragebogenteils, dem so genannten „Familienmodul“, bilden folgende Fragestellungen:

- Wie stark fühlen sich Familien durch die Politik und Verwaltung in ihrer Stadt mit ihren Belangen wahrgenommen?
- Gibt es ausreichend Möglichkeiten in der Stadt, um Familie und Berufstätigkeit gut miteinander zu vereinbaren?
- Welche Ansprüche stellen Familien an die kommunale Infrastruktur?

3.1 Beachtung familiärer Belange durch Politik und Verwaltung

Als grundlegendes Ergebnis der Befragung wird erkennbar, dass aus der Sicht von Familien offenbar ein erhebliches Defizit bei der Wahrnehmung ihrer Belange, Wünsche und Probleme besteht. Fasst man die Ergebnisse aller sieben Teilnehmerstädte zusammen, so waren sechs von zehn Befragten mit Kindern im Haushalt⁵ der Meinung, dass Ihre spezifischen Belange nur „weniger stark“ (59 %) Beachtung finden (s. Abb. 25). Nahezu jeder zehnte Haushalt war sogar der Meinung, dass die Belange von Familien durch Politik und Verwaltung „überhaupt nicht“ (9 %) beachtet würden. Zusammengenommen gehen somit gut zwei Drittel der befragten Haushalte mit Kindern von keiner bzw. einer unzureichenden Beachtung ihrer Belange durch Verwaltung und Politik aus.

Frauen schätzen die Situation vor Ort dabei deutlich schlechter als Männer ein: Annähernd drei Viertel der weiblichen Befragten (72 %) mit Kindern im Haushalt fühlen sich in ihrer Stadt mit ihren familiären Belangen von Politik und Verwaltung in

³ Vgl. z.B. Schröder, Jette und Brüderl, Josef: Der Effekt der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Fertilität: Kausalität oder Selbstselektion? Zeitschrift für Soziologie, Jg. 37 Heft 2, April 2008. Schröder, Jette: Der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Fertilität: Ein Überblick über den Forschungsstand. MZES Working Papers Nr. 89, 2005.

⁴ EU Expert Group on Gender, Social Inclusion and Employment (EGGSIE): Reconciliation of work and private life: A comparative review of thirty European countries. Manuscript European Communities, 2005.

⁵ „Befragte mit Kindern“ meint, wenn nicht anders bezeichnet, Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt.

Abb. 23

Anteil der Kinder verschiedener Altersgruppen an der Bevölkerung in den sieben teilnehmenden Städten

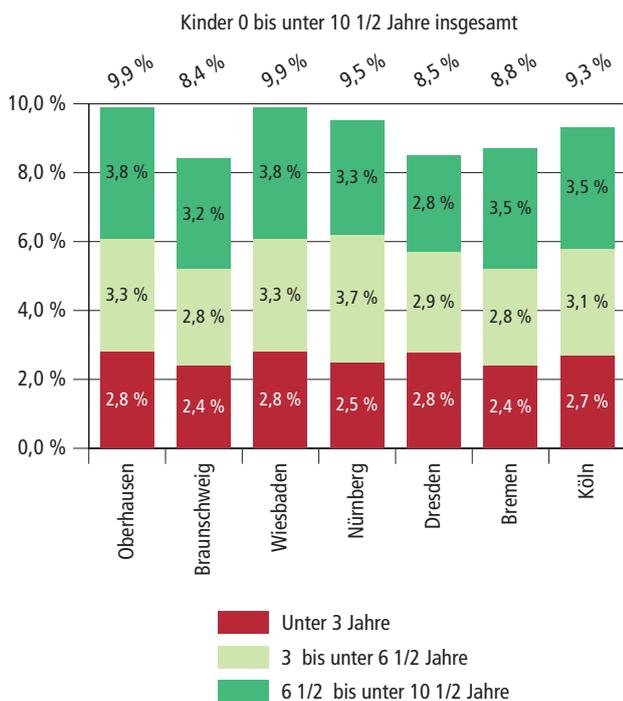
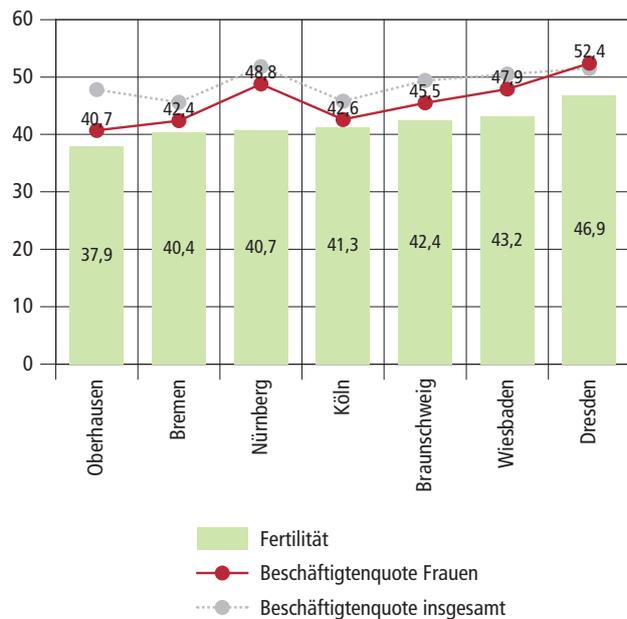


Abb. 24

Fertilitätsrate¹⁾ und Beschäftigtenquote der Frauen²⁾ in den beteiligten Städten



¹ Lebendgeborene bezogen auf 1.000 Frauen von 15 bis 45 Jahren. ² SV Beschäftigte Frauen am Wohnort je 100 Einwohnerinnen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Stand: 31.12.2006; SV Beschäftigte zum 30.06. bzw. 30.09. 2006. Quelle: Statistische Ämter der beteiligten Städte.

Stand: 31.12.2006. Quelle: Statistische Ämter der beteiligten Städte.

nicht ausreichendem Maße beachtet (im Vergleich zu 64 % der Männer).

Die Städte im Vergleich

Über alle Städte hinweg, in denen befragt wurde, stehen also Eltern der lokalen Politik und Verwaltung durchweg kritisch gegenüber, wenn es um die Beachtung ihrer Belange geht. Der Städtevergleich zeigt jedoch Unterschiede in der Stärke dieser Einstellung. Noch am ehesten in ihren Belangen von Politik und Verwaltung wahrgenommen sehen sich die befragten Eltern in Nürnberg: „Nur“ 59 % von ihnen geben hier ein negatives Urteil ab, 36 % hingegen ein positives. In Braunschweig und Oberhausen liegt der Anteil derjenigen Befragten, die die Situation vor Ort negativ beurteilen, bei knapp 65 %. Schlusslichter unter den sieben Städten sind Bremen, Dresden und Köln. Hier sehen sich jeweils mehr als 70 % der Befragten mit Kindern von Politik und Verwaltung vor Ort mit ihren Belangen nicht ausreichend beachtet (s. Abb. 26).

Wie die angewandte Teststatistik⁶ zeigt, sind die aufgezeigten Unterschiede zwischen den Städten statistisch signifikant ($p = .003$). Die Unterschiede zwischen den Städten im Antwortverhalten sind mit Daten zu Lebensverhältnissen und -bedingungen von Familien nur bedingt zu erklären. Die Vermutung, dass es einen Zusammenhang zwischen der Wohnortgröße⁷ (als Indikator für geringere Transparenz des Verwaltungshandels und auch größere Sozialbelastung der Kommune) einerseits und dem Vertrauen in die familienfreundliche Ausrichtung des Verwaltungshandelns andererseits gibt, wurde überprüft: Eine Zusammenhangsanalyse ergab, dass es eine nur schwache, positive Korrelation zwischen der Wohnortgröße und der gemessenen Unzufriedenheit der Befragten mit Politik und Verwaltung gibt ($r = .094$) (s. Abb. 27). Hier erscheint es sinnvoll, das Vertrauen der Bevölkerung in die familienfreundliche Ausrichtung von Verwaltungshandeln weiter zu beobachten, gerade auch vor dem Hinter-

grund, dass dies ein möglicher Gradmesser für den Erfolg der Arbeit der eingesetzten Familienbeauftragten sein kann.

3.2 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern weist Deutschland bei der Erwerbsbeteiligung und dem Beschäftigungsniveau der Frauen noch immer einen Rückstand auf.⁸ Dies beruht nicht zuletzt auf der geringen Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt – ein Umstand, der mit dazu beiträgt, dass immer weniger Frauen sich für Kinder entscheiden. Allerdings ist angesichts des sich abzeichnenden demographischen Wandels und seiner Folgen für die sozialen Sicherungssysteme momentan gesellschaftlicher Konsens, dass es dringend geboten ist, dass die Politik für ausreichend Möglichkeiten sorgt, dass sich wieder mehr Frauen (und auch Männer) für Kinder und Berufstätigkeit entscheiden können.

Wie bewerten nun die Nachfrager, also Personen mit jüngeren Kindern, die Möglichkeiten in ihrer Kommune, Familie und Berufstätigkeit unter einen Hut zu bringen? Um sich dieser Frage anzunähern, wurde im Familienmodul der Urban Audit-Befragung die Frage gestellt, ob die Befragten dort ausreichend Möglichkeiten vorhanden sehen, um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können.

Die Ergebnisse zeigen, dass über alle sieben Städte hinweg die Situation vor Ort als verbesserungswürdig eingeschätzt wird: Im Durchschnitt ist die Hälfte aller Befragten (50 %) der Meinung, dass die Möglichkeiten in ihrer Stadt hierzu nicht ausreichen, bei Eltern steigt der Anteil auf 60 % (s. Abb. 28 und 29).

Auch wenn sich – im Zuge des 2007 eingeführten Elterngeldes – immer mehr Männer dafür entscheiden, sich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gedanklich und auch aktiv anzunähern, ist die fehlende Vereinbarkeit dennoch ein Problem, das in stärkerem Maße Frauen betrifft. Dies spiegelt sich

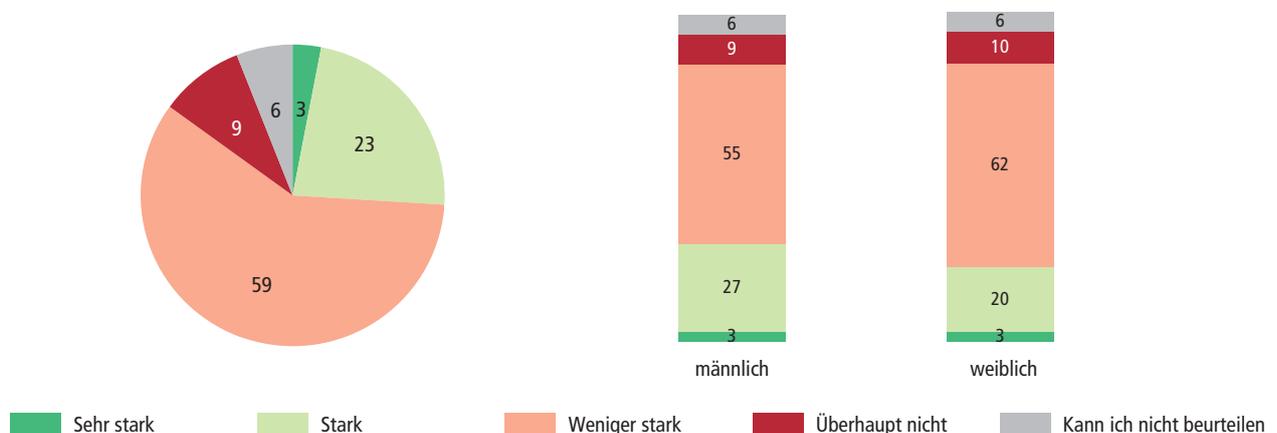
6 Der Kruskal-Wallis-Test (H-Test) ist ein parametrefreier statistischer Test, mit dem im Rahmen einer Varianzanalyse verglichen wird, ob sich verschiedene unabhängige Stichproben (Gruppen) hinsichtlich einer ordinalskalierten Variable unterscheiden. Er ähnelt einem Mann-Whitney-U-Test und basiert wie dieser auf Rangplatzsummen, mit dem Unterschied, dass er für den Vergleich von mehr als zwei Gruppen angewendet werden kann.

7 Gemessen an der Bevölkerungszahl.

8 Siehe Eurostat: Statistik kurz gefasst - Bevölkerung und Soziale Bedingungen. Vierteljahresbericht zu Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union für die EU25, 17/2006, S. 3 sowie EUROSTAT Webseite/Leitseite/Bevölkerung und soziale Bedingungen/Daten/Arbeitsmarkt.

Abb. 25

Beachtung der Belange von Familien durch Politik und Verwaltung in (...) (Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



Frage: Was meinen Sie, wie stark beachten Politik und Verwaltung in (...) die Wünsche und Probleme von Familien?
 Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

in den Befragungsergebnissen wieder: So sieht ein deutlich größerer Anteil der Frauen (55 %) die sich in der Stadt bietenden Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, als unzureichend an, als es bei den Männern der Fall ist (45 %).

Die fehlenden Möglichkeiten, Berufstätigkeit und Familie vereinbaren zu können, treffen demnach nach wie vor Frauen mit Kindern deutlich stärker als Männer. Allerdings wird die schwierige Situation, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, von Männern mit Kindern stärker wahrgenommen als von Männern ohne Kinder.

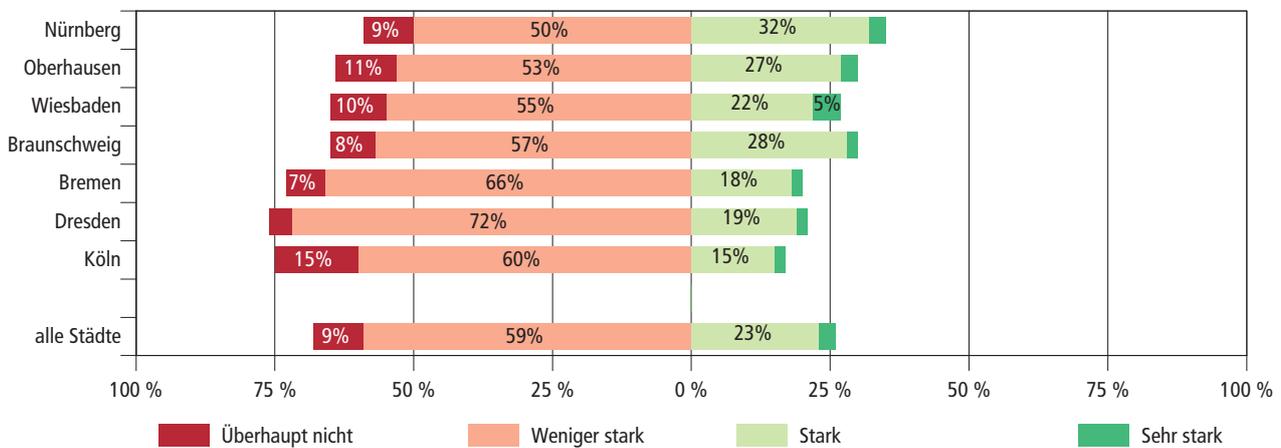
Die Betroffenheit verschärft sich, wenn jüngere Kinder, hier vor allem Kinder unter 3 Jahren, im Haushalt leben (s. Abb. 29). Dementsprechend sind mehr als zwei Drittel der Frauen mit Kindern unter drei Jahren (68 %) und 61 % der Frauen mit Kin-

dern unter sechs Jahren unzufrieden mit den lokalen Möglichkeiten, Beruf und Familie zu verbinden. Frauen mit Kindern im Grundschulalter schätzen mit 59 % ihre Situation deutlich schlechter ein, als dies Befragte mit älteren Kindern tun.

Die Städte im Vergleich

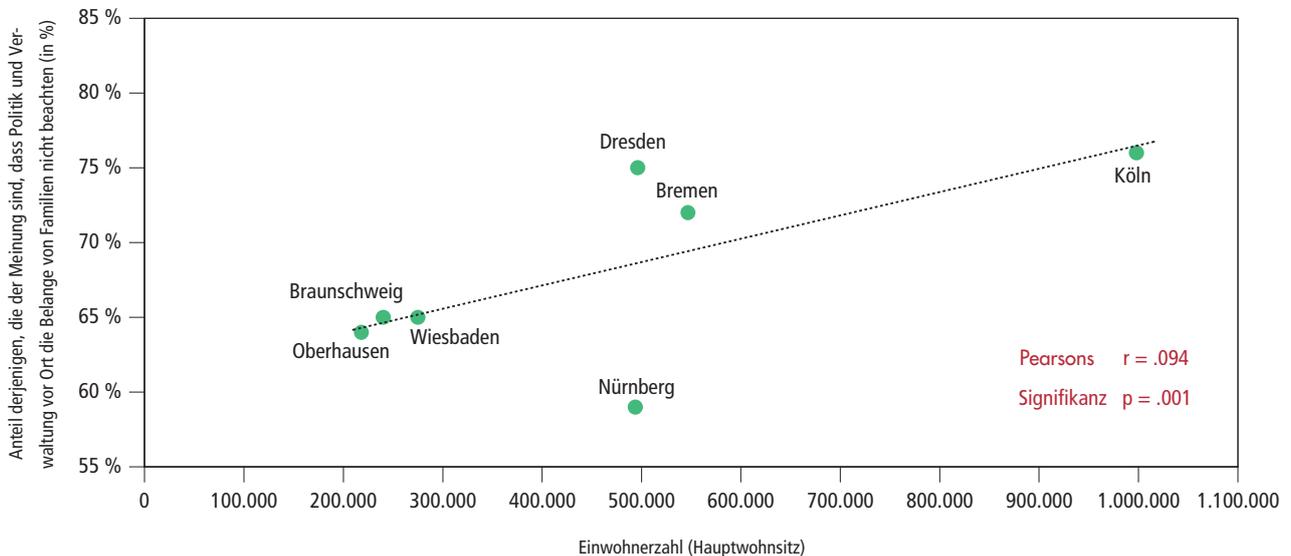
Wenn auch in Dresden die befragten Eltern die dortigen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehrheitlich kritisieren, so liegt deren Anteil mit 51 % doch deutlich unter den Anteilswerten der anderen, westdeutschen Städte. Als einzige der westdeutschen Städte weist Braunschweig mit einem Anteil von 54 % kritisch eingestellter Eltern eine ähnliche Bilanz auf wie die Dresdener Befragten.

Abb. 26
Beachtung der Wünsche und Probleme von Familien durch Politik und Verwaltung in (...)
(Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



Frage: Was meinen Sie, wie stark beachten Politik und Verwaltung in ... (Stadtname) die Wünsche und Probleme von Familien?
Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Abb. 27
Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl und Einschätzung, dass Politik und Verwaltung die Belange von Familien kaum bzw. nicht beachten (Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Die Befragten der anderen westdeutschen Städte Nürnberg, Oberhausen und Wiesbaden hingegen weisen mit Anteilswerten von etwa 58 % eine deutlich höhere negative Einstellung der Eltern auf. Am unzufriedensten zeigen sich die Eltern in Bremen und Köln: Hier sehen jeweils zwei Drittel von Ihnen Verbesserungsbedarf vor Ort. In allen Städten, in denen befragt wurde, hat die Hälfte der Befragten Kinder. Von ihnen sind 60 % der Meinung, dass es in ihrer Stadt Defizite bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt. Es zeigen sich aber auch hier zwischen den einzelnen Städten Unterschiede im Bewertungsmuster. Diese Unterschiede im Antwortverhalten der Befragten sind nicht rein zufällig, sondern statistisch signifikant.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor Ort sind – wie alle Bewertungsfragen – als subjektive Aussage beeinflusst von der gesellschaftspolitischen Situation (hier u. a. alte vs. neue Bundesländer) sowie der individuellen Lebenssituation der Befragten. So ist z. B. das vom Bund Anfang 2007 eingeführte Elterngeld für berufstätige Eltern zwar eine von den Betroffenen positiv bewertete Maßnahme zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es stellt jedoch keine ausreichende Lösung dar. So stehen im Anschluss an die Inanspruchnahme des Elterngeldes (12 - 14 Monate) in der Regel bislang

nicht ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung. Die berufliche Kontinuität ist damit nicht sichergestellt.

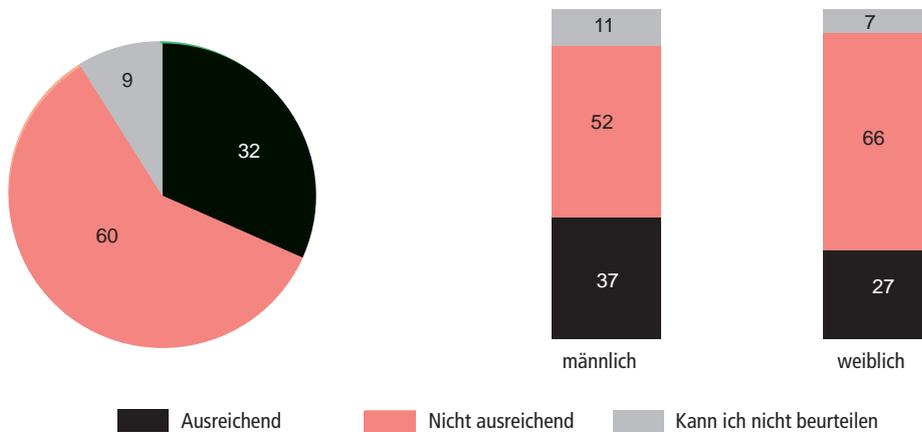
Konzentriert man sich bei der Betrachtung der Ergebnisse der „Urban Audit“ – Umfrage auf die hauptsächlich betroffene Bevölkerungsgruppe – Familien mit Kindern und hierunter vor allem mit Kindern im Alter bis unter drei Jahren –, so stellt man fest, dass die negative Bewertung zu einem gewissen Maße mit der vor Ort existierenden Betreuungssituation (Krippenplätze) und der Beschäftigtendichte zusammenhängt.

So ist in Dresden der Anteil der Betreuungsplätze mit gut 30 % besonders hoch, der Anteil der erwerbstätigen Frauen liegt mit 52 % zugleich über dem Wert der anderen Städte. Dieser Umstand schlägt sich in der Bewertung nieder: „Nur“ 51 % der befragten Eltern geben hier ein negatives „Statement“ ab. In Nürnberg und Oberhausen, wo die Betreuungsquote jeweils bei etwa fünf Prozent liegt, steigt der Anteil derjenigen, die die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf als nicht ausreichend bezeichnen, auf 58 % an. Obwohl auch in Köln die Betreuungsquote bei fünf Prozent liegt, wird die Situation mit 67 % negativer Bewertung deutlich schlechter bewertet. (s. Abb. 31)

Ein Zusammenhang zwischen „Betreuungsquote“ und „Beschäftigtendichte der Frauen“ und der

Abb. 28

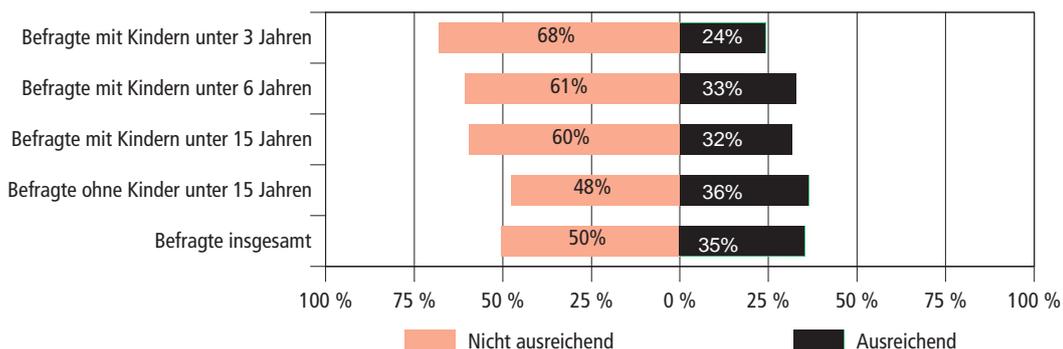
Möglichkeiten in (...), Beruf und Familie zu vereinbaren
(Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



Frage: Glauben Sie, dass es für Familien in (...) ausreichende Möglichkeiten gibt, Beruf und Familie zu vereinbaren?
Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Abb. 29

Möglichkeiten in der eigenen Stadt, Beruf und Familie zu vereinbaren nach Familientyp
(Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



jeweiligen Situationsbewertung ist zweifelsohne vorhanden, allerdings schwach. Die Abbildungen 32 und 33 stellen den Zusammenhang jeweils grafisch dar (s. Abb. 32 und Abb. 33).

3.3 Ansprüche von Familien an die Kommunale Daseinsvorsorge

Angesichts der zunehmenden Globalisierung und der Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse stehen die Kommunen unter steigendem Druck, Strategien zu entwickeln, die über die Substanz und die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung entscheiden: Die kommunale Daseinsvorsorge sieht sich zunehmend dem Vorbehalt der europäischen Wettbewerbspolitik ausgesetzt, die mit einer weltweit voranschreitenden Liberalisierung öffentlicher Aufgaben einhergeht.

Vor diesem Hintergrund wird sich die Frage nach Umfang und Inhalt der Daseinsvorsorge zur zentralen Frage in der Diskussion um die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung entwickeln. Viele Stimmen sprechen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger die kommunale Daseinsvorsorge mit ihrer sicheren Versorgung wie auch einem gleichberechtigten Zugang zu diesen Dienstleistungen – vor allem unter Berücksichtigung sozialer Aspekte – wünschen.

Um sich der Frage anzunähern, in welcher Form die Bürgerinnen und Bürger die kommunale Daseinsvorsorge wünschen, wurde im „Urban Audit“-Familienmodul danach gefragt, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger ihre Kommune in der Pflicht

sehen, Verantwortung für die Belange einzelner Bevölkerungsgruppen zu übernehmen. Einbezogen wurden die zentralen Aspekte der sozialen Daseinsvorsorge, d.h. Hilfe und Unterstützung für Familien, Senioren und Migranten sowie für Menschen mit Behinderung. Neben diesen zentralen Aspekten der sozialen Daseinsvorsorge wurde der Fragenkatalog durch den Aspekt der beruflichen Integration von Frauen und Jugendlichen ergänzt.

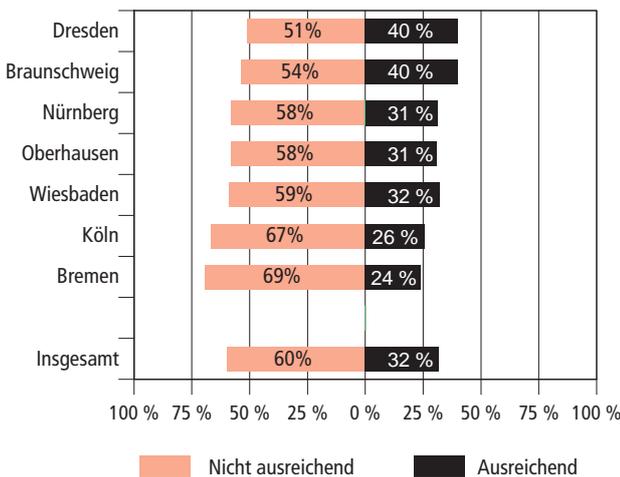
Zu den Ergebnissen

Über alle sieben befragten Städte hinweg sehen die Befragten ihre Kommune vor allem bei der Gestaltung der Lebensbereiche älterer und behinderter Menschen in der Pflicht. Drei Viertel aller Befragten (76 %) sehen ihre Kommune in der Verantwortung, Straßen, Plätze und andere öffentliche Orte entsprechend den Bedürfnissen seh- und gehbehinderter Personen zu gestalten. 70 % sind der Meinung, dass die Stadt für die Betreuung und Unterstützung älterer Menschen zuständig ist.

Was die Belange von Familien betrifft, so wird den Kommunen zwar etwas weniger Verantwortung zugeschrieben, aber es sind immer noch knapp zwei Drittel aller Befragten der Meinung, dass die Betreuung von Kindern und Jugendlichen (66 %) und das Schaffen von ausreichendem und angemessenem Wohnraum für Familien (62 %) stark bzw. sehr stark im Verantwortungsbereich ihrer Stadt verankert ist.

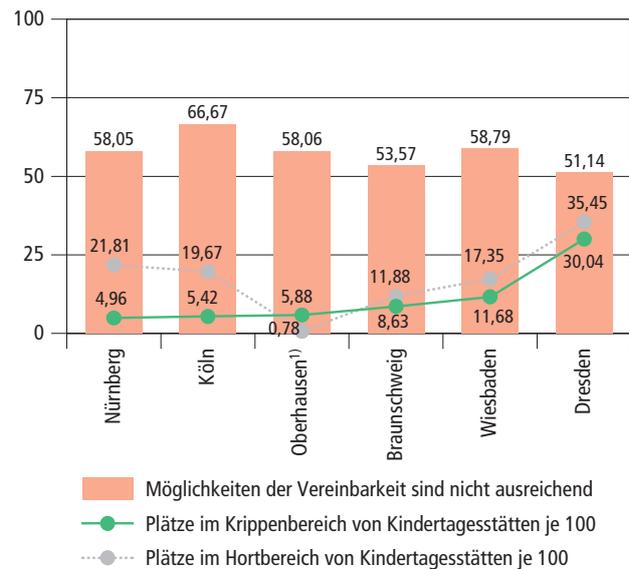
Auch die Eingliederung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für sechs von zehn Be-

Abb. 30
Möglichkeiten in (...), Beruf und Familie zu vereinbaren
(Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Abb. 31
Subjektive Einschätzung der Möglichkeiten in (...),
Beruf und Familie zu vereinbaren nach Betreuungssituation
(Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



1 In Oberhausen laufen die Plätze im Hortbereich in Kindertagesstätten im Zuge der offenen Gesamtbetreuung aus.

Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

fragten (61 %) ein Thema, für das aus ihrer Sicht vor allem die Kommune Verantwortung tragen sollte.

9 Jeweils $p < .000$.

Themenbereiche, die der Arbeitsmarktsituation zuzurechnen sind, werden von den Befragten hingegen eher weniger im Verantwortungsbereich der Kommunen verortet. Konkret sind dies die Förderung der Berufstätigkeit der Frau (46 % [sehr] stark), die Förderung junger Leute bei der Suche nach Arbeitsplätzen (48 %) sowie die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (48 %) (s. Abb. 34).

In Anbetracht der thematischen Fokussierung auf Familien in diesem Berichtsteil beschäftigen sich die folgenden Ausführungen ausschließlich mit diesen Aspekten familiärer Belange im engeren Sinne:

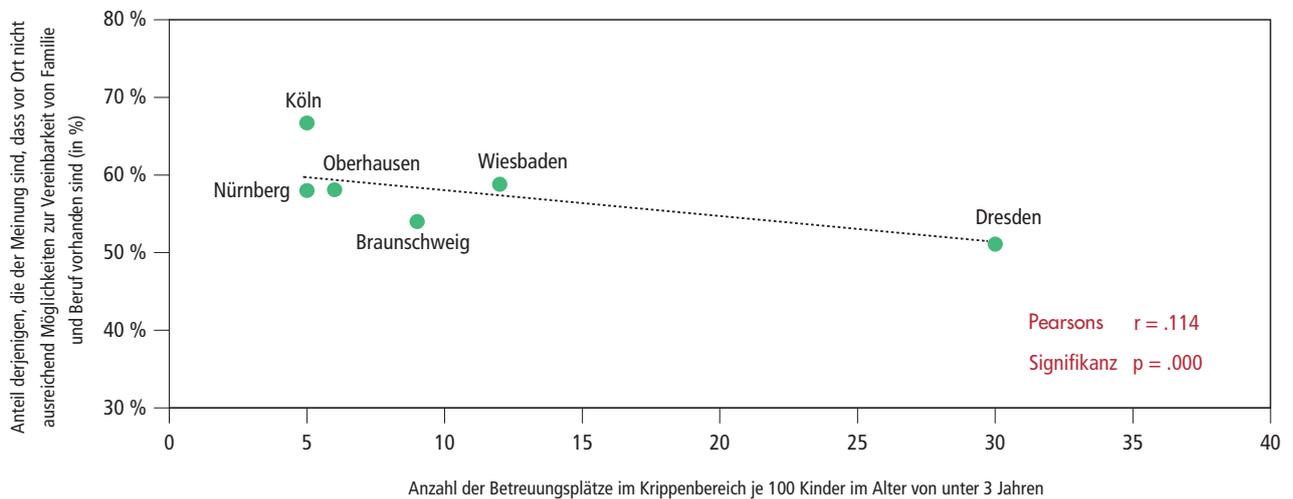
- die Betreuung von Kindern und Jugendlichen,
- das Schaffen von ausreichendem und angemessenem Wohnraum für Familien
- die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- sowie die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen.

Auch hier wird der Blick auf diejenigen Befragten gerichtet, die von der Thematik betroffen sind, d.h. Befragte, in deren Haushalt Kinder unter 15 Jahren leben. Sie unterscheiden sich, was diese Fragestellungen betrifft, hoch signifikant von Befragten ohne Kinder.⁹

So verorteten Befragte mit Kindern im Haushalt die Zuständigkeit für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen besonders häufig (70 %) in der Verantwortlichkeit der Kommune (65 % der Befragten

Abb. 32

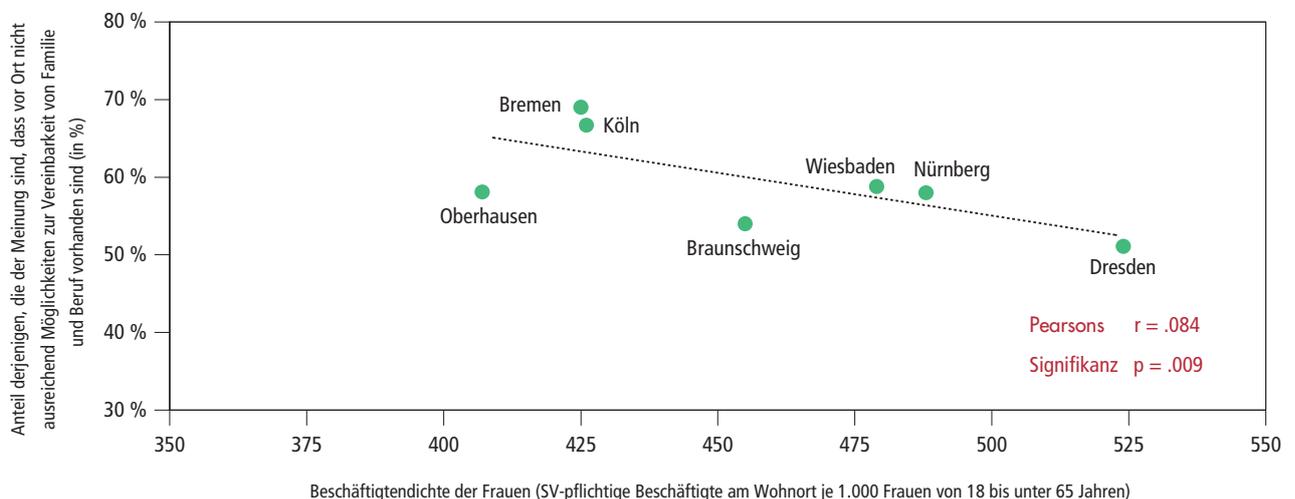
Zusammenhang zwischen Anteil der Betreuungsplätze (unter 3-Jährige) und Einschätzung, dass vor Ort nicht ausreichend Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorhanden sind
(Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



Quelle: VDS / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Abb. 33

Zusammenhang zwischen Beschäftigtendichte der Frauen und Einschätzung, dass vor Ort nicht ausreichend Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorhanden sind
(Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)



Quelle: VDS / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

ohne Kinder im Haushalt). Frauen sind, unabhängig davon, ob sie Kinder im Haushalt haben oder nicht, weniger als die Männer der Meinung, dass die Stadt hierfür zuständig sei („sehr stark/stark“: Frauen 63 %, Männer 70 %).

Bei der Frage, inwieweit die Stadt für die Schaffung von ausreichendem und angemessenem Wohnraum für Familien verantwortlich zu machen ist, sehen 65 % der Eltern bzw. 62 % der Befragten ohne Kinder im Haushalt die Stadt diesbezüglich (sehr) stark in der Verantwortung. Männer mit Kindern teilen diese Meinung mit 67 % Zustimmung stärker als die Frauen (61 %).

Bei der Thematik der Berufstätigkeit von Frauen und vor allem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehen die Meinungen zwischen Befragten mit und denjenigen ohne Kinder deutlicher auseinander: Was die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen betrifft, so ist dies ein Thema, das gesellschaftspolitisch weiterhin polarisiert. So teilen 45 % der Befragten ohne Kinder diese Meinung, von den Eltern tun dies 51 %.

Vergleicht man Befragte mit und Befragte ohne Kinder im Haushalt hinsichtlich der Fragestellung, wie stark die Stadt Verantwortung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie übernehmen soll, so zeigen sich hier die stärksten Unterschiede: 46 % der Befragten ohne Kinder und 55 % der Eltern sind der Meinung, dass die Stadt dafür (sehr) stark verantwortlich sei (s. Abb. 35).

Männer und Frauen unterscheiden sich - mit Ausnahme des Themas Kinderbetreuung - bei familienrelevanten Themen nur geringfügig voneinander.

Die Städte im Vergleich

Betreuung von Kindern und Jugendlichen

Von den vier erfragten Themenbereichen wird die Betreuung von Kindern und Jugendlichen von den Befragten insgesamt noch am stärksten in der Verantwortung der Kommune verortet. Dies gilt für alle sieben der am Familienmodul beteiligten Städte. Die im Folgenden dargestellten prozentualen Unterschiede zwischen den Städten sind marginal: Wie eine vertiefende Varianzanalyse ergab, sind diese Unterschiede nicht signifikant ($p = .446$), also eher zufälliger Natur.

Insgesamt sehen zwei Drittel aller Befragten die Verantwortlichkeit für diese Sozialleistung bei der Stadt verortet. Dies geschieht tendenziell noch am stärksten in Braunschweig und Dresden (mit Anteilswerten von jeweils 69 %), bei den anderen Städten liegen diese Anteilswerte bei etwa 65 %.

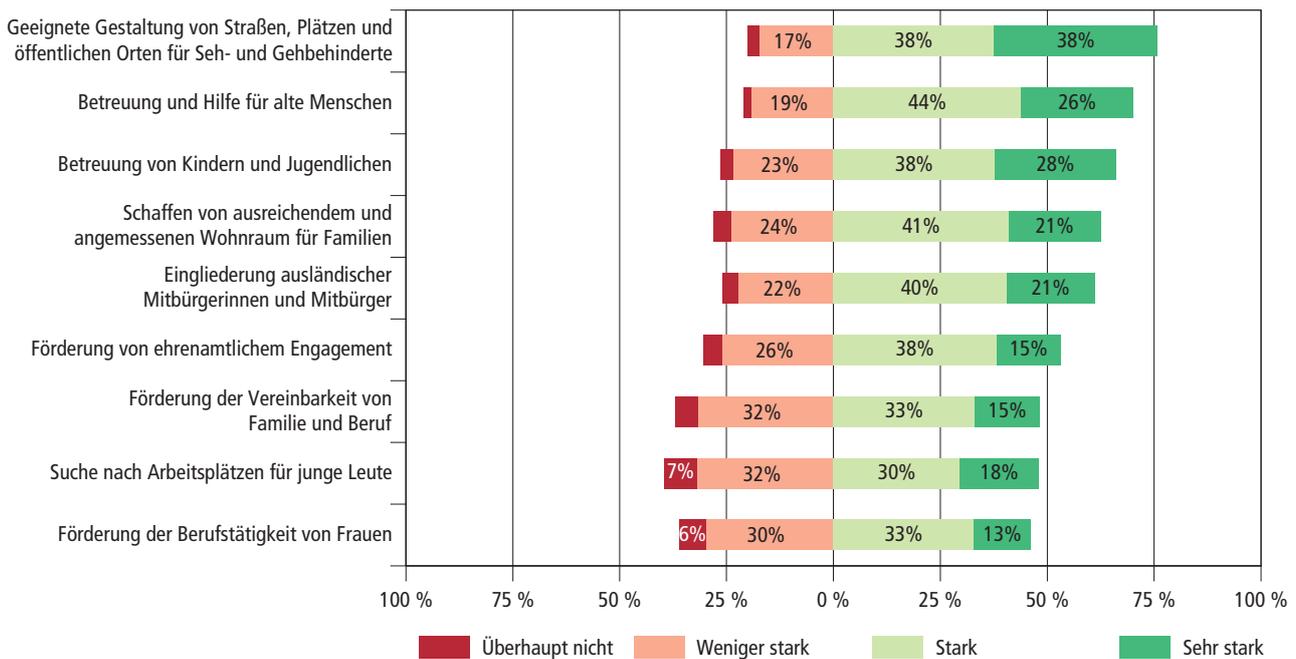
Schaffen von ausreichendem und angemessenem Wohnraum für Familien

Die Bereitstellung von ausreichendem und angemessenem Wohnraum ist ein Bereich, den knapp zwei Drittel (63 %) aller Befragten in der Verantwortung der Stadt sehen. Befragte mit und ohne Kinder im Haushalt unterscheiden sich hierin kaum voneinander (65 % vs. 62 %). (s. Abb. 37)

Auch was die Unterschiede im Antwortmuster bei dieser Frage zwischen den Städten betrifft, so kann man hier nicht von signifikanten Unterschieden sprechen ($p = .062$). Dennoch sind die Befragten in

Abb. 34

Zuschreibung kommunaler Verantwortung für die Belange verschiedener Bevölkerungsgruppen (alle Befragte)



Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Bereiche, in denen eine Stadt Aufgaben übernehmen kann. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie stark die Stadt (Stadtname) für solche Aufgaben verantwortlich ist. Was meinen Sie, ist die Stadt (Stadtname) sehr stark verantwortlich, stark verantwortlich, weniger stark verantwortlich oder überhaupt nicht verantwortlich für (...)?“
 Quelle: VDSI / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Bremen mit 66 % Anteilswert tendenziell noch am ehesten der Meinung, dass die Stadt hierfür verantwortlich ist. Der Zustimmungswert bei den anderen Städten liegt bei ca. 61 %.

Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Insgesamt sind über alle Städte hinweg 48 % der Befragten der Meinung, dass ihre Stadt (sehr) stark dafür verantwortlich sei, dass die Bürgerinnen und Bürger Familie und Beruf vereinbaren können. Befragte mit und ohne Kinder unterscheiden sich bei dieser Thematik – wie bereits erwähnt – deutlich voneinander. (s. Abb. 38)

Vergleicht man das Antwortmuster der einzelnen Städte miteinander, so ergeben sich auch hier signifikante Unterschiede ($p = .022$). So weisen hier Nürnberg (52 %) und Wiesbaden (50 %) die höchsten Anteile an Zustimmung auf. In Dresden, Köln, Bremen und Oberhausen teilen jeweils 48 % der Befragten diese Meinung. In Braunschweig wird die Stadt diesbezüglich noch am wenigsten in die Pflicht genommen (43 %).

Förderung der Berufstätigkeit von Frauen

Insgesamt sehen 51 % der Befragten mit Kindern im Haushalt die Verwaltung in der Pflicht, die Berufstätigkeit der Frauen zu fördern (45 % der Befragten ohne Kinder im Haushalt). Bei dieser Thematik zeigen sich die stärksten Unterschiede zwischen den sieben Teilnehmerstädten. Mit anderen Worten: Zwischen den Städten unterscheidet sich

das diesbezügliche Anspruchsniveau der Eltern statistisch hoch signifikant ($p = .001$). (s. Abb. 39)

In Dresden ist das Anspruchsniveau der Befragten mit Kindern im Haushalt mit 59 % überdurchschnittlich hoch. Wiesbaden (55 %), Bremen, Nürnberg (beide 52 %) und Köln (50 %) liegen im Mittelfeld. In Oberhausen und Braunschweig liegt der Anteil derjenigen, die diese Zuständigkeit stark bzw. sehr stark bei der Stadt verorten, mit 47 bzw. 43 % deutlich unter dem Durchschnitt.

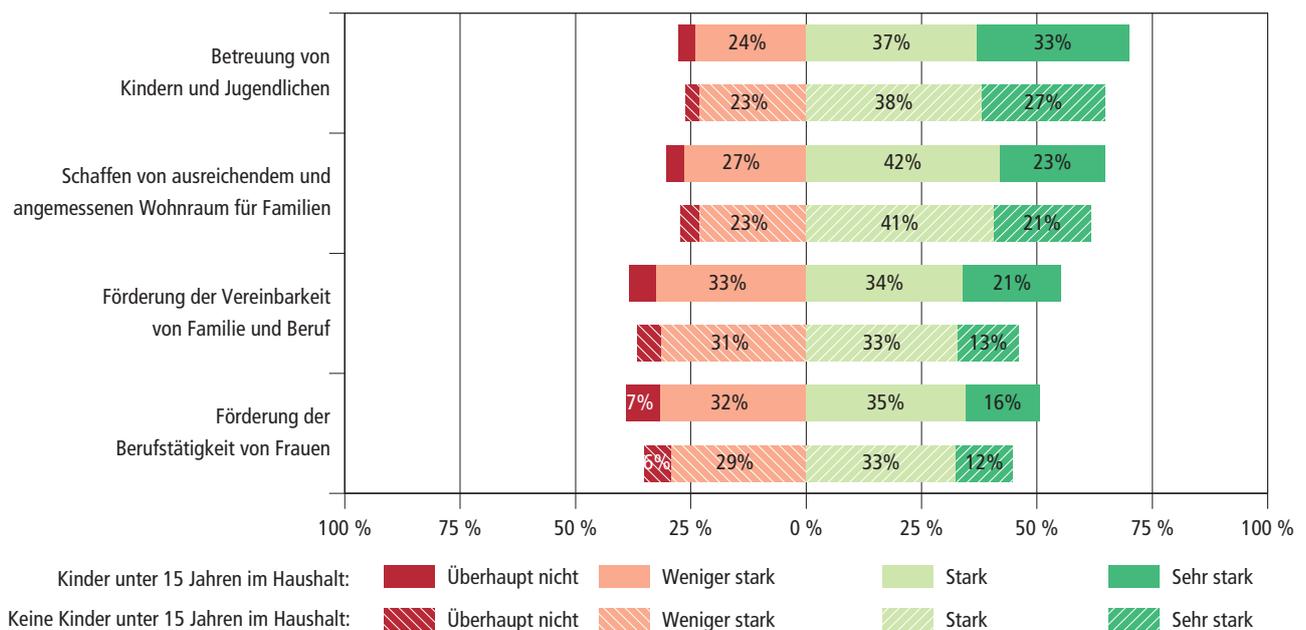
Insgesamt wird deutlich, dass sich bei zwei der vier untersuchten Kriterien der Zuschreibung der entsprechenden Verantwortlichkeit auf die Kommune signifikante Unterschiede zwischen den Städten zeigen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass bei Städten, die eine durchschnittliche bis gute Versorgung mit der entsprechenden Dienstleistung (z. B. die Versorgung mit Betreuungsmöglichkeiten im Krippenbereich, siehe hierzu Abbildung 31) aufweisen, die Zufriedenheit der dort befragten Eltern eher unterdurchschnittlich ausfällt. Hier sind unterschiedliche Anspruchsniveaus zu vermuten, deren Ermittlung bzw. Kenntnis einer Bestandsaufnahme bzw. tiefer gehenden Maßnahmen-/Wirkungsanalysen vorgeschaltet werden muss.

3.4 Öffentliche Infrastruktur für Familien mit Kindern

Ein weiterer Fragenkomplex bezieht sich darauf, wie die Bürgerinnen und Bürger die vor Ort öffentlich bereit gestellte Infrastruktur für Familien mit Kindern einschätzen. Im Vordergrund stehen hierbei verschiedene Angebote zur Kinderbetreuung. Gefragt wurde außerdem nach der Verfügbarkeit von

Abb. 35

Zuschreibung kommunaler Verantwortung für die Belange von Familien mit Kindern



Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Bereiche, in denen eine Stadt Aufgaben übernehmen kann. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie stark die Stadt (Stadtname) für solche Aufgaben verantwortlich ist. Was meinen Sie, ist die Stadt (Stadtname) sehr stark verantwortlich, stark verantwortlich, weniger stark verantwortlich oder überhaupt nicht verantwortlich?“
 Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

bezahlbarem, familiengerechtem Wohnraum, von Spielplätzen und -flächen sowie nach der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr.

Dabei sollten die genannten Angebote vorrangig in quantitativer Hinsicht beurteilt werden: Gibt es davon in der Stadt zu wenige, ist das Angebot gerade richtig oder gibt es nach Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger davon gar zu viele. Aspekte wie die zeitliche Flexibilität oder pädagogische Qualität waren explizit nicht zu beurteilen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass solche „qualitativen“ Aspekte mit in die Bewertung der Befragten eingeflossen sind.

Wie wird die Versorgungslage mit familienbezogener Infrastruktur beurteilt?

Alle sieben Städte zusammengenommen, (s. Abb. 40) wird vor allem bei der Tagesbetreuung von Kleinkindern unter drei Jahren ein Mangel konstatiert. Deutlich mehr als jede/r zweite Befragte mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren im Haushalt ist der Ansicht, davon gäbe es in der eigenen Stadt zu wenige Möglichkeiten. Weniger als 25 % sind dagegen der Ansicht, der Bedarf wird ausreichend gedeckt oder gar übererfüllt. Die niedrigsten Anteile unzufriedener Eltern finden sich hinsichtlich der Betreuungsmöglichkeiten für ältere Kinder (Klassen 5 bis 7). Allerdings überwiegen bei allen abgefragten Betreuungsangeboten die unzufriedenen Äußerungen für die verschiedenen Altersstufen bei weitem die Einschätzungen einer ausreichenden Versorgung.

Am ehesten halten sich die Anteile zufriedener und unzufriedener Eltern hinsichtlich der Verfüg-

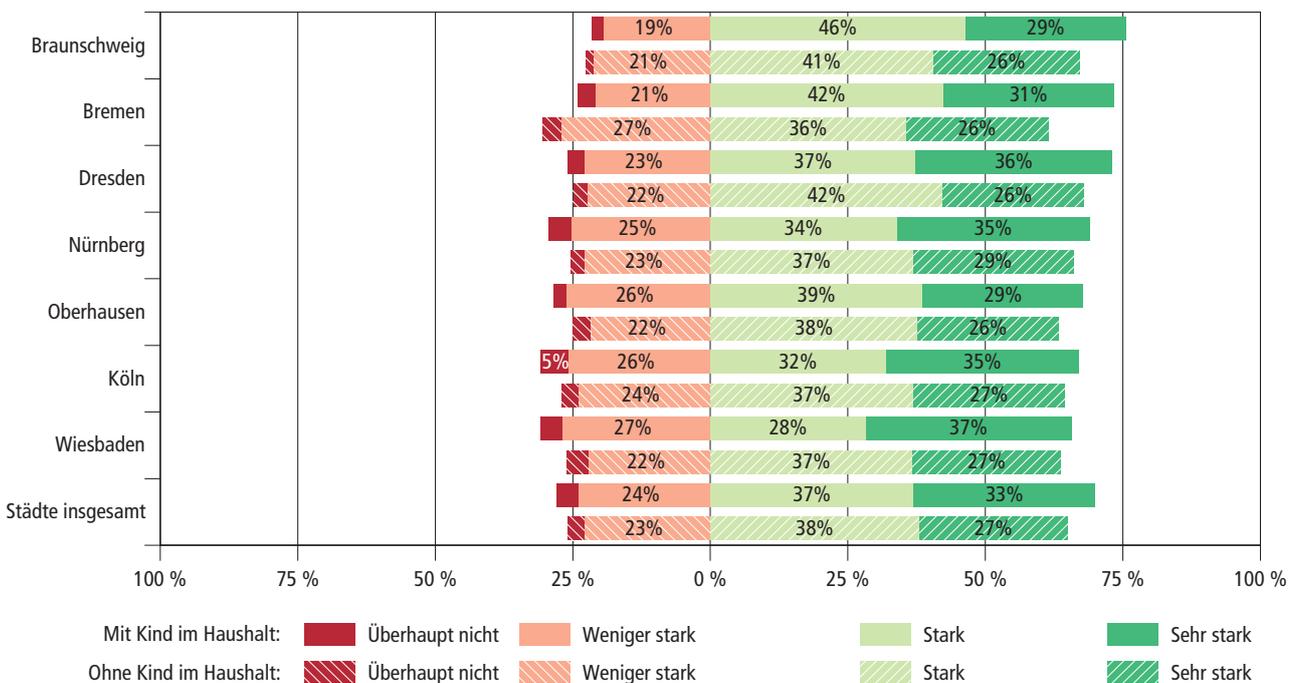
barkeit von Spielplätzen und Spielflächen die Waage. Da jedoch auch hier die Hälfte der befragten Eltern mit Kindern unter 15 Jahren die Versorgung als nicht ausreichend erachtet, wird auch in diesem Punkt das Optimum einer „bedarfsgerechten“ Versorgung offensichtlich noch nicht erreicht. Ähnlich werden die vorhandenen Maßnahmen zur Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr beurteilt, mit einem etwas geringeren Anteil Unzufriedener. Es folgt mit dem dritthöchsten Anteil zufriedener Eltern die Versorgung mit Ganztagesbetreuung für Kinder im Kindergartenalter (37,4 % „es ist gerade richtig“, weitere 2 % „davon gibt es zu viel“ unter den Befragten mit Kindern im Haushalt). Da seit 1996 ein Rechtsanspruch auf Betreuung für diese Altersgruppe besteht, sind solche Angebote bislang am besten ausgebaut, was sich offensichtlich auch in einer vergleichsweise geringeren subjektiven Wahrnehmung eines Mangels niederschlägt (siehe auch nachfolgenden Abschnitt).

10 Wie auch in Abbildung 20 zu sehen, äußern kinderlose Befragte seltener Unzufriedenheiten mit dem Angebot. Zudem enthalten sie sich häufiger einer Beantwortung der Frage als Befragte mit Kindern. Dies sind Zeichen einer geringen Involviertheit in das Thema, was zu wenig aussagekräftigen Urteilen führt.

Die Städte im Vergleich

Wie stark unterscheiden sich die Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Städten hinsichtlich der Versorgung mit familienrelevanten Dienstleistungen? Eine Übersicht über die Bewertung aller neun abgefragten Möglichkeiten getrennt für alle beteiligten Städte geben die Abbildungen 13 bis 21. Da die abgefragten Angebote vor allem Familien mit jüngeren Kindern betreffen und um eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Städten zu gewährleisten, werden hierbei nur die Einschätzungen von Befragten mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt herangezogen.¹⁰

Abb. 36
Verantwortung der Stadt für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen

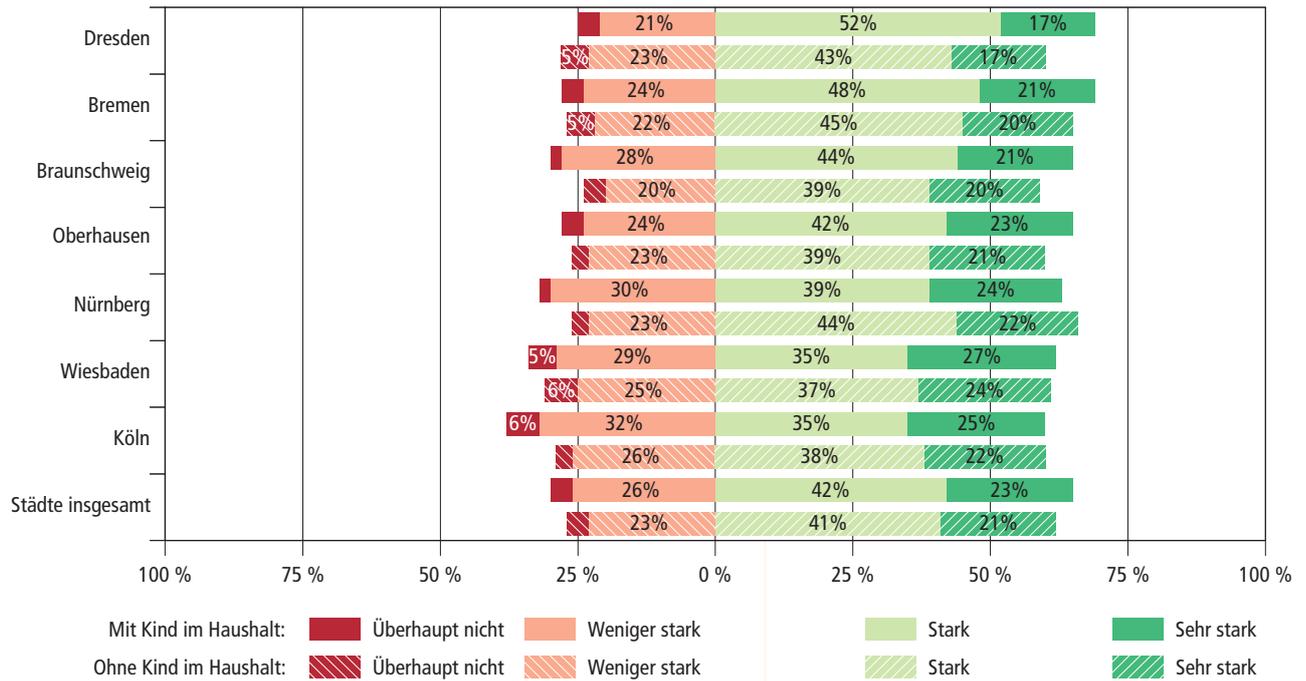


Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Bereiche, in denen eine Stadt Aufgaben übernehmen kann. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie stark die Stadt (Stadtname) für solche Aufgaben verantwortlich ist. Was meinen Sie, ist die Stadt (Stadtname) sehr stark verantwortlich, stark verantwortlich, weniger stark verantwortlich oder überhaupt nicht verantwortlich für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen?“

Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Abb. 37

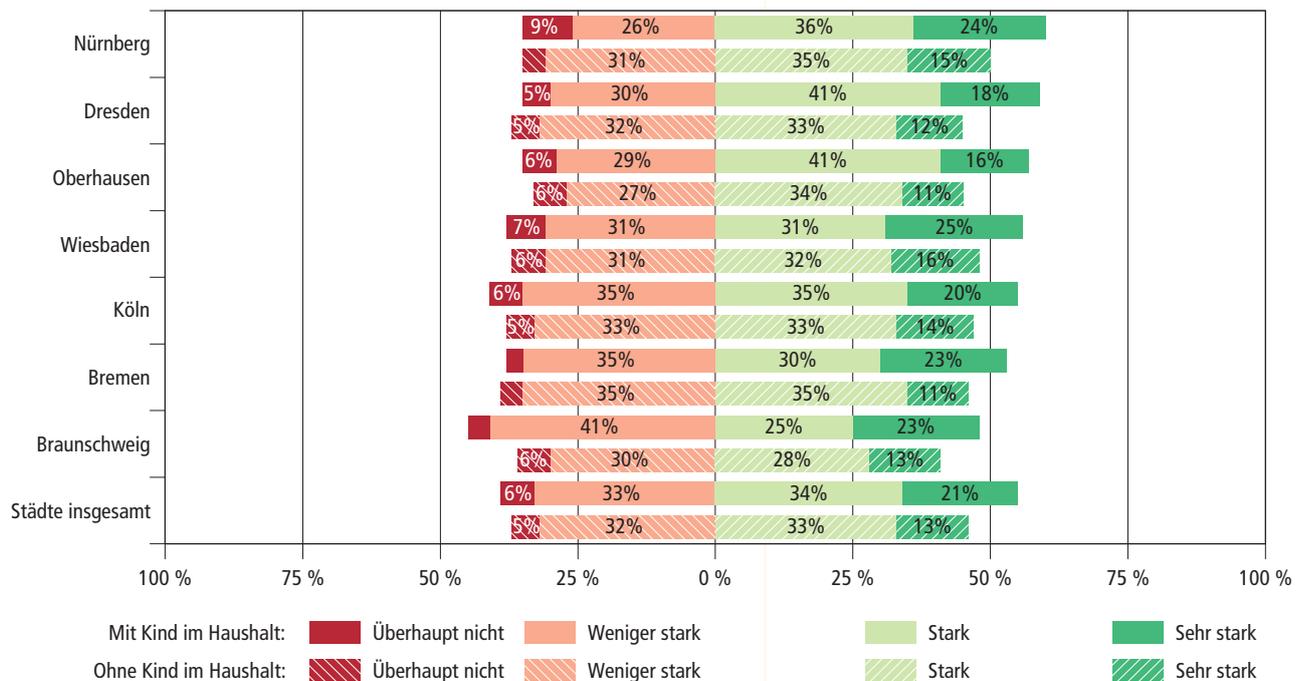
Verantwortung der Stadt für das Schaffen von ausreichendem und angemessenem Wohnraum für Familien



Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Bereiche, in denen eine Stadt Aufgaben übernehmen kann. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie stark die Stadt (Stadtname) für solche Aufgaben verantwortlich ist. Was meinen Sie, ist die Stadt (Stadtname) sehr stark verantwortlich, stark verantwortlich, weniger stark verantwortlich oder überhaupt nicht verantwortlich für das Schaffen von ausreichendem und angemessenem Wohnraum für Familien?“
 Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Abb. 38

Verantwortung der Stadt für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf



Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Bereiche, in denen eine Stadt Aufgaben übernehmen kann. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie stark die Stadt (Stadtname) für solche Aufgaben verantwortlich ist. Was meinen Sie, ist die Stadt (Stadtname) sehr stark verantwortlich, stark verantwortlich, weniger stark verantwortlich oder überhaupt nicht verantwortlich für die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf?“
 Quelle: VDSt / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Auffallend sind vor allem die vergleichsweise zufriedenen Äußerungen der sächsischen Landeshauptstadt. Alle Betreuungsangebote werden in Dresden am ehesten als ausreichend erachtet, zum Teil mit großem Abstand von den anderen hier beteiligten Städten. Hinsichtlich des Angebots an Ganztagschulen sind indes die Oberhausener und Bremer noch häufiger zufrieden. Im Folgenden werden von den neun abgefragten Angeboten exemplarisch die drei verglichen, die sich auf Betreuungsmöglichkeiten von Kindern der Altersstufen bis zum Abschluss der Grundschulzeit beziehen.

Betreuungssituation in den Städten - Höhere Unzufriedenheit aufgrund schwächerer Infrastruktur?

Spiegeln sich in den festgestellten Unterschieden zwischen den Städten in der subjektiven Zufriedenheit mit den Betreuungsmöglichkeiten auch „objektive“ Unterschiede in der quantitativen Versorgung vor Ort?

Einschränkend muss erwähnt werden, dass das hier erfasste Bild darüber, wie gut der Betreuungsbedarf von Eltern gedeckt wird, nicht vollständig ist und auch nicht sein kann. Kinderbetreuung wird durch einen Mix aus institutionalisierten Einrichtungen öffentlicher und freier Träger sowie privaten Arrangements durch Verwandte, Bekannte oder Tagesmütter gewährleistet. Dieser Mix kann je nach Tradition und politischen Rahmenbedingungen sehr

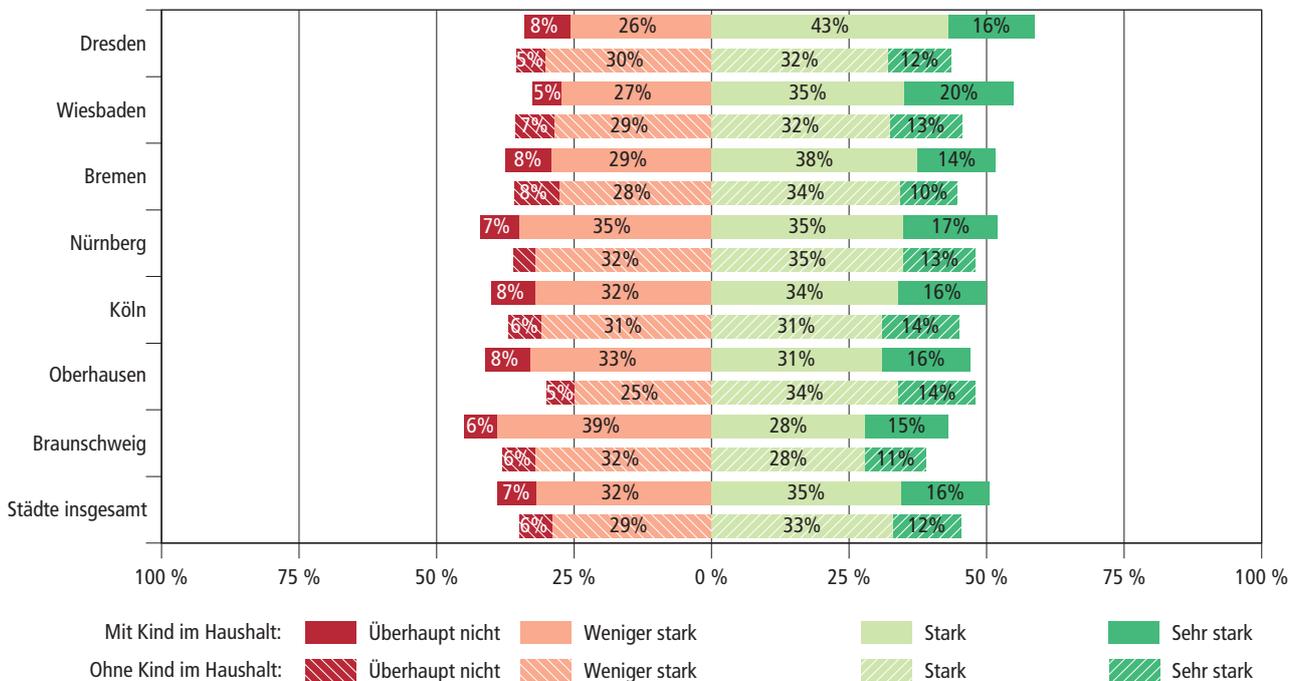
verschieden ausfallen. Über privat organisierte Betreuungsangebote und deren Inanspruchnahme vor Ort liegen jedoch keine vergleichbaren Erkenntnisse vor. Gleichwohl wird mit den hier herangezogenen Daten über öffentlich bereitgestellte Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und Grundschulen der institutionalisierte Teil von Betreuungsmöglichkeiten abgedeckt. Dieser ist Hauptgegenstand der öffentlichen Diskussion wie auch der kommunalen Politik.

Ein wichtiger Indikator zum Angebot an Kinderbetreuung ist die „Platz-Kind-Relation“, d. h. die Zahl der öffentlich bereitgestellten Plätze bezogen auf je 100 Kinder im entsprechenden Alter. Diese Versorgungsquote gibt Auskunft darüber, wie viele Kinder rein rechnerisch ein altersgemäßes Angebot der Kindertagesbetreuung in einer (öffentlich geförderten) Kindertagesstätte bzw. betreuenden Grundschule wahrnehmen können.¹¹ Stellt man das Angebot an Betreuungsplätzen den subjektiven Einschätzungen gegenüber, so ist zunächst folgende Annahme plausibel: Je höher die Platz-Kind-Relation für die verschiedenen Altersgruppen in einer Stadt ist, desto weniger Bürger sind der Meinung, dass es zu wenige dieser Einrichtungen gibt. Wie Abbildung 41 (s. Abb. 41) zeigt, gilt dies nur als vereinfachende Tendaussage hinsichtlich der großen Differenz zwischen Dresden und den übrigen (westdeutschen) Städten.¹² Als einzige teilnehmende Stadt aus den neuen Bundesländern hat die sächsische Landeshauptstadt die mit Abstand höchsten Platz-Kind-

¹¹ Nicht erfasst sind Betreuungsangebote in Form von Tagespflege. Aufgrund kommunal unterschiedlicher Regelungen waren diese für den interessierenden Zeitraum nicht vergleichbar vorliegend. Allerdings sind diese bislang auch nur von nachrangiger Bedeutung; 2007 wurden nur ca. 2 Prozent der Kinder unter 14 Jahren durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kindertagesbetreuung regional 2007, erschienen im Mai 2008).

¹² Für Bremen liegen keine vergleichbaren Daten zu Betreuungsplätzen nach Altersgruppen vor.

Abb.39 Verantwortung der Stadt für die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen



Frage: „Ich nenne Ihnen jetzt einige Bereiche, in denen eine Stadt Aufgaben übernehmen kann. Bitte sagen Sie mir jeweils, wie stark die Stadt (Stadtname) für solche Aufgaben verantwortlich ist. Was meinen Sie, ist die Stadt (Stadtname) sehr stark verantwortlich, stark verantwortlich, weniger stark verantwortlich oder überhaupt nicht verantwortlich für die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen?“
Quelle: VDS / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul.

Relationen in allen angesprochenen Altersklassen aufzuweisen. Gleichzeitig sind die Anteile Unzufriedener Eltern in Dresden deutlich geringer als in den übrigen hier betrachteten Städten.

Wie hoch die Zufriedenheit ausfällt, gestaltet sich bei Betrachtung der einzelnen Städte jedoch keineswegs parallel zur Höhe der Platz-Kind-Relation in der jeweiligen Kommune. So weist Wiesbaden unter den beteiligten westdeutschen Städten Ende 2006 die höchsten Platz-Kind-Relationen auf. Besonders günstig ist die Relation im Bereich der Krippen, aber auch das Angebot für das „klassische“ Kindergartenalter sowie die Betreuungsplätze für 6 ½- bis unter 10 ½-Jährige, bei denen neben dem Angebot an Hortbereichen von Kindertagesstätten auch Plätze an betreuenden Grundschulen berücksichtigt wurden, fällt vergleichsweise groß aus.

Trotzdem sind in der hessischen Landeshauptstadt verhältnismäßig viele Eltern der Meinung, dass die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nicht ausreichen. Der interkommunale Vergleich legt den Schluss nahe, dass subjektive Zufriedenheit nicht unmittelbarer Ausdruck „objektiver“ Platzzahlen ist. Hier spielen auch spezifische Bedürfnislagen vor Ort, wie z.B. überdurchschnittlich hohe Ansprüche an die öffentlichen Betreuungskapazitäten, eine Rolle. Wie gut vor Ort die Bedürfnisse von Eltern mit Kindern befriedigt werden, lässt sich also nicht vollständig aus Kennzahlen wie den rein quantitativen Platzzahlen bewerten.

4 Fazit

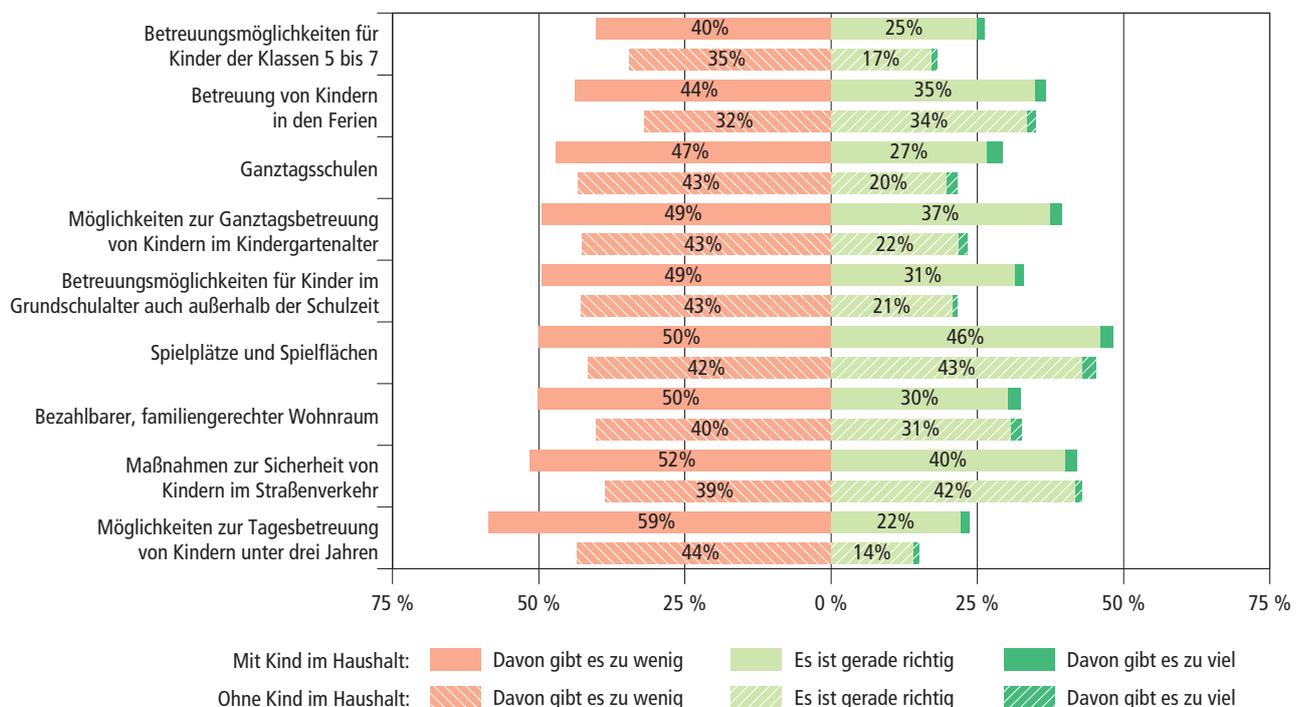
Was die Beachtung der Wünsche und Probleme von Familien durch Politik und Verwaltung betrifft, so gibt es aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger aller hier beteiligten Städte enormen Handlungsbedarf. 60 % der befragten Bürger sind der Ansicht, dass familiäre Belange nicht ausreichend beachtet werden. Unter Befragten mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt liegt dieser Anteil sogar bei 68 %. Ähnlich ist das Meinungsbild, wenn es um die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Jede/r zweite hält diese vor Ort für unzureichend, ein Drittel dagegen sieht diese als genügend an. Personen mit Kindern sind wiederum unzufriedener als Kinderlose. Männer hingegen betrachten die Möglichkeiten im Vergleich zu Frauen öfter als ausreichend an.

Die Bürgerinnen und Bürger sehen die Kommunen nicht für alle Aspekte von Familienfreundlichkeit gleichermaßen in der Pflicht. Am geringsten ist die Zuschreibung kommunaler Verantwortung für arbeitsmarktbezogene Rahmenbedingungen wie die Förderung der Berufstätigkeit von Frauen. Mehrheitlich als kommunale Aufgabe wird allerdings die Betreuung von Kindern und Jugendlichen gesehen: Fast zwei Drittel der Befragten sehen die Stadt als (sehr) stark für diese Aufgabe verantwortlich.

Die Förderung von Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf begünstigen, ist aus Bürgersicht eine dringliche Aufgabe der Fa-

Abb. 40

Beurteilung verschiedener Angebote, die das Leben mit Kindern vereinfachen (Befragte mit und ohne Kinder im Vergleich in %)



Auf 100 % fehlende Anteile = „weiß nicht/ keine Angabe“: Befragte mit Kind n=1.350, Befragte ohne Kind n= 4.240.
 Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die das Leben mit Kindern in (Stadtname) einfacher machen. Was meinen Sie zu (...) vor Ort?
 Quelle: VDSst / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul

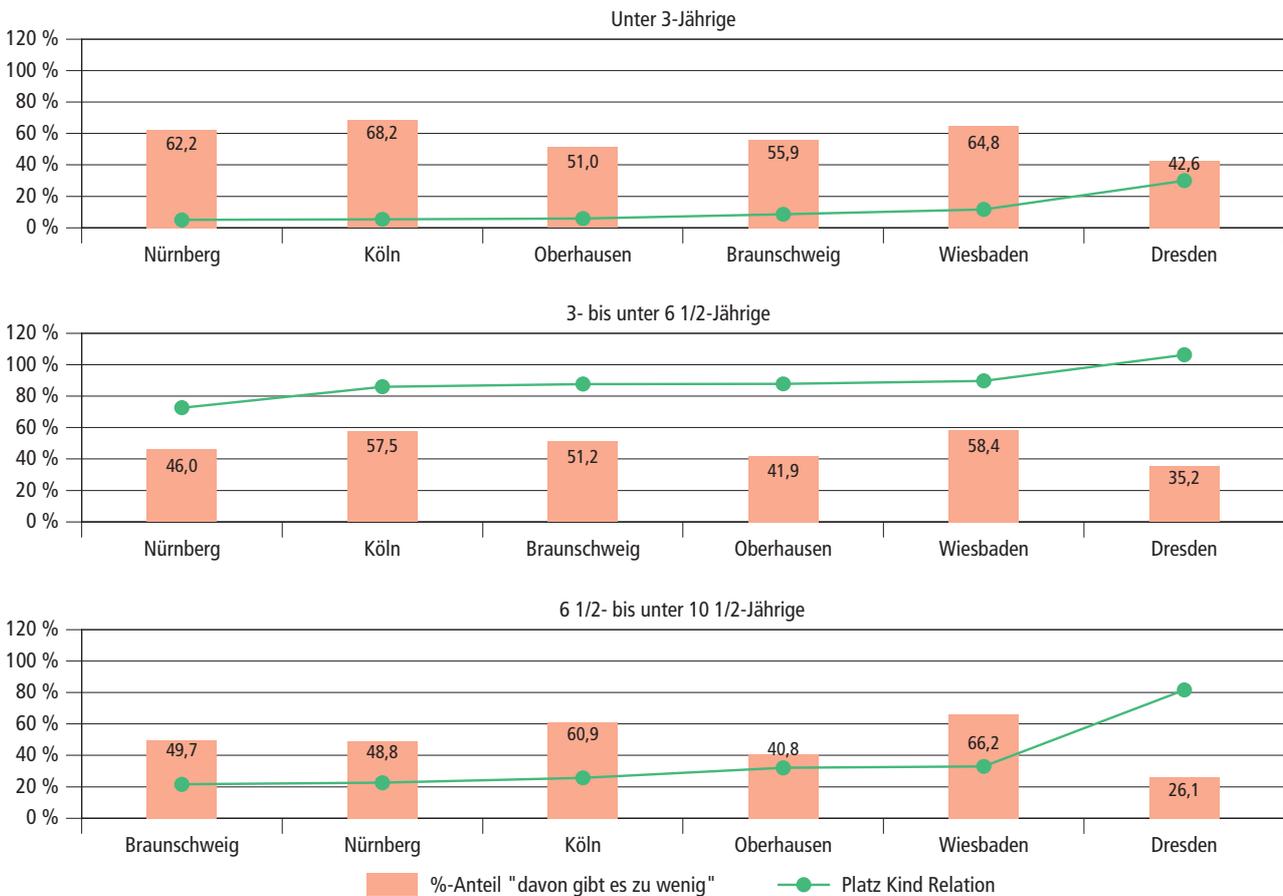
milienpolitik. Dabei stellt die Ausweitung der Betreuungspätze für unter 3-Jährige eine besonders große Herausforderung für die Kommunen dar: Im europäischen Vergleich sind in Deutschland die (verlässlichen) Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren noch unterentwickelt. Und auch in der Umfrage der hier beteiligten sieben Städte klaffen vor allem bei der jüngsten Altersgruppe der unter 3-Jährigen die Versorgung mit öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten und subjektiver Bedarf auseinander. Der Städtevergleich zeigt, dass diese Problematik in fast allen der hier vertretenen Städte auftritt, mal mehr, mal weniger stark ausgeprägt. Die markant unterschiedliche Situation in Dresden zeigt, dass sich ein höherer Versorgungsgrad mit Betreuungseinrichtungen auch in einer höheren subjektiven Zufriedenheit der Familien mit der Versorgungsinfrastruktur sowie mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf generell niederschlagen kann. Der Vergleich zwischen den übrigen Städten zeigt jedoch auch, dass sich die Zufriedenheit nicht allein durch die Betreuungsquoten im Bereich öffentlicher

Betreuungseinrichtungen erklären lässt. Hierbei können durchaus unterschiedliche Anspruchshaltungen eine Rolle spielen. Um Ursachen für größere Unterschiede aufzudecken wäre eine genauere Situationsanalyse vor Ort notwendig, die den meisten Kommunen jedoch aufgrund fehlender vergleichbarer Informationen oder des damit verknüpften Aufwandes oft nicht möglich ist.

Über die Befunde zu einzelnen Punkten hinaus zeigen die Ergebnisse ganz generell, dass es sich für die Kommunen lohnt, gemeinsame Umfrageprojekte durchzuführen, denn sie unterstützen und ermöglichen häufig erstmals eine genauere Verortung der Bedarfslage der Bürger vor Ort. Allerdings ist auch klar geworden, dass auch die gemeinsame Umfrage keine einfachen Antworten auf die Frage gibt, wo das Meinungsbild von einem „gesamtgesellschaftlichen“ Trend geprägt ist und wo tatsächlich die lokalen Bedingungen auf Bedürfnislagen und Bewertungen der Bürgerinnen und Bürger in der jeweiligen Kommune zu Buche schlagen. Bei einer Reihe von Fragestellungen stellten sich die

Abb. 41

Subjektive Einschätzung der Versorgung mit Betreuungsangeboten und Platz-Kind-Relation nach verschiedenen Altersstufen
(Nur Befragte mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt)¹⁾



¹⁾ Subjektive Beurteilung der Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der Schulzeit; Platz-Kind-Relation bezogen Plätze im Hortbereich von Kindertagesstätten und betreuenden Grundschulen.
Quelle: VDSI / KOSIS-Verbund Urban Audit - Koordinierte Umfrage in deutschen Städten 2006, zusätzliches Familienmodul; Statistische Ämter der beteiligten Städte.

Unterschiede in den Antwortverteilungen zwischen den Städten als nicht signifikant verschieden dar. Wenn sich auch bestimmte Muster von eher stärker positiven bzw. negativen Stimmungstrends wiederholten, konnte keine durchgängige Entsprechung zwischen der subjektiven Zufriedenheit und den lokalen familienbezogenen Rahmenbedingungen festgestellt werden.

Es stellt sich somit heraus, dass die Befragung zunächst nur als lokaler Ausgangspunkt in Form einer groben Bestandsaufnahme der „subjektiven Bedarfslage“ aufzufassen ist. Hierauf aufbauend können nunmehr die Wirkungen von Maßnahmen

der Familien- und Jugendpolitik auf das lokale Bewertungsspektrum der direkt betroffenen Familien und der Bevölkerung insgesamt beobachtet werden. Im vorliegenden Fall konnte der vielfach zitierte lehrreiche „Blick über den eigenen Tellerrand“ jedenfalls auf eine weit solidere Datenbasis gestellt werden als dies zuvor für den Bereich kommunaler Umfragen mit familienbezogenen Themen möglich war. Der Erkenntnisgewinn ist damit um ein vielfaches höher, als bei singulären Studien einer einzelnen Kommune.

noch Veröffentlichungen August 2008 bis März 2009

E I 1 - m 07 / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen Juli 2008

E I 1 - m 06 / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen Juni 2008

E I 1 - j / 08 Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Lande Bremen Dezember und Jahr 2008

F II 11 - j / 07 Wohngeld im Lande Bremen 2007

G I 1, 2 - m 12 / 08, G IV 3 - m 12 / 08 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen Dezember 2008

G I 1, 2 - m 11 / 08, G IV 3 - m 11 / 08 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen November 2008

G I 1, 2 - m 10 / 08, G IV 3 - m 10 / 08 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen Oktober 2008

G I 1, 2 - m 09 / 08, G IV 3 - m 09 / 08 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen September 2008

G I 1, 2 - m 08 / 08, G IV 3 - m 08 / 08 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen August 2008

G I 1, 2 - m 07 / 08, G IV 3 - m 07 / 08 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen Juli 2008

G I 1, 2 - m 06 / 08, G IV 3 - m 06 / 08 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe des Landes Bremen Juni 2008

G IV 1 - m 12 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben Dezember 2008

G IV 1 - m 11 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben November 2008

G IV 1 - m 10 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben Oktober 2008

G IV 1 - m 9 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben September 2008

G IV 1 - m 8 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben August 2008

G IV 1 - m 7 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben Juli 2008

G IV 1 - m 6 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben Juni 2008

G IV 1 - m 5 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen

Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben Mai 2008

G IV 1 - m 4 / 08 Der Reiseverkehr im Lande Bremen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben April 2008

H II 1 - vj 2 / 08 Binnenschifffahrt in den Bremischen Häfen April bis Juni 2008

H II 1 - vj 3 / 08 Binnenschifffahrt in den Bremischen Häfen Juli bis September 2008

H II 2 - vj 2 / 08 Seeverkehr der Bremischen Häfen April bis Juni 2008

H II 2 - vj 3 / 08 Seeverkehr der Bremischen Häfen Juli bis September 2008

K I 2 - j / 07 Die Sozialhilfe im Lande Bremen im Jahre 2007. Teil I: Ausgaben und Einnahmen nach dem 3. bis 9. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII)

K I 2 - j / 07 Die Sozialhilfe im Lande Bremen im Jahre 2007. Teil II: Empfänger nach dem 3. bis 9. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII)

K I 8 - j / 07 Kinder- und Jugendhilfe Ausgaben und Einnahmen im Land Bremen 2007

K I 10 - j / 07, K I 13 - j / 07 Empfänger und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Lande Bremen im Jahre 2007

K III 1-2 - 2 j / 07 Schwerbehinderte am 31. 12. 2007 im Land Bremen

KV 7 - j / 08 Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege im Lande Bremen 2008

L IV 13 - 3 j / 04 Gewerbesteuer im Lande Bremen 2004
M I 2 - m 1 / 09 Verbraucherpreise in der Stadt Bremen Januar 2009

M I 2 - m 12 / 08 Verbraucherpreise in der Stadt Bremen Dezember 2008

M I 2 - m 11 / 08 Verbraucherpreise in der Stadt Bremen November 2008

M I 2 - m 10 / 08 Verbraucherpreise in der Stadt Bremen Oktober 2008

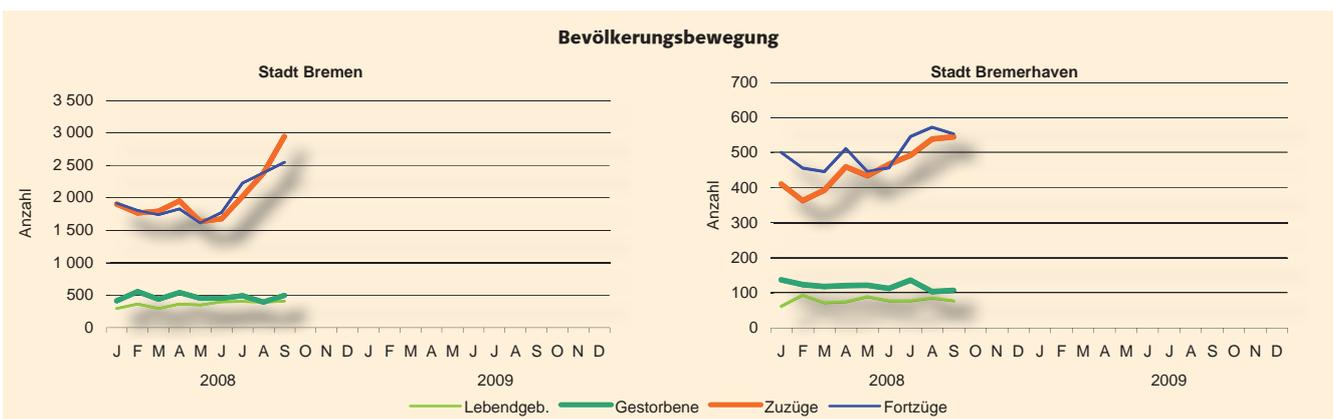
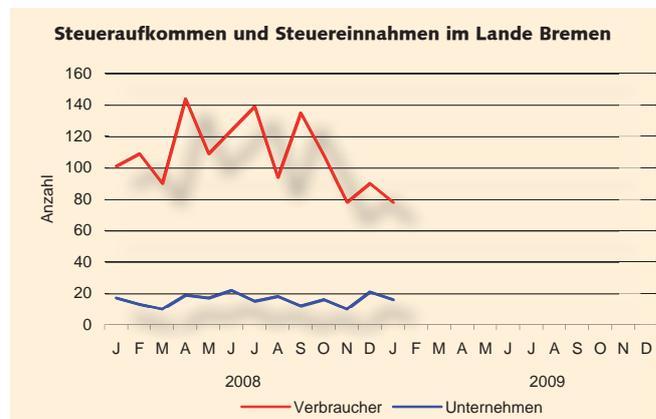
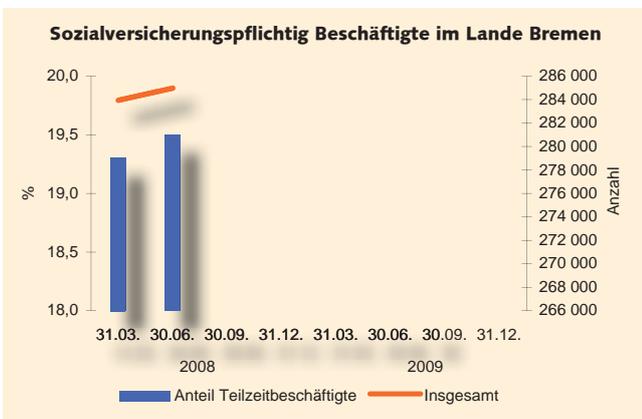
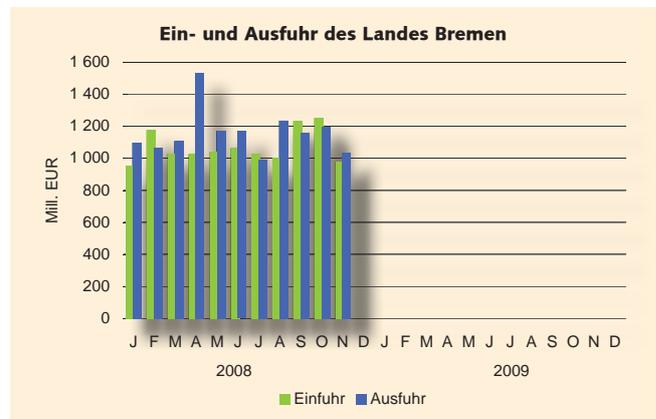
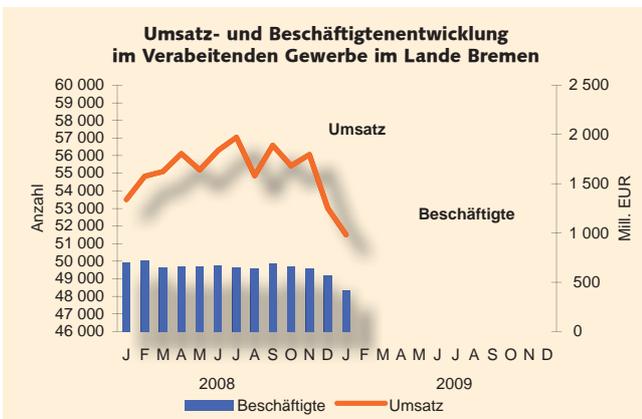
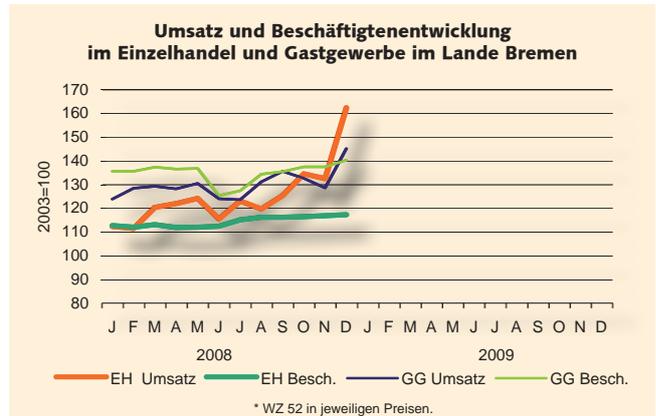
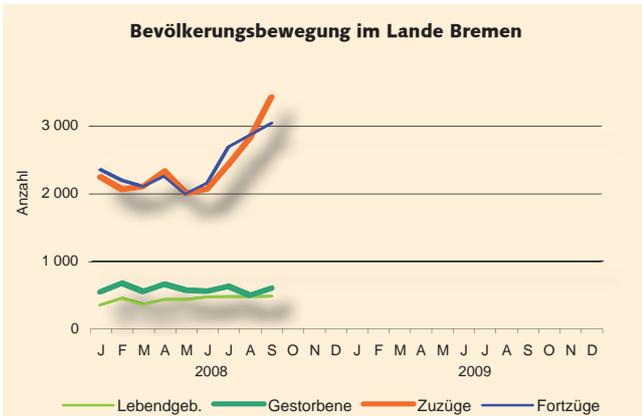
M I 2 - m 9 / 08 Verbraucherpreise in der Stadt Bremen September 2008

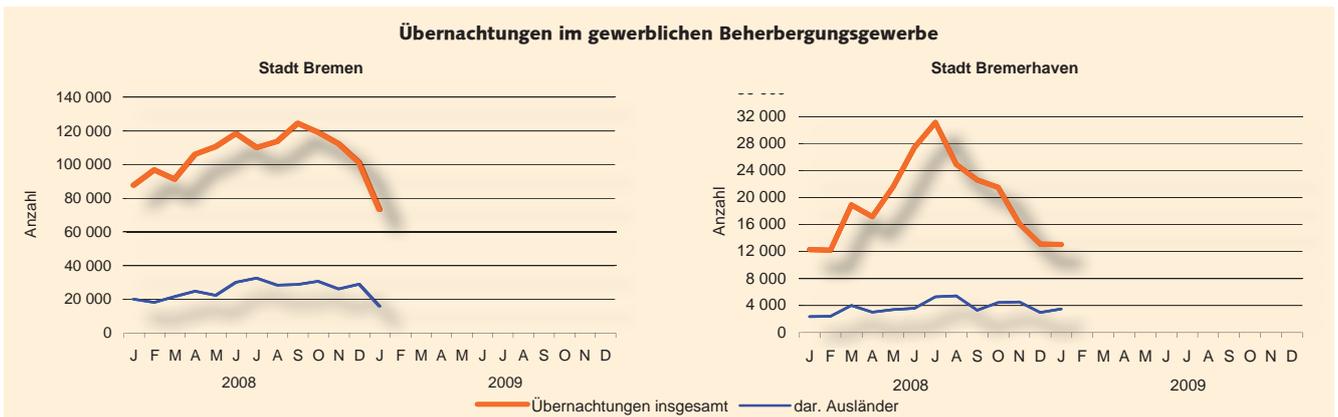
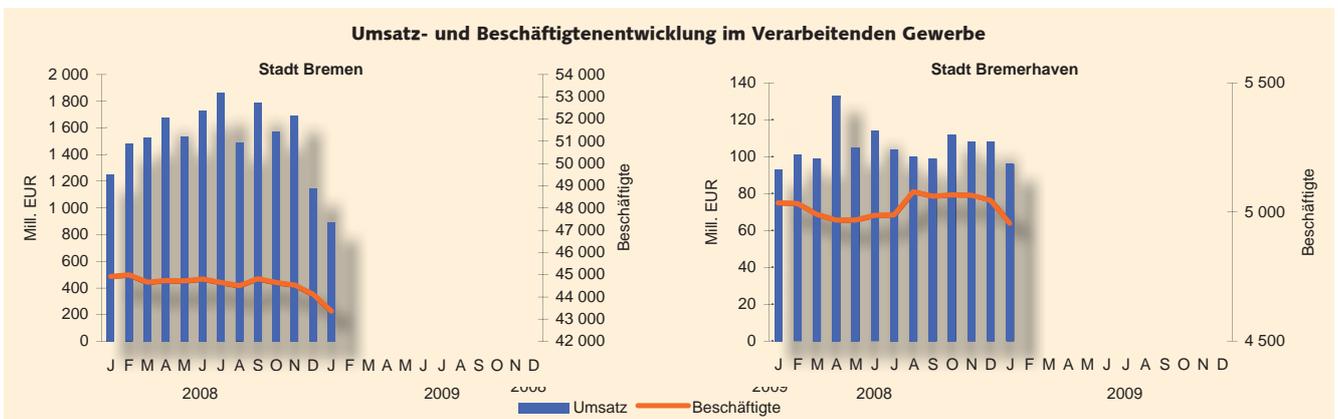
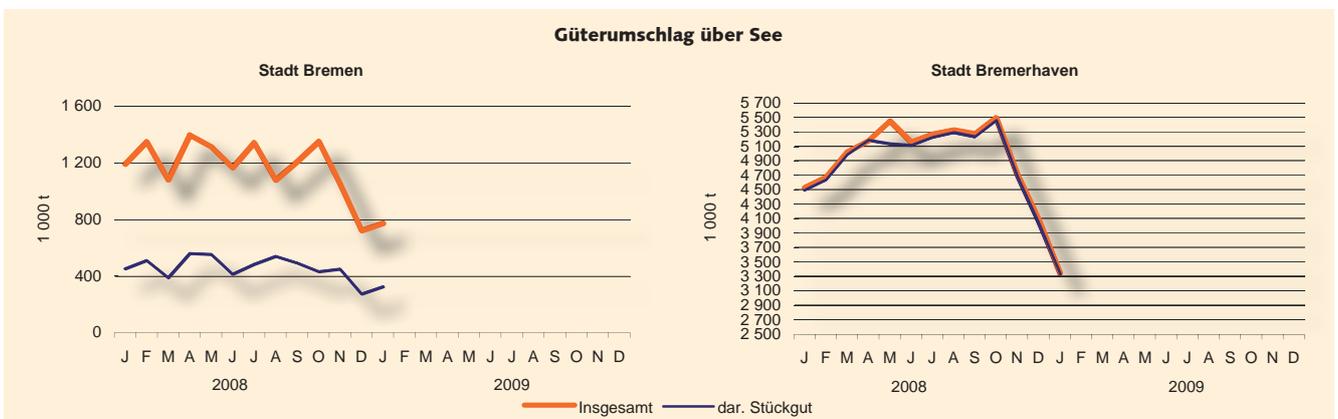
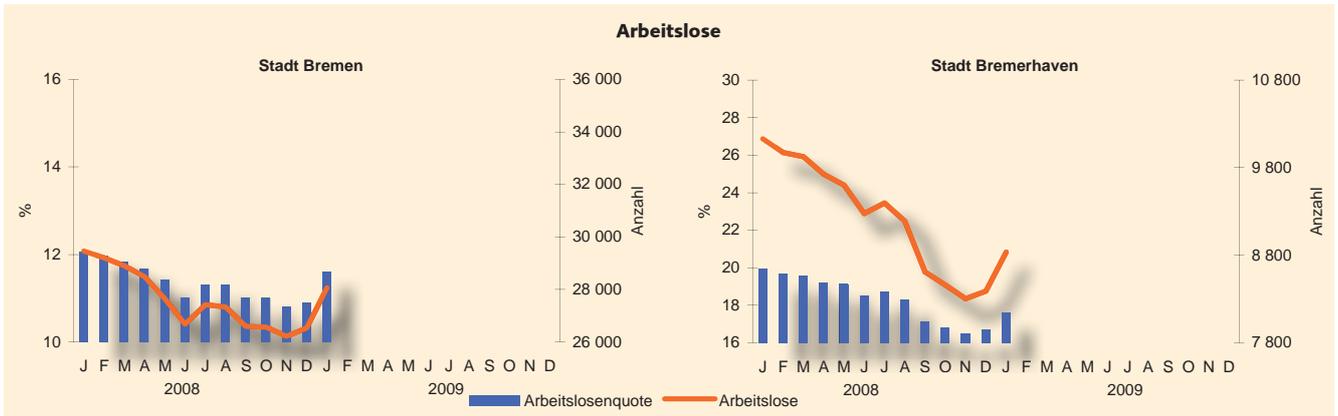
M I 2 - m 8 / 08 Verbraucherpreise in der Stadt Bremen August 2008

M I 2 - m 7 / 08 Verbraucherpreise in der Stadt Bremen Juli 2008

N I 1 - vj 1 / 08 Die Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Lande Bremen 1. Quartal 2008

N I 1 - vj 2 / 08 Die Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Lande Bremen 2. Quartal 2008







Bevölkerung	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009																																																																																																																								
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.																																																																																																																						
Bevölkerungsstand																																																																																																																															
Bevölkerung am Monatsende	1 000	664,3	663,3	663,5	663,1	662,8																																																																																																																						
* männlich	1 000	322,3	322,1	322,1	321,9	321,9																																																																																																																						
* weiblich	1 000	342,0	341,2	341,4	341,2	340,9																																																																																																																						
Natürliche Bevölkerungsbewegungen																																																																																																																															
* Eheschließungen	Anzahl	238	230	215	305	82																																																																																																																						
* Lebendgeborene	Anzahl	459	466	501	585	358																																																																																																																						
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	601	608	652	738	551																																																																																																																						
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	2	3	3	-	-																																																																																																																						
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 142	- 142	- 151	- 153	- 193																																																																																																																						
Wanderungen																																																																																																																															
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 366	2 356	2 449	1 628	2 247																																																																																																																						
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	1 130	1 046	1 110	761	1 091																																																																																																																						
aus dem Ausland	Anzahl	534	590	527	380	533																																																																																																																						
* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	2 184	2 289	2 353	1 878	2 353																																																																																																																						
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	1 019	1 048	1 108	897	1 087																																																																																																																						
* in das Ausland	Anzahl	466	499	515	388	508																																																																																																																						
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 182	+ 67	+ 96	- 250	- 106																																																																																																																						
* Umzüge zwischen Bremen und Bremerhaven	Anzahl	64	70	64	56	66																																																																																																																						
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit¹																																																																																																																															
	Einheit	2006	2007	2007			2008																																																																																																																								
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.																																																																																																																						
Beschäftigte²																																																																																																																															
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	271 867	278 782	277 298	283 995	283 967	284 987																																																																																																																						
* Frauen	Anzahl	117 117	119 486	119 434	122 277	122 053	121 829																																																																																																																						
* Ausländer/-innen	Anzahl	16 751	17 514	17 149	17 729	18 084	18 368																																																																																																																						
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	52 064	54 297	52 297	55 097	54 848	55 496																																																																																																																						
* dar.: Frauen	Anzahl	41 929	43 433	42 103	44 219	44 156	44 535																																																																																																																						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:																																																																																																																															
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	846	844	860	790	797	804																																																																																																																						
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	60 981	60 512	61 405	61 393	61 423	61 446																																																																																																																						
* Baugewerbe	Anzahl	12 332	12 219	12 570	12 204	12 180	12 313																																																																																																																						
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	77 551	79 579	79 198	81 498	81 280	81 404																																																																																																																						
* Finanzierung, Vermietung und																																																																																																																															
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	48 790	53 281	50 993	54 124	54 267	54 971																																																																																																																						
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	71 349	72 323	72 254	73 798	73 970	73 917																																																																																																																						
<table border="1"> <thead> <tr> <th rowspan="2"></th> <th rowspan="2">Einheit</th> <th>2006</th> <th>2007</th> <th colspan="3">2007/2008</th> <th colspan="3">2008/2009</th> </tr> <tr> <th colspan="2">Durchschnitt</th> <th>Nov.</th> <th>Dez.</th> <th>Jan.</th> <th>Nov.</th> <th>Dez.</th> <th>Jan.</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>* Arbeitslose</td> <td>Anzahl</td> <td>47 710</td> <td>41 156</td> <td>38 409</td> <td>38 076</td> <td>39 592</td> <td>34 520</td> <td>34 923</td> <td>36 902</td> </tr> <tr> <td>* dar.: Frauen</td> <td>Anzahl</td> <td>21 126</td> <td>18 901</td> <td>17 752</td> <td>17 473</td> <td>18 091</td> <td>15 986</td> <td>15 906</td> <td>16 527</td> </tr> <tr> <td>* Arbeitslosenquote²</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>* insgesamt</td> <td>%</td> <td>16,3</td> <td>14,0</td> <td>13,0</td> <td>12,9</td> <td>13,4</td> <td>11,8</td> <td>11,9</td> <td>12,6</td> </tr> <tr> <td>* Frauen</td> <td>%</td> <td>15,1</td> <td>13,4</td> <td>12,5</td> <td>12,3</td> <td>12,8</td> <td>11,4</td> <td>11,3</td> <td>11,8</td> </tr> <tr> <td>* Männer</td> <td>%</td> <td>17,4</td> <td>14,5</td> <td>13,5</td> <td>13,4</td> <td>14,0</td> <td>12,2</td> <td>12,5</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* Ausländer/-innen</td> <td>%</td> <td>31,8</td> <td>28,0</td> <td>27,0</td> <td>26,8</td> <td>27,5</td> <td>24,6</td> <td>25,2</td> <td>26,0</td> </tr> <tr> <td>* Jüngere unter 25 Jahren</td> <td>%</td> <td>14,1</td> <td>11,1</td> <td>10,0</td> <td>9,7</td> <td>10,3</td> <td>8,6</td> <td>8,9</td> <td>9,8</td> </tr> <tr> <td>* Kurzarbeiter/-innen</td> <td>Anzahl</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>...</td> <td>1 076</td> <td>303</td> <td>506</td> <td>...</td> </tr> <tr> <td>* Gemeldete Stellen</td> <td>Anzahl</td> <td>5 582</td> <td>7 622</td> <td>9 693</td> <td>9 671</td> <td>9 136</td> <td>7 998</td> <td>7 628</td> <td>7 510</td> </tr> </tbody> </table>											Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009			Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.	* Arbeitslose	Anzahl	47 710	41 156	38 409	38 076	39 592	34 520	34 923	36 902	* dar.: Frauen	Anzahl	21 126	18 901	17 752	17 473	18 091	15 986	15 906	16 527	* Arbeitslosenquote ²										* insgesamt	%	16,3	14,0	13,0	12,9	13,4	11,8	11,9	12,6	* Frauen	%	15,1	13,4	12,5	12,3	12,8	11,4	11,3	11,8	* Männer	%	17,4	14,5	13,5	13,4	14,0	12,2	12,5	...	* Ausländer/-innen	%	31,8	28,0	27,0	26,8	27,5	24,6	25,2	26,0	* Jüngere unter 25 Jahren	%	14,1	11,1	10,0	9,7	10,3	8,6	8,9	9,8	* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 076	303	506	...	* Gemeldete Stellen	Anzahl	5 582	7 622	9 693	9 671	9 136	7 998	7 628	7 510
	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009																																																																																																																								
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.																																																																																																																						
* Arbeitslose	Anzahl	47 710	41 156	38 409	38 076	39 592	34 520	34 923	36 902																																																																																																																						
* dar.: Frauen	Anzahl	21 126	18 901	17 752	17 473	18 091	15 986	15 906	16 527																																																																																																																						
* Arbeitslosenquote ²																																																																																																																															
* insgesamt	%	16,3	14,0	13,0	12,9	13,4	11,8	11,9	12,6																																																																																																																						
* Frauen	%	15,1	13,4	12,5	12,3	12,8	11,4	11,3	11,8																																																																																																																						
* Männer	%	17,4	14,5	13,5	13,4	14,0	12,2	12,5	...																																																																																																																						
* Ausländer/-innen	%	31,8	28,0	27,0	26,8	27,5	24,6	25,2	26,0																																																																																																																						
* Jüngere unter 25 Jahren	%	14,1	11,1	10,0	9,7	10,3	8,6	8,9	9,8																																																																																																																						
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	1 076	303	506	...																																																																																																																						
* Gemeldete Stellen	Anzahl	5 582	7 622	9 693	9 671	9 136	7 998	7 628	7 510																																																																																																																						

¹ Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

² Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.



Bautätigkeit	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Baugenehmigungen									
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	41	44	26	32	29	20	24	41
* dar.: mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	39	40	24	31	29	16	21	36
* umbauter Raum	1000 m ³	37	44	21	60	18	23	28	56
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	8 300	9 947	5 180	15 676	3 826	6 140	5 733	14 867
* Wohnungen	Anzahl	72	77	32	33	30	39	50	85
* Wohnfläche	100 m ²	78,1	88,6	45,6	44,8	40,9	46,2	68,9	71,1
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	10	12	7	8	5	17	17	13
* umbauter Raum	1000 m ³	193	279	782	179	43	217	94	55
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	16 991	22 103	37 309	17 387	13 973	19 263	10 375	9 292
* Nutzfläche	100 m ²	263,9	340,4	725,2	525,3	81,5	460,8	123,0	101,1
* Wohnungen	Anzahl	-	0	-	-	-	-	1	-
* Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	75	87	35	34	31	45	52	84
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	358	415	204	470	202	232	317	464
Landwirtschaft und Fischerei	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Schlachtungen									
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	4 114,0	4 941,2	6 451,4	4 503,0	6 167,6	5 260,3	5 174,2	5 945,2
* dar.: Rinder (ohne Kälber)	t	2 148,8	2 075,5	2 587,6	1 605,6	2 120,5	1 967,4	1 535,0	1 693,6
* Kälber	t	0,1	0,3	1,2	0,2	-	0,1	-	-
* Schweine	t	1 960,5	2 861,0	3 856,9	2 892,1	4 042,2	3 286,7	3 634,1	4 245,6
Fischerei									
Gesamtumschlag									
am Bremerhavener Seefischmarkt	t	4 539	3 036	2 316	6 531	1 060	2 168	3 186	739
* Frischfischanlandungen	t	565	442	424	366	521	379	406	739
* Deutsche Großkutter	t	35	6	5	1	-	-	-	-
* Einsendungen/Flußfischerei	t	47	35	59	17	12	15	18	16
* Isländische Trawler	t	39	57	-	91	-	-	-	138
* Isländische Container	t	417	314	291	199	509	364	388	585
* Färöer Container	t	-	-	-	-	-	-	-	-
* Britische Container	t	26	30	69	58	-	-	-	-
* Einsendungen / ausländische Schiffe	t	1	1	0	0	0	0	0	0
* Tiefkühlfischanlandungen	t	2 920	1 968	1 892	4 949	539	1 789	1 929	-
* Deutsche Fischereifahrzeuge	t	2 597	1 823	1 892	4 729	539	1 789	1 929	-
* Ausländische Schiffe	t	323	145	-	220	-	-	-	-
* Exporte (Tiefkühlfisch)	t	1 055	626	-	1 216	-	-	851	-
* Auktionsumsatz									
am Bremerhavener Seefischmarkt									
* Frischfischanlandungen	1 000 €	1 067	876	871	803	1 088	736	825	971
* Deutsche Großkutter	1 000 €	72	9	6	2	-	-	-	-
* Einsendungen/Flußfischerei	1 000 €	102	64	114	27	28	31	32	30
* Isländische Trawler	1 000 €	88	116	-	183	-	-	-	249
* Isländische Container	1 000 €	748	621	585	484	1 059	704	793	692
* Färöer Container	1 000 €	-	-	-	-	-	-	-	-
* Britische Container	1 000 €	52	65	165	106	-	-	-	-
* Einsendungen/ausländische Schiffe	1 000 €	4	1	1	1	0	1	1	0

¹ Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft; einschließlich Schlachtfette, ohne Innereien.



Produzierendes Gewerbe ²	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Verarbeitendes Gewerbe									
* Betriebe ¹	Anzahl	153	147	148	148	150	149	149	152
* Beschäftigte ²	Anzahl	51 037	50 054	50 263	50 059	49 930	49 579	49 145	48 292
* dar.: Arbeiter/-innen ³	Anzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 635	6 640	7 242	5 890	6 777	6 437	5 434	5 982
* Bruttolohnsumme und									
* Bruttogehaltssumme	Mill €	190,2	185,4	233,4	191,9	181,3	238,9	188,1	182,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill €	1 395,9	1 464,2	1 733,0	1 497,0	1 338,4	1 796,9	1 251,8	0 983,0
* dar.: Auslandsumsatz	Mill €	725,8	748,0	902,1	763,4	740,3	857,4	517,5	462,2
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau^{4,5}									
* Beschäftigte	Anzahl	3 848	3 926	3 877	3 859	3 833	3 863	3 812	3 740
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	353	357	387	251	287	347	261	209
* dav.: Wohnungsbau	1 000	84	83	77	54	69	70	63	56
* gewerblicher Bau	1 000	162	178	202	121	143	183	127	112
* öffentlicher und Straßenbau	1 000	107	96	108	76	75	94	71	41
* Bruttolohnsumme und	Mill €								
* Bruttogehaltssumme	Mill €	9,9	9,9	11,5	9,5	9,0	11,5	9,5	7,9
* Baugewerblicher Umsatz (o. Umsatzsteuer)	Mill €	47,8	37,9	45,5	45,5	53,2	65,1	68,8	24,6
* dav.: Wohnungsbau	Mill €	7,9	5,7	4,9	6,7	8,9	10,6	5,7	6,5
* gewerblicher Bau	Mill €	24,0	20,4	24,0	24,6	37,5	33,8	48,9	11,9
* öffentlicher und Straßenbau	Mill €	15,8	11,8	16,7	14,2	6,7	20,6	14,1	6,2
	Einheit	2006	2007	2007		2008			
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Ausbaugewerbe/Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe⁶									
* Beschäftigte	Anzahl	2 572	2 567	2 568	2 537	2 469	2 467	2 516	2 507
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	689	763	765	768	706	753	774	748
* Bruttolohnsumme und	Mill €	11,0		17,9	19,2	17,9	19,5	17,8	18,7
* Bruttogehaltssumme	Mill €	8,5	18,9						
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill €	62,5	63,6	64,4	82,4	41,8	58,8	64,7	78,7
Handwerk⁷									
* Beschäftigte ⁸	Index	x	x	87,2	87,6	x	x	x	x
* Umsatz ⁹	Index	x	x	104,9	111,1	x	x	x	x
Handel¹³									
	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Großhandel (ohne Kfz - Großhandel)¹⁰									
* Beschäftigte	Index	100,1	...	116,6	116,8	...	117,8	117,1	...
* Umsatz nominal	Index	138,2	...	158,8	141,1	...	150,2	136,3	...
* Umsatz real	Index	119,4	...	130,1	115,9	...	120,5	116,4	...
Einzelhandel (ohne Kfz - Großhandel)¹¹									
* Beschäftigte	Index	102,1	...	123,5	122,1	...	116,9	117,3	...
* Umsatz nominal	Index	110,2	...	131,5	154,6	...	132,6	162,5	...
* Umsatz real	Index	109,7	...	128,6	152,0	...	127,4	157,7	...
Kfz-Handel und Tankstellen¹²									
* Beschäftigte	Index	91,4	...	110,8	110,6	...	110,0	110,1	...
* Umsatz nominal	Index	98,6	...	114,4	94,6	...	80,0	74,2	...
* Umsatz real	Index	93,8	...	104,0	85,8	...	72,4	68,0	...
Gastgewerbe									
* Beschäftigte	Index	98,2	...	139,9	139,5	...	137,5	140,3	...
* Umsatz nominal	Index	106,5	...	138,3	154,7	...	128,7	145,2	...
* Umsatz real	Index	103,1	...	129,6	144,0	...	117,8	131,7	...

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. —² Einschließlich der tätigen Inhaber. —³ Einschließlich der gewerblichen Auszubildenden.
⁴ Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. —⁵ Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal.
⁶ Am Ende des Berichtszeitraums. —⁷ Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungspflichtige Handwerke betrieben werden können (laut Anlage A der HwO; ab 01.01.2004).
⁸ Basismonat für Beschäftigte im Jahr 2003, September 1998 = 100%; für 2004 September 2003 = 100 %. —⁹ Basisjahr für Umsatz im Jahr 2003 ist 1998 = 100%; für 2004 Basisjahr 2003 = 100%. —¹⁰ Einschließlich Handelsvermittlung. —¹¹ Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. —¹² Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.
¹³ Ab Dezember 2004 neuer Berichtskreis.



Zahlungsspiegel Land Bremen

Außenhandel	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
des Landes Bremen									
* Einfuhr insgesamt	1 000 €	1 110 689	1 124 147	982 702	999 190	952 698	978 218
nach Warenarten ¹									
* Ernährungswirtschaft	1 000 €	228 159	241 187	252 158	243 021	264 463	258 754
* dav.: Lebende Tiere	1 000 €	143	288	719	298	1 377	0
* Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1 000 €	65 916	65 836	88 027	65 503	68 340	65 777
* Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	1 000 €	64 240	68 876	69 889	84 488	64 546	70 896
* Genussmittel	1 000 €	97 860	106 187	113 522	92 732	130 200	122 082
* Gewerbliche Wirtschaft	1 000 €	806 265	806 089	653 817	693 396	632 618	657 652
* dav.: Rohstoffe	1 000 €	55 925	51 677	46 416	71 823	51 569	58 435
* Halbwaren	1 000 €	114 663	120 492	114 637	115 230	110 907	89 959
* Fertigwaren	1 000 €	635 677	633 921	492 764	506 342	470 142	509 258
* dav.: Vorerzeugnisse	1 000 €	64 385	101 085	88 988	65 303	87 610	103 587
* Enderzeugnisse	1 000 €	647 556	609 707	460 502	503 812	438 149	467 483
nach Herstellungsländern									
* Europa	1 000 €	699 715	721 245	546 547	590 334	517 407	633 749
* dav. EU-Länder	1 000 €	473 713	615 365	639 611	303 344	445 385	564 079
* Afrika	1 000 €	25 256	23 557	24 409	21 064	28 266	27 053
* Amerika	1 000 €	164 819	150 934	199 394	177 122	157 116	136 444
* Asien	1 000 €	213 040	222 047	206 942	203 395	241 439	178 227
* Australien und Ozeanien	1 000 €	7 854	6 364	5 409	7 275	8 471	2 745
* Schiffsbedarf, nicht ermittelte Länder	1 000 €	8	0	0	0	0	0
* Ausfuhr insgesamt	1 000 €	1 008 683	1 004 068	1 177 911	893 983	1 097 805	1 032 798
nach Warenarten ¹									
* Ernährungswirtschaft	1 000 €	113 955	134 655	150 414	132 170	126 890	151 414
* dav.: Lebende Tiere	1 000 €	62	50	20	0	32	0
* Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	1 000 €	22 973	25 734	28 842	22 420	31 745	13 426
* Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	1 000 €	24 614	36 059	36 425	24 942	38 286	41 822
* Genußmittel	1 000 €	66 306	72 812	85 127	84 808	56 827	96 165
* Gewerbliche Wirtschaft	1 000 €	853 210	820 990	971 003	691 933	919 411	836 959
* dav.: Rohstoffe	1 000 €	9 189	10 255	12 582	6 771	11 124	5 643
* Halbwaren	1 000 €	19 237	22 979	10 289	15 548	16 537	17 679
* Fertigwaren	1 000 €	824 784	787 756	948 131	669 613	891 750	813 637
* dav. Vorerzeugnisse	1 000 €	132 372	156 830	161 774	158 269	140 563	135 262
* Enderzeugnisse	1 000 €	733 930	679 348	842 852	551 224	802 691	722 801
nach Verbrauchsländern									
* Europa	1 000 €	658 524	720 606	850 732	595 368	759 174	679 236
* dav. EU-Länder	1 000 €	608 725	663 846	647 514	471 596	708 292	703 904
* Afrika	1 000 €	13 710	17 701	17 757	12 433	15 122	14 694
* Amerika	1 000 €	250 536	194 075	241 695	187 545	247 673	215 098
* Asien	1 000 €	75 274	65 022	64 258	50 404	71 167	116 085
* Australien und Ozeanien	1 000 €	9 786	6 407	2 937	17 900	4 511	7 453
* Schiffsbedarf, nicht ermittelte Länder	1 000 €	853	256	532	332	158	231
Tourismus²									
	Einheit	2007	2008	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gästeankünfte	Anzahl	74155	77 858	78 453	72 694	61 614	79 274	72 567	52 533
* darunter: von Auslandsgästen	Anzahl	16134	15 863	15 924	16 076	11 431	15 046	17 591	9 484
* Gästeübernachtungen	Anzahl	127569	137 574	130 596	124 225	105 140	137 322	122 724	90 926
* darunter: von Auslandsgästen	Anzahl	30825	31 473	30 221	32 092	23 872	32 750	33 731	20 479

¹ Einschließlich Rückwaren, Ersatzlieferungen.

² Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätze



Verkehr	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Seeschifffahrt									
Handelsschiffe									
* Ankunft	Anzahl	829	835	903	748	803	754	707	625
	1000 BRZ	14 543	15 786	15 381	14 304	16 553	16 959	15 864	13 974
* Abgang	Anzahl	821	823	898	725	799	740	713	611
	1000 BRZ	14 491	15 569	15 167	13 728	16 262	16 646	16 140	13 395
* Gütereingang	1 000 t	2 852	3 020	3 087	2 957	2 887	2 954	2 508	2 163
* Stückgut	1 000 t	2 010	2 178	2 218	2 007	2 159	2 344	2 021	1 733
* dar.: Früchte, Gemüse	1 000 t	38	43	34	46	66	42	48	27
* Holz und Kork	1 000 t	36	38	38	38	28	37	26	35
* Zellstoff, Altpapier	1 000 t	21	17	13	24	19	28	26	18
* Textilie, Rohstoffe	1 000 t	7	6	6	5	5	5	2	4
* Anzahl der Container	TEU ¹	178 684	196 907	208 855	187 070	189 100	213 254	185 285	162 840
* Massengut	1 000 t	841	842	869	949	728	611	488	430
* dar.: Getreide	1 000 t	27	35	43	45	40	26	19	10
* Eisenerze und Metallabfälle	1 000 t	401	399	443	448	395	234	116	83
* Steinkohle, Briketts, Koks	1 000 t	137	162	201	183	156	103	67	105
* Kraftstoffe, Heizöl	1 000 t	177	125	93	128	77	129	211	129
* Gütersend	1 000 t	2 528	2 738	2 818	2 555	2 832	2 806	2 303	1 951
* Stückgut	1 000 t	2 467	2 672	2 760	2 498	2 787	2 777	2 282	1 911
* dar.: Düngemittel	1 000 t	0	1	0	0	0	0	0	0
* Stab-, Formstahl u.ä.	1 000 t	29	34	69	31	24	14	13	11
* Stahlblech, Bandstahl	1 000 t	99	109	102	94	74	72	23	100
* Rohre, Gießereierzeugnisse	1 000 t	83	87	64	87	147	147	96	73
* Zement, Kalk	1 000 t	17	21	30	24	24	23	10	19
* Elektronische Erzeugnisse, Maschinen	1 000 t	121	128	135	125	127	136	140	81
* Fahrzeuge	1 000 t	212	228	267	192	252	220	206	113
* Anzahl der Container	TEU ¹	191 682	210 767	218 426	203 010	212 598	227 057	192 577	162 280
* Massengut	1 000 t	60	66	58	57	46	29	21	40
* dar.: Steinkohle, Briketts, Koks		0	-	-	-	-	-	-	-
* Kraftstoffe, Heizöl		13	2	1	-	0	2	2	5
* Düngemittel		0	1	-	2	-	-	-	-
Binnenschifffahrt									
Handelsschiffe									
* Ankunft	Anzahl	586	651	703	532	690	481	376	...
	1 000 t	665	719	797	611	774	578	465	...
* Abgang	Anzahl	594	641	699	517	687	587	424	...
	1 000 t	666	707	792	596	773	697	518	...
* Gütereingang	1 000 t	314	338	365	259	319	226	193	...
* darunter Ortsverkehr	1 000 t	3	3	2	1	1	4	1	...
* Gütersend	1 000 t	154	198	204	156	192	187	141	...
* darunter Ortsverkehr	1 000 t	3	3	2	1	1	4	1	...
Flugverkehr									
* Gelandete Flugzeuge	Anzahl	1 327	1 515	1 618	1 380	1 454	1 450	1 326	1 341
* Gestartete Flugzeuge	Anzahl	1 326	1 515	1 608	1 383	1 449	1 447	1 326	1 343
* Angekommene Fluggäste	Anzahl	70 306	92 944	102 906	89 328	77 589	89 222	86 215	76 034
* Abgereiste Fluggäste	Anzahl	70 190	92 533	95 846	90 129	78 024	88 860	86 760	76 278
* Durchgereiste Fluggäste	Anzahl	994	525	349	609	77	153	236	140
* Angekommene Fracht, Post, Gepäck ²	t	65	49	49	45	41	30	29	35
* Abgegangene Fracht, Post, Gepäck ²	t	20	27	22	19	15	21	20	19

¹ TEU = Twenty Foot Equivalent Unit.

² Die Luftpostnachflüge wurden ab dem Sommerflugplan 2003 eingestellt.



Verkehr	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Eisenbahnverkehr									
* Güterempfang	1 000 t	861	951	886	877	1 030	869
* Güterversand	1 000 t	440	530	516	431	577	540
Kraftfahrzeuge									
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	2 157	2 083	2 078	1 858	1 815	1 844	1 808	1 426
* dar.: Personenkraftwagen ¹	Anzahl	1 877	1 784	1 776	1 605	1 621	1 559	1 580	1 258
* Lastkraftwagen	Anzahl	153	153	214	153	113	205	147	92
Straßenverkehrsunfälle									
* Verkehrsunfälle insgesamt ²	Anzahl	1 576	1 692	1 730	1 549	1 572	1 636	1 558	p1393
* dar.: Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	258	259	235	202	237	241	231	p222
* Getötete Personen	Anzahl	1	2	-	1	3	1	-	p1
* Verletzte Personen	Anzahl	304	301	268	231	309	288	273	p276
Gewerbeanzeigen³									
	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	552	534	588	470	535	470	488	560
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	467	455	505	486	523	379	532	574
Insolvenzen									
	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Insolvenzen	Anzahl	227	150	153	103	142	108	137	117
* dav.: Unternehmen	Anzahl	19	18	18	14	17	10	21	16
* Verbraucher	Anzahl	171	102	97	79	101	78	90	78
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	25	22	35	9	19	18	25	22
* sonstige natürliche Personen, Nachlässe ⁴	Anzahl	12	8	3	1	5	2	1	1
* voraussichtliche Forderungen	1 000 €	22 033	16 597	12 158	11 161	14 517	12 311	13 655	21 758
Steuern									
	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Steueraufkommen nach Steuerarten									
* Gemeinschaftssteuern insgesamt ⁵	1 000 €
* dar.: Steuern vom Einkommen ⁶	1 000 €	157 315	172 569	108 879	309 896	195 026	133 014	354 628	173 791
* dav.: Lohnsteuer ⁷	1 000 €	109 354	117 096	109 967	168 873	134 581	115 518	185 131	139 615
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 €	19 303	21 878	- 1 714	74 120	11 596	3 369	94 983	- 3 931
* Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	1 000 €	7 269	7 828	4 736	6 784	6 800	4 289	14 341	14 471
* Zinsabschlag	1 000 €	6 275	7 843	6 836	6 855	35 980	8 753	6 713	31 212
* Körperschaftsteuer	1 000 €	15 114	17 924	- 10 946	53 264	6 069	1 085	53 460	- 7 576
* Steuern vom Umsatz	1 000 €
* dav.: Umsatzsteuer	1 000 €	90 686	84 324	98 789	124 027	79 663	122 434	98 866	112 297
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 €
* Bundessteuern insgesamt	1 000 €
* dar.: Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 €
* dar.: Mineralölsteuer	1 000 €
* Landessteuern insgesamt	1 000 €	13 467	13 059	9 929	15 420	14 551	10 851	14 854	13 737
* dar.: Vermögensteuer	1 000 €	14	8	0	15	- 77	6	17	9
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 €	4 622	4 821	4 334	6 542	5 041	3 405	7 770	4 167
* Biersteuer	1 000 €	2 155	2 163	2 006	2 151	2 064	1 551	1 475	2 260
* Gemeindesteuern insgesamt ⁸	1 000 €	41 897	40 481	114 299	2 988	10 344	118 022	6 183	4 232
* dar.: Grundsteuer A	1 000 €	16	17	42	3	3	38	0	0
* Grundsteuer B	1 000 €	12 330	12 301	30 940	10	1 144	30 874	470	544
* Gewerbesteuer									
nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 €	31 492	30 008	96 716	603	9 678	101 966	6 268	2 926
* Sonstige Gemeindesteuern	1 000 €	3 402	3 193	3 033	2 488	1 160	359	382	1 205

¹ Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. –² Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. –³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. –⁴ Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. –⁵ Einschließlich Gewerbesteuerumlage.

⁶ Vor Zerlegung. –⁷ Kindergeld bereits abgesetzt. –⁸ Gewerbesteuerumlage bereits abgesetzt.



Steuern	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften									
* Steuereinnahmen des Bundes einschließlich Aufkommen									
	1 000 €
* dav.: Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 €	73 616	80 364	50 285	146 204	84 341	57 684	164 948	85 709
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 €
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 €	1 155	1 104	3 566	25	360	2 809	173	87
* Steuereinnahmen des Landes einschließlich Aufkommen									
	1 000 €	109 371	116 281	119 520	185 007	94 996	140 611	211 985	91 281
dav.: Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 €	54 132	59 838	43 007	129 277	44 685	50 003	148 315	27 670
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 €	37 584	39 450	53 681	40 219	34 478	67 351	48 052	49 518
* Anteil an den Gewerbesteuerumlage	1 000 €	4 188	3 934	12 903	91	1 282	12 406	764	356
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
	1 000 €	59 165	59 429	133 134	38 779	21 025	137 635	50 063	11 736
* dav.: Gemeindesteuern ¹	1 000 €	44 553	43 449	117 135	6 204	10 343	120 953	9 600	4 232
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer sowie am Zinsabschlag	1 000 €	14 612	15 980	15 999	32 575	10 682	16 682	40 463	7 504
Verdienste	Einheit	2007	2008	2007			2008		
		Durchschnitt der Quartale		2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
* Bruttomonatsverdienste ² der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ³ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich									
	€	3 105	3242	3 107	3 093	3 160	3 198	3 267	3 244
* männlich	€	3 321	3465	3 337	3 303	3 387	3 418	3 495	3 460
* weiblich	€	2 527	2635	2 500	2 520	2 546	2 601	2 647	2 646
* Produzierendes Gewerbe									
	€	3 434	3587	3 478	3 438	3 528	3543	3632	3 565
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	2 279	2373	2 208	2 306	2 306	2 324	2 342	2 533
* Verarbeitendes Gewerbe	€	3 516	3671	3 562	3 508	3 620	3 631	3 731	3 626
* Energie- und Wasserversorgung	€
* Baugewerbe	€	2 910	3015	2 932	2 960	2 899	2 987	2 923	3 126
* Dienstleistungsbereich ⁴									
	€	2 895	3026	2 861	2 869	2 924	2 981	3 036	3 037
* Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	€	2 857	2933	2 888	2 867	2 871	2 908	2 922	2 941
* Gastgewerbe	€	1 693	1830	1 678	1 628	1 623	1 773	1 868	1 863
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	€	2 920	3050	2 839	2 892	2 944	3 016	3 062	3 077
* Kredit- und Versicherungsgewerbe	€	3 992	4081	3 970	3 994	4 028	4 061	4 064	4 050
* Grundstück- und Wohnungswesen, Vermietungen beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a.n.g.	€	2 726	2906	2 648	2 652	2 779	2 860	2 912	2 898
* Erziehung und Unterricht	€	.	.	3 352	3 335	3 331	3 477	3 477	3 477
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	€	3 012	3215	2 979	3 048	3 086	3 133	3 269	3 232
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	€	2 853	2 861	2 912	2 900	2 869	2 782	2 887	2 907

¹ Einschließlich Gemeindeanteile an der Grunderwerbsteuer und nach Abführung der Gewerbesteuerumlage.

² Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend bezahlten Beiträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsschädigungen, Auslösungen usw.



Bevölkerung	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	547,9	547,6	548,1	547,8	547,6
* männlich	1 000	265,0	265,0	265,1	265,0	265,0
* weiblich	1 000	282,9	282,6	283,0	282,8	282,6
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	198	189	170	254	70
* Lebendgeborene	Anzahl	371	385	416	489	297
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	480	483	537	602	414
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	1	2	3	-	-
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 109	- 98	- 121	- 113	- 117
Wanderungen									
* Zuzüge über die Gemeindegrenzen	Anzahl	2 002	1 981	2 102	1 340	1 903
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	909	824
aus dem Ausland	Anzahl	448	486	441	312	433
* Fortzüge über die Gemeindegrenzen	Anzahl	1 814	1 898	1 937	1 555	1 919
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	803	824
* in das Ausland	Anzahl	390	411	418	298	408
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	+ 188	+ 83	+ 165	- 215	- 16
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit¹									
	Einheit	2006	2007	2006			2008		
		30.6.		30.9.	31. 12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Beschäftigte²									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	229 167	234 340	233 594	238 851	238 671	239 063
* Frauen	Anzahl	98 180	100 143	100 087	102 655	102 492	102 200
* Ausländer/-innen	Anzahl	14 107	14 693	14 513	14 884	15 086	15 419
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	44 606	46 385	44 785	47 125	46 937	47 431
* dar.: Frauen	Anzahl	35 469	36 666	35 598	37 385	37 398	37 680
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	663	657	674	626	628	685
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	53 627	52 990	53 926	53 533	53 497	53 432
* Baugewerbe	Anzahl	10 105	9 941	10 312	9 894	9 814	9 993
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	63 833	65 478	65 409	67 143	66 711	66 577
* Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	42 712	45 941	44 392	46 735	46 889	47 304
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	58 215	59 319	58 868	60 751	61 097	60 962
Arbeitsmarkt³									
* Arbeitslose	Anzahl	36 428	30 881	28 607	28 277	29 462	26 217	26 532	28 066
* dar.: Frauen	Anzahl	16 197	14 211	13 296	13 056	13 532	12 014	11 998	12 451
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	15,0	12,7	11,7	11,6	12,1	10,8	10,9	11,6
* Frauen	%	13,9	12,1	11,3	11,1	11,5	10,3	10,3	10,7
* Männer	%	16,0	13,2	12,1	12,1	12,6	11,3	11,6	11,6
* Ausländer/-innen	%	31,1	27,2	26,0	25,7	26,6	23,9	24,6	25,3
* Jüngere unter 25 Jahren	%	12,2	9,5	8,5	8,1	8,7	7,7	8,0	8,8
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl
* Gemeldete Stellen	Anzahl	4 410	6 175	8 490	8 343	8 061	6 908	6 564	6 318

¹ Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.
² Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.



Bautätigkeit	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Baugenehmigungen									
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	35	38	20	29	28	19	21	40
* dar.: mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	33	36	18	28	28	15	18	35
* umbauter Raum	1000 m ³	34	39	17	58	17	22	25	55
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	7 531	8 881	4 186	15 265	3 608	6 014	5 117	14 745
* Wohnungen	Anzahl	65	68	26	30	28	38	47	84
* Wohnfläche	100 m ²	69,7	78,4	37,8	41,3	40,9	44,9	63,2	69,9
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	8	9	6	8	3	14	16	10
* umbauter Raum	1000 m ³	163	203	753	179	15	183	91	47
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	14 516	14 649	15 029	17 387	4 327	16 594	9 535	7 690
* Nutzfläche	100 m ²	221,3	259,6	699,1	525,3	30,4	410,9	114,6	84,4
* Wohnungen	Anzahl	-	0	-	-	-	-	1	-
* Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	68	76	26	31	29	44	49	94
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	318	368	161	457	192	224	290	458
Produzierendes Gewerbe	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Verarbeitendes Gewerbe									
* Betriebe ¹	Anzahl	124	118	119	119	118	118	118	119
* Beschäftigte ²	Anzahl	46 222	45 224	45 400	45 206	44 895	44 515	44 101	43 336
* dar.: Arbeiter/-innen ³	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 979	5 947	6 488	5 236	6 027	5 700	4 766	5 275
* Bruttolohnsumme und									
* Bruttogehaltssumme	Mill €	178,2	172,9	218,6	179,4	168,1	223,5	174,7	168,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill €	1 318,9	1 365,2	1 600,2	1 387,4	1 245,8	1 689,3	1 143,5	0 886,5
* dar.: Auslandsumsatz	Mill €	710,0	728,9	878,3	743,6	723,3	832,0	494,0	444,0
Tourismus ⁴	Einheit	2007	2008	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gästeankünfte	Anzahl	64 842	65 467	69 382	65 178	55 189	70 140	63 959	45 875
* darunter: von Auslandsgästen	Anzahl	14 755	14 198	14 347	14 978	10 195	13 550	16 286	8 216
* Gästeübernachtungen	Anzahl	109 308	113 613	114 779	110 732	91 727	117 726	105 907	76 597
* darunter: von Auslandsgästen	Anzahl	27 320	27 236	26 614	29 785	21 226	27 186	30 287	16 610
Gewerbeanzeigen ⁵	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	460	448	490	395	427	382	390	456
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	383	361	390	397	422	283	422	448
Insolvenzen	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Insolvenzen	Anzahl	213	137	134	103	120	100	119	108
* dav.: Unternehmen	Anzahl	16	15	14	14	10	8	14	14
* voraussichtliche Forderungen	1 000 €	20 357	14 592	11 081	11 161	9 820	9 187	10 638	21 168
Steuern	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Steuereinnahmen der Gemeinden	1 000 €	52 633	51 781	117 546	34 727	17 723	123 036	43 336	10 371
* dav.: Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁶	1 000 €	29 060	26 892	86 548	- 240	7 787	92 931	5 586	2 671
* Grundsteuer A und B	1 000 €	10 471	10 480	26 647	- 160	924	26 542	292	395
* Sonstige Gemeindesteuern ⁷	1 000 €	13 102	14 409	4 351	35 127	9 012	3 563	37 458	7 305

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. ² Einschließlich der tätigen Inhaber. ³ Einschließlich der gewerblichen Auszubildenden.
⁴ Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätze. ⁵ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. ⁶ Vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.
⁷ Einschließlich Anteil an der Gewerbesteuer.



Bevölkerung	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Bevölkerungsstand									
Bevölkerung am Monatsende	1 000	116,4	115,7	115,4	115,3	115,2
* männlich	1 000	57,3	57,1	56,9	56,9	56,9
* weiblich	1 000	59,1	58,6	58,5	58,4	58,3
Natürliche Bevölkerungsbewegungen									
* Eheschließungen	Anzahl	39	41	45	51	12
* Lebendgeborene	Anzahl	88	81	85	96	61
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	121	125	115	136	137
* dar.: im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	1	1	-	-	-
* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 33	- 44	- 30	- 40	- 76
Wanderungen									
* Zuzüge über die Gemeindegrenzen	Anzahl	419	444	411	344	410
* dar.: aus Niedersachsen	Anzahl	221	222
aus dem Ausland	Anzahl	86	103	86	68	100
* Fortzüge über die Gemeindegrenzen	Anzahl	435	462	480	379	500
* dar.: nach Niedersachsen	Anzahl	216	224
* in das Ausland	Anzahl	76	88	97	90	100
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	- 16	- 18	- 69	- 35	- 90
Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit¹									
	Einheit	2006	2007	2007			2008		
		30.6.		30.9.	31. 12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
Beschäftigte²									
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	Anzahl	42 700	44 442	43 704	45 144	45 296	45 924
* Frauen	Anzahl	18 937	19 343	19 347	19 622	19 561	19 629
* Ausländer/-innen	Anzahl	2 644	2 821	2 636	2 845	2 998	2 949
* Teilzeitbeschäftigte	Anzahl	7 458	7 912	7 512	7 972	7 911	8 065
* dar.: Frauen	Anzahl	6 460	6 767	6 505	6 834	6 758	6 855
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen:									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Anzahl	183	187	186	164	169	119
* Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Anzahl	7 354	7 522	7 479	7 860	7 926	8 014
* Baugewerbe	Anzahl	2 227	2 278	2 258	2 310	2 366	2 320
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Anzahl	13 718	14 101	13 789	14 355	14 569	14 827
Finanzierung, Vermietung und									
* Unternehmensdienstleistungen	Anzahl	6 078	7 340	6 601	7 389	7 378	7 667
* öffentliche und private Dienstleister	Anzahl	13 134	13 004	13 386	13 047	12 873	12 955
Arbeitsmarkt³									
* Arbeitslose	Anzahl	11 282	10 275	9 802	9 799	10 130	8 303	8 391	8 836
* dar.: Frauen	Anzahl	4 929	4 690	4 456	4 417	4 559	3 972	3 908	4 076
* Arbeitslosenquote ²									
* insgesamt	%	22,4	20,2	19,3	19,3	20,0	16,5	16,7	17,6
* Frauen	%	21,0	19,7	18,8	18,7	19,3	17,0	16,7	17,4
* Männer	%	23,7	20,7	19,7	19,9	20,6	16,1	16,7	15,7
* Ausländer/-innen	%	35,2	32,2	30,8	31,6	32,3	28,0	28,7	29,5
* Jüngere unter 25 Jahren	%	22,4	18,2	16,7	16,6	17,4	12,9	13,2	14,4
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl
* Gemeldete Stellen	Anzahl	1 172	1 447	1 203	1 328	1 075	1 090	1 064	1 192

¹ Einschließlich Personen „ohne Angabe“ zur Wirtschaftsgliederung.

² Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.



Zahlenspiegel Stadt Bremerhaven

Bautätigkeit	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Baugenehmigungen									
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	6	5	6	3	1	1	3	1
* dar.: mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	6	4	6	3	1	1	3	1
* umbauter Raum	1000 m ³	4	5	4	2	1	1	3	1
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	769	1 066	994	.	.	.	616	.
* Wohnungen	Anzahl	7	9	6	3	2	1	3	1
* Wohnfläche	100 m ²	8,3	10,2	7,8	3,6	2,6	1,3	5,8	1,1
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	2	3	1	-	2	3	1	3
* umbauter Raum	1000 m ³	30	76	29	-	28	34	3	8
* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	.	7 454	.	-	.	2 669	.	1 602
* Nutzfläche	100 m ²	42,6	80,8	26,1	-	51,5	49,9	8,4	16,8
* Wohnungen	Anzahl	-	0	-	-	-	-	-	-
* Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	7	11	9	3	2	1	3	- 10
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	40	47	43	13	10	8	27	6
Produzierendes Gewerbe	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
Verarbeitendes Gewerbe									
* Betriebe ¹	Anzahl	29	29	29	29	31	31	31	33
* Beschäftigte ²	Anzahl	4 815	4 831	4 863	4 853	5 035	5 064	5 044	4 956
* dar.: Arbeiter/-innen ³	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	656	693	754	654	750	736	668	707
* Bruttolohnsumme und									
* Bruttogehaltssumme	Mill €	12,1	12,5	14,9	12,5	13,2	15,4	13,4	13,2
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill €	77,0	99,0	132,8	109,6	92,8	107,6	108,3	96,4
* dar.: Auslandsumsatz	Mill €	15,8	19,1	23,8	19,8	17,0	25,4	23,5	18,2
Tourismus ⁴	Einheit	2007	2008	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gästeankünfte	Anzahl	9 313	12 391	9 071	7 516	6 425	9 134	8 608	6 658
* darunter: von Auslandsgästen	Anzahl	1 379	1 666	1 577	1 098	1 236	1 496	1 305	1 268
* Gästeübernachtungen	Anzahl	18 261	23 960	15 817	13 493	13 413	19 596	16 817	14 329
* darunter: von Auslandsgästen	Anzahl	3 505	4 237	3 607	2 307	2 646	5 564	3 444	3 869
Gewerbeanzeigen ⁵	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	92	86	98	75	108	88	98	104
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	83	94	115	89	101	96	110	126
Insolvenzen	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Insolvenzen	Anzahl	14	13	19	-	22	8	18	9
* dav.: Unternehmen	Anzahl	3	3	4	-	7	2	7	2
* voraussichtliche Forderungen	1 000 €	1 676	2 005	1 077	-	4 697	3 124	3 017	590
Steuern	Einheit	2006	2007	2007/2008			2008/2009		
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Nov.	Dez.	Jan.
* Steuereinnahmen der Gemeinden	1 000 €	6 532	7 377	15 588	4 052	3 302	14 599	6 727	1 365
* dav.: Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁶	1 000 €	2 432	3 116	10 168	843	1 891	9 036	681	255
* Grundsteuer A und B	1 000 €	1 875	1 838	4 334	173	222	4 370	179	149
* Sonstige Gemeindesteuern ⁷	1 000 €	2 225	2 423	1 086	3 036	1 189	1 193	5 867	961

¹ Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. -² Einschließlich der tätigen Inhaber. -³ Einschließlich der gewerblichen Auszubildenden.
⁴ Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätze. -⁵ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. -⁶ Vor Abzug der Gewerbesteuerumlage.
⁷ Einschließlich Anteil an der Gewerbesteuer.